



2020

JAHRESBERICHT

2021

PERSPEKTIVEN

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Zahlen und Fakten



194.000.000 €

Etat (2020)



240

Veröffentlichungen
in Deutschland



108

Auslandsbüros



2.646

Studierende und
Promovierende



3.048

Veranstaltungen in Deutschland
(Präsenz und online)

16

Standorte
in Deutschland

270

davon ausländische
Stipendiat_innen

120.474

Teilnehmer_innen
(Präsenz und online)



22.000

Besucher_innen im Museum
Karl-Marx-Haus in Trier



56.000 Lfm.

Archivbestand

1

Mio.

Publikationen im
Bibliotheksbestand

2020

JAHRESBERICHT

2021

PERSPEKTIVEN

Inhalt

VORWORT

- 05 Vorwort 08 2020 in Bildern
-

PRESSESPIEGEL

- 29 Die Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
im Spiegel der Presse
-

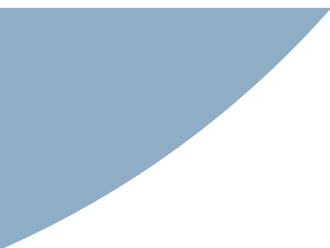
ARBEITSBEREICHE

- | | |
|------------------------------------|---|
| 42 Politische Bildung und Beratung | 53 Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. |
| 46 Internationale Arbeit der FES | |
| 50 Wissenschaftliche Arbeit | 54 Unselbstständige Stiftungen und Sondervermögen |
-

PROJEKTE UND ARBEITSLINIEN

- 11 Corona und die Folgen:
gerechter, ökologischer und
demokratischer aus der Krise?
- 13 Demokratie unter Druck:
mit aller Kraft für die offene,
plurale Gesellschaft
- 16 Flucht, Migration, Integration:
Einsatz für die vulnerabelsten Gruppen
- 19 Wirtschaft und Soziales:
die Schubkraft der Krise nutzen
- 23 Europa:
Zusammenhalt, Rechtsstaatlichkeit,
sozialökologischer Umbau
- 26 Just Transition:
Klimaschutz gerecht gestalten

ANHANG

- | | |
|--|--|
| 56 Organisationsplan | 67 Mitglieder des Kuratoriums |
| 58 Jahresabschluss zum 31.12.2019 | 67 Mitglieder des Auswahlau-
schusses der Studienförderung |
| 64 Zum Selbstverständnis
der politischen Stiftungen | 68 Vertrauensdozentinnen
und Vertrauensdozenten
der Studienförderung |
| 64 Der Nachhaltigkeit verpflichtet | 76 Anschriften |
| 65 Mitglieder des Vorstands | |
| 66 Mitglieder des Vereins | |
-
- 78 Impressum
- 

Für Soziale Demokratie

Wer wir sind

Die 1925 gegründete Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist die traditionsreichste politische Stiftung in Deutschland. Reichspräsident Friedrich Ebert gab ihr den Namen; seinem politischen Vermächtnis verdankt die Stiftung ihre Entstehung und Aufgabenstellung.

Als eine parteinahe politische Stiftung orientieren wir unsere Arbeit an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das verbindet uns ideell mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften. Als gemeinnützige Einrichtung gestalten wir unsere Arbeit eigenständig und unabhängig.

Was wir anstreben

- Eine freie und solidarische Gesellschaft mit gleichen Chancen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion;
- eine lebendige und starke Demokratie; eine nachhaltig wachsende Wirtschaft mit Guter Arbeit für alle;
- einen Sozialstaat, der vorsorgend mehr Bildung und bessere Gesundheit ermöglicht, aber auch Armut bekämpft und die großen Lebensrisiken absichert;
- ein Land, das in Europa und in der Welt Verantwortung für Frieden und sozialen Fortschritt übernimmt.

Was wir tun

Wir fördern und stärken die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Unsere Informations-, Orientierungs- und Qualifizierungsangebote motivieren und befähigen zu einem erfolgreichen politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagement. Wir verbessern die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozessen;
- Politikberatung: Wir entwickeln Strategien zu zentralen Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik sowie zu Grundsatzfragen der Demokratieentwicklung. An den Schnittstellen von Wissenschaft und politischer Praxis gestalten wir den öffentlichen Diskurs für eine gerechte und zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialordnung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene;
- internationale Zusammenarbeit: Mit Auslandsbüros in über 100 Ländern unterstützen wir eine Politik für friedliche Zusammenarbeit und Menschenrechte, fördern den Aufbau und die Konsolidierung demokratischer, sozialer und rechtsstaatlicher Strukturen und sind Wegbereiter für freie Gewerkschaften und eine starke Zivilgesellschaft. Im europäischen Einigungsprozess engagieren wir uns intensiv für ein soziales, demokratisches und wettbewerbsfähiges Europa;
- Begabtenförderung unter besonderer Berücksichtigung von Studierenden und Promovierenden aus einkommensschwachen Familien und solchen mit Migrationshintergrund. Dadurch tragen wir zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie: Mit dem Archiv, unserer Bibliothek und zeitgeschichtlichen Projekten halten wir die historischen Wurzeln von Sozialdemokratie und Gewerkschaften lebendig und unterstützen die gesellschaftspolitische und historische Forschung.

Die FES im Jahr 2020 – eine Krise und viele neue Chancen

Im zu Ende gehenden Jahr 2020 war die Stiftung in einem noch nie erlebten Ausmaß gefordert.

Seit Jahresbeginn befindet sich die FES in einem der größten Umstrukturierungsprozesse ihrer Geschichte. Mit dem vom Vorstand eingeleiteten Prozess »FES 100«¹ wird der Stiftung eine neue, straffere Arbeitsstruktur eingegeben, die ihre Arbeit klarer ordnet, die Realisierung von Effizienzgewinnen erlaubt und es ermöglicht, Planungsprozesse kohärenter zu gestalten.

Mitte März ergriff die Coronapandemie Besitz vom Arbeitsalltag. Die Stiftung wurde aufgrund strenger gesetzlicher Kontakt- und Hygienebestimmungen in den Krisenmodus versetzt. In kürzester Zeit waren Maßnahmen einzuleiten, um die Arbeitsfähigkeit der Stiftung unter den Bedingungen der neuen, auf Eindämmung der Pandemie zielenden Rechtslage in Bund und Ländern zu gewährleisten.

Die Arbeit erfolgte, wo dies möglich war, weitgehend vom Homeoffice aus. Videokonferenzen ersetzten reale Begegnungen; die tägliche anstrengende Abfolge von Videokonferenzen hat allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr viel abverlangt.

Die Tatsache, dass gleichwohl gesellschaftspolitische Arbeit geleistet wurde, die an Umfang, Vielgestaltigkeit und Qualität der eines »normalen« Jahres in nichts nachsteht, zeigt, über welche Substanz die Stiftung verfügt. Das Herz der Stiftung hat auch in der Coronapandemie kräftig geschlagen. Damit ist die FES ihrer Aufgabe auch in Krisenzeiten in vollem Umfang gerecht geworden.

Das war wichtig, weil der Bedarf an politischer Beratung und Politikvermittlung gerade in diesem Jahr stark angelegen ist.

Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise betreffen Arbeitslinien, an denen die Stiftung seit Langem arbeitet. Die hier bearbeiteten Problemstellungen werden durch die Pandemie – quasi wie durch ein Brennglas – noch deutlich verstärkt.



Kurt Beck, Ministerpräsident a. D.
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.,
seit Januar 2021 Ehrenvorsitzender



Dr. Roland Schmidt
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Ihre negativen Folgen sind in vielen Lebensbereichen zu spüren. Die prognostizierten gewaltigen ökonomischen Verwerfungen bergen ein erhebliches gesellschaftliches Konfliktpotenzial. Vor weiterer Spaltung der sozialen Milieus wird inzwischen nachdrücklich gewarnt und darauf verwiesen, dass die Politik hier durch Abbau der Ungleichheit in der Gesellschaft gegensteuern muss. Ein großes Thema der Stiftung – auch schon vor Corona.

In Zeiten des Lockdowns zeigt sich aber auch, wie stabil überwunden geglaubte traditionelle Rollenbilder offenbar noch sind, wenn es überwiegend die Frauen sind, die angesichts geschlossener Schulen und Kitas für »Kinder und Küche« zuständig sind. Viele Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben zu bislang nicht gekannten Einschränkungen von demokratischen Grundrechten geführt. Extremisten nutzen das Coronavirus für ihre Agitation in der Hoffnung auf ein Kollabieren der Demokratie. Abstruse Verschwörungsideologien verbreiten sich in den sozialen Medien und gefährden die Demokratie. In diesem Zusammenhang wird in der öffentlichen Diskussion oft auf Erkenntnisse der »Mitte-Studie« der FES Bezug genommen.

In der Krise sehnen sich die Menschen nach Antworten und Erklärungen. Darin liegt eine große Chance für die politische Bildungsarbeit.

Dank konsequenter Vorarbeit auf dem Gebiet der Digitalisierung konnte die Stiftung rasch auf den Lockdown reagieren und ihr gesellschaftspolitisches Angebot anpassen. Digital und befreit von den Grenzen der Geografie konnten

Die Krise führt uns mit Wucht die elementare Bedeutung eines gut funktionierenden und handlungsfähigen sozialen Staates vor Augen. Sie zeigt aber auch, welche einschneidenden Konsequenzen der Abbau von Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge hat – Themen, mit denen sich die FES seit Langem intensiv auseinandersetzt.

in innovativen Formaten sogar ganz neue Vernetzungen entstehen. An vielen Stellen in diesem Bereich berichten die FES-Kolleg_innen davon, dass sich mithilfe der Technik die Reichweiten ausdehnen und neue Zielgruppen erreichen lassen. Dabei schaffte es die FES, ganz vorn dabei zu sein: Eine Auswertung des Zentrums für Evaluation (CEval) zeigt, dass die FES zur Spitzengruppe der Institutionen politischer Bildung gehört, die die meisten Onlineveranstaltungen anbieten konnten.

Neben der technischen Bewältigung gelang es der Stiftung, vor allem inhaltlich kompetent auf die Krise zu reagieren. Die Krise führt uns mit Wucht die elementare Bedeutung eines gut funktionierenden und handlungsfähigen sozialen Staates vor Augen. Sie zeigt aber auch, welche einschneidenden Konsequenzen der Abbau von Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge hat – Themen und Fragestellungen, mit denen sich die Stiftung in ihrer Arbeit seit Langem intensiv auseinandersetzt.

Zugleich verleihen die massiven finanziellen Unterstützungsprogramme zur Pandemiebewältigung den klassischen Forderungen der Sozialdemokratie nach mehr Steuergerechtigkeit und einer gerechteren Vermögensbesteuerung neue Dringlichkeit. Auf einem von der FES organisierten hochrangigen Panel für den »Global Solutions Summit« im Mai plädierte Norbert Walter-Borjans dafür, »aus der Krise zu lernen und die schrittweise Rücknahme der Steuerprogression der letzten 100 Jahre zu korrigieren«.

Auch der »FES-Spotlight-Report«, ein wichtiger Schattenbericht zum Stand der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, den die Stiftung bei der 75. Sitzung der UN-Generalversammlung im September vorstellte, enthält weitreichende Forderungen zum Umbau unserer Ökonomien. Der Report bildet die Grundlage vieler Arbeitsprogramme von Nichtregierungsorganisationen, die sich diesen Forderungen anschließen.

Bereits seit April arbeiten alle FES-Abteilungen in einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe, um konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie sich Demokratie, Gesellschaft und Wirtschaft nach Corona künftig gerechter gestalten lassen. Debattiert wurde dazu in unterschiedlichsten Formaten mit prominenten Gästen, darunter weltweit renommierte Ökonom_innen, der

Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, Thomas Piketty² und die Nachhaltigkeitsexpertin Maja Göpel. Anfang Juni legte die Stiftung das Beratungspapier »Corona verändert die Welt« vor, das vom Bundesminister des Auswärtigen als wertvoller Beitrag gewürdigt wurde.

Um das Ausmaß der Krise im globalen Zusammenhang zu reflektieren und damit auch dem sprunghaft gestiegenen Beratungsbedarf zur Coronalage in der Welt gerecht zu werden, nutzt die FES ihr großes Auslandsbüronetz und ihre hervorragenden globalen Netzwerke und Partnerschaften. Die Auslandsbüros erstellen fortlaufend umfassende Expertisen über den Umgang mit der Coronapandemie in den Einsatzländern der FES, die in der Zentrale ausgewertet und aufbereitet werden. Diese Arbeiten liefern wichtige Hinweise zur Wirksamkeit von Bekämpfungsstrategien und sind eine wertvolle Erkenntnisquelle für die Politik.

Strukturelle und politische Defizite in der Architektur der multilateralen Organisationen werden nicht erst seit Corona debattiert. Die Coronakrise hat diese Defizite jedoch stärker sichtbar gemacht. Globale Institutionen wie die UNO und ihre Sonderorganisationen wie die WHO sind ihren Aufgaben nicht gerecht geworden. Eine globale Koordinierung der notwendigen Krisenmaßnahmen hat nicht stattgefunden.

Mit ähnlichen Problemen hatte zunächst auch die EU zu kämpfen, wo anfangs nationale Egoismen und Abschottungsreflexe dominierten, ehe man sich wieder auf die Vorteile der Gemeinschaft besann. Hier wurde eine Wende erst mit dem Aufbauprogramm »Next Generation EU« eingeleitet, das unter der deutschen Ratspräsidentschaft im Juli ins Werk gesetzt werden konnte.

Die Stiftung hat diese Entwicklungen zum Anlass genommen, um ihre Europaarbeit nochmals zu intensivieren. Mit ihren Programmen unterstützt sie unterschiedliche Partner_innen dabei, progressive Allianzen zu schmieden, insbesondere zwischen klima- und sozialpolitisch engagierten Akteur_innen, um hierdurch Impulse für eine progressive europäische Integration zu geben. Das FES-Büro in Brüssel hat gemeinsam mit dem Institut für Europäische Politik Vorschläge entwickelt, wie die EU ihre Ent-

scheidungen demokratischer treffen und sich erfolgreich gegen Angriffe auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zur Wehr setzen kann. Die Ergebnisse werden laufend in den zweijährigen EU-Prozess »Konferenz zur Zukunft Europas« eingebracht.

Während die Pandemie die Menschen weltweit in Atem hält, wächst sich die Klimakrise immer stärker zu einer akuten Bedrohung der Menschheit aus. Die gewaltigen Waldbrände in Kalifornien und Sibirien in diesem Jahr wie auch das fortschreitende Abschmelzen der Polkappen sind hierfür dramatische Signale. Zwar weist die Europäische Kommission mit dem »European Green Deal« den Weg für einen dringend notwendigen ökologischen Umbau der europäischen Wirtschaft. Doch viele Menschen in Europa erleben eher, dass wirtschaftliche Strukturveränderungen zu ihren Lasten gehen. Für sie steht die ökologische Frage schlicht in Konkurrenz zur sozialen Frage. Deshalb legt die Stiftung einen wichtigen Fokus ihrer Arbeit auf die Klimaproblematik, und zwar unter dem Aspekt einer sozialökologischen Transformation. Damit möchte die FES Impulse in der Debatte über eine ökologische Gerechtigkeit setzen, die konkret am Alltag der Menschen ansetzt. Die Rettung des Klimas wird nachhaltig nur bei Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhalts gelingen.

Im Dezember stand die Stiftung, aber auch wir ganz persönlich, vor wichtigen Veränderungen. Es galt, den Staffstab der Stiftungsverantwortung in neue gute Hände zu übergeben. Für unsere persönliche Zielgerade hätten wir uns kaum ein anstrengenderes und anspruchsvolleres Jahr vorstellen können. Dass die Herausforderungen tatkräftig angenommen und erfolgreich angegangen werden konnten, erfüllt uns beide mit großer Freude und Dankbarkeit.

Besonderer Dank gilt unseren hoch motivierten und hervorragend qualifizierten Mitarbeiter_innen für ihre in diesem besonders schwierigen Jahr geleistete Arbeit.

Dem neuen Stiftungsvorsitzenden Martin Schulz und Dr. Sabine Fandrych als künftigen geschäftsführenden Vorstandsmitglied wünschen wir viel Erfolg und eine glückliche Hand.

Kurt Beck, Ministerpräsident a. D.

Vorsitzender, seit Januar 2021 Ehrenvorsitzender

Dr. Roland Schmidt

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Berlin/Bonn im Januar 2021

¹ Diese Bezeichnung nimmt Bezug auf das 100. Gründungsjubiläum der Stiftung im Jahr 2025.

² Der französische Ökonom Thomas Piketty ist Träger des Preises »Das politische Buch« der Friedrich-Ebert-Stiftung. Der Preis wurde ihm 2015 für sein Werk »Das Kapital im 21. Jahrhundert« verliehen.

2020 in Bildern





PROJEKTE UND ARBEITSLINIEN

Corona und die Folgen: gerechter, ökologischer und demokratischer aus der Krise?

Arbeiterinnen in einem Möbelgeschäft in Indonesien. Während der Pandemie wurden in kleineren Industriezweigen die Beschäftigtenzahlen um bis zu 50 % gekürzt.

Die Coronapandemie hat das Jahr 2020 maßgeblich geprägt. Dank guter Vorarbeit konnte die Friedrich-Ebert-Stiftung zahlreiche Veranstaltungen im In- und Ausland rasch auf Onlineformate umstellen und dadurch neue Zielgruppen erreichen. Themen der Sozialen Demokratie wie Bildungs- und Steuergerechtigkeit oder die Bedeutung sozialer Sicherungssysteme erhielten neue Dringlichkeit, der Beratungsbedarf war allorten enorm. Insofern konnte die FES auch manche Chance in der Krise erkennen und deren Potenzial nutzen.

Soziale Wege aus der Krise

Infolge der Covid-19-Pandemie geht der Internationale Währungsfonds (IWF) von der schlimmsten Rezession seit der Großen Depression vor 90 Jahren aus. Die globale Armut könnte zum ersten Mal seit 30 Jahren ansteigen. Viele Länder stehen schon heute vor einer neuen Schuldenkrise. Im Frühjahr 2020 stieg der Beratungsbedarf zu sozialen und ökonomischen Gegenstrategien sprunghaft an. Dank ihrer hervorragenden globalen Netzwerke konnte die FES schnell reagieren und im In- und Ausland die Frage beleuchten, wie der Wiederaufbau nach der Coronakrise dafür genutzt werden kann, Gesellschaften gerechter, ökologischer und demokratischer auszurichten.

Die massiven Unterstützungsprogramme zahlreicher Regierungen zur Pandemiebewältigung verleihen Forderungen nach mehr Steuergerechtigkeit und Vermögensbesteuerung neue Dringlichkeit. Eine Studie der FES zur Staatsschuldenkrise, die Ansätze zur Entschuldung aufzeigt, kam im April genau zur rechten Zeit und floss in die Beratungen der internationalen Organisationen zur Entlastung der Länder des Südens ein.

Massenhaft verlorene Jobs, wochenlanger Unterrichtsausfall sowie überlastete Kliniken führten drastisch vor Augen, welche Bedeutung dem funktionierenden Staat in Krisenzeiten zukommt. Überall dort, wo Regierungen auf Investitionen in eine gute soziale Daseinsvorsorge verzichtet hatten, offenbarten sich folgenschwere Lücken. Die Pandemie hat auch gravierende Auswirkungen auf die Bildungssysteme. Aus sozialdemokratischer Sicht muss dringend verhindert werden, dass Kinder aus benachteiligten Verhältnissen zu Krisenverlierern werden. Um Empfehlungen für das Schuljahr 2020/21 in Deutschland zu entwickeln, benannte die FES eine Kommission aus 22 Expert_innen aus Bildungswissenschaften, Schulrecht, Medizin,



Psychologie, Schulverwaltung, Schulleiter_innen, Lehrkräften, Schüler_innen und Eltern. Ihre Empfehlungen wurden breit rezipiert.

Informationsarbeit und Rechte stärken

In zahlreichen westlichen Ländern konsumierten Bürger_innen in Reaktion auf Corona vorzugsweise Falschmeldungen und Verschwörungserzählungen in den sozialen Medien. Vor diesem Hintergrund erarbeitete die FES mehrere Länderstudien zur Situation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Um dem enormen Beratungsbedarf zur globalen Situation nachzukommen und um Falschinformationen etwas entgegenzusetzen, kompilierte die FES ein internationales Informationsangebot. In Blogs berichteten FES-Expert_innen und -Partner_innen über die Auswirkungen der Pandemie in Afrika, Asien, Lateinamerika, dem Nahen und Mittleren Osten und auf dem Balkan.

Der chronische Mangel an Arbeitskräften hinterlässt seine Spuren: Der afghanische Gesundheitsarbeiter Juma Khan hat seine Familie wegen der Infektionsgefahr und der hohen Arbeitsbelastung seit drei Monaten nicht mehr gesehen. Bild aus der Serie »Afghan Lives Through the Lens of COVID-19«.

Die Krise wird teilweise zu Verhärtungen autoritärer Strukturen genutzt. So wird die gewerkschaftliche Interessenvertretung in vielen Ländern noch schwieriger. Zusammen mit ihren Partnern hat die FES darauf reagiert, etwa indem sie die Entwicklung von Gewerkschafts-Apps in Uganda und Argentinien unterstützte, mit der Global Labour University einen Onlinekurs für eine Postcoronaagenda auflegte und Gewerkschaften in Vietnam bei Lohn- und Tarifverhandlungen stärkte.

Mittelfristig ist damit zu rechnen, dass sich Fluchtursachen weltweit verstärken werden. In Krisenländern, wo die Pandemie die ohnehin dramatische Situation der Bevölkerung weiter verschärfte, ging die FES neue Wege, um internationale Aufmerksamkeit zu erregen. Sie ermöglichte beispielsweise afghanischen Fotojournalist_innen, den Fotoessay »Afghan Lives Through the Lens of COVID-19« zu produzieren, der in der Zeitschrift »Internationale Politik« und in »The Diplomat« veröffentlicht wurde.

Mit der globalen FES-Medienkampagne »Care to Join Us« konnte die Stiftung in Ägypten auf die strukturelle Benachteiligung von Sorgearbeiterinnen aufmerksam machen, die durch die Pandemie verschärft wurde. In Lateinamerika setzte die Kampagne an zahlreichen von der FES und der ILO aufgelegten Beratungsansätzen zu den Rechten von Hausangestellten an. Auch in Israel waren Frauen überproportional von den Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt betroffen. Eine von der FES und dem Adva-Center vorgelegte Studie war Grundlage für einen gemeinsamen Forderungskatalog feministischer Organisationen an die Politik.

Auch hierzulande zeichnete sich ab, dass Frauen von der Pandemie besonders betroffen sind durch die Sorgearbeit, die sie zu großen Teilen übernehmen, durch Arbeitsplatzverluste und dadurch, weil sie der Ansteckungsgefahr oft besonders ausgesetzt sind. Ein abteilungsübergreifendes Projekt reflektiert die Folgen von Covid-19 in der Geschlechterpolitik und rückt diejenigen Menschen in den Mittelpunkt, die (nicht nur) während der Pandemie Sorgearbeit leisten.

Digital – neue Wege, neue Wirkung

Inhaltlich erkannte die FES in der Coronamisere recht schnell die Chance für ein neues Narrativ der Sozialen Demokratie. Vertreter_innen aller Abteilungen bildeten bereits im April eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe, um gemeinsam einen sozialdemokratischen Weg aus der Krise zu beschreiben. Der Abteilung Wirtschaft und Soziales (WISO) gelang es zeitnah, die inhaltliche Arbeit um eine weitreichende Coronaper-



spektive zu ergänzen. Die jährliche WISO-Veranstaltung »Tag der progressiven Wirtschaft« wurde in ein Blog- und Buchprojekt umgewandelt. In der Onlinekonferenz »Digitaler Kapitalismus« im November wurden die Auswirkungen der Pandemie und der Digitalisierung auf Arbeit und Wirtschaft, Gesundheit und Stadtentwicklung, Bildung und Soziale Demokratie beleuchtet.

Die Umstellung auf Homeoffice und Onlineveranstaltungen brachte große logistische Herausforderungen für die gesamte Stiftung mit sich. Aufgrund unterschiedlicher Regelungen in den Ländern musste die FES für jeden internationalen Standort individuell reagieren. Auch die Abteilung Studienförderung musste massiv umdisponieren und sowohl die Auswahl der Stipendiat_innen als auch die ideelle Förderung kurzfristig »digitalisieren«. Zum Glück konnten Stipendien weitergezahlt werden.

Rückblickend kann gesagt werden, dass die FES gut aufgestellt war, um schnell reagieren zu können. Die Stiftung hatte bereits 2019 das Projekt »Digitale politische Bildung und Beratung« (kurz: FES digital) ins Leben gerufen und sich systematisch mit der Digitalisierung ihrer Angebote befasst. Die Umstellung von Präsenz- auf Onlineformate gelang innerhalb weniger Wochen. Möglich machten die zügigen Umstellungen auch zahlreiche Fortbildungsangebote für Kolleg_innen im In- und Ausland und neue Webtools der IT-Abteilung. Eine Auswertung des Zentrums für Evaluation (CEval) im Juni 2020 ergab, dass die FES, gleichauf mit der Heinrich-Böll-Stiftung, die meisten Onlineveranstaltungen zu politischer Bildung angeboten hat. Die FES-Arbeitsbereiche im In- und Ausland berichteten zudem, dass sie mit digitalen Veranstaltungen ihre Reichweiten erhöhen und neue Zielgruppen ansprechen konnten. Zudem können internationale Expert_innen mitwirken, die für Präsenzveranstaltungen eher nicht zur Verfügung stehen würden.

Demokratie unter Druck: mit aller Kraft für die offene, plurale Gesellschaft

Preisverleihung »Das politische Buch« 2020 am
17.9.2020 in der FES Berlin: Preisträger Matthias
Quent mit FES-Vorsitzendem MP a. D. Kurt Beck

30 Jahre nach der deutschen Vereinigung steht das demokratische System der Bundesrepublik massiv unter Druck. Feinde der offenen, pluralen Gesellschaft nutzen jede Gelegenheit, Schwachstellen zu markieren, politische Repräsentant_innen zu diskreditieren, die Gesellschaft zu spalten sowie Hass und Hetze zu schüren. Dagegen stemmt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit aller Kraft. Mit ihren Angeboten der politischen Bildung klärt sie über demokratische Mechanismen auf, erinnert an historische Wegmarken, wirbt für Toleranz und Weltoffenheit und unterstützt gesellschaftliches und politisches Engagement.

Demokratie braucht Engagement

Politische Bildung ist zunehmend gefordert, denn die Gesellschaft steht stärker unter Druck als noch vor einigen Jahren. Die Spaltung in Arm und Reich sowie rechtspopulistische Strömungen und Regierungen bedrohen die Demokratie und den sozialen Frieden. Zu vielen politischen Themen sind die Meinungen so unterschiedlich, dass ein Dialog kaum noch möglich ist. Das zeigen nicht zuletzt die immer schrilleren Proteste gegen die Coronaschutzmaßnahmen, bei denen sich Impfgegner_innen mit Verschwörungsideolog_innen und rechtsextremistischen Reichsbürger_innen verbünden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung greift diese Phänomene auf und fördert das Problembewusstsein sowie die Bereitschaft, sich für die Demokratie zu engagieren. Die Landesbüros organisierten zahlreiche Veranstaltungen gegen rechts und für eine demokratische (Streit-)Kultur. Das FES-Büro Thüringen etwa startete ein Projekt aufsuchender politischer Bildungsarbeit, um Bürger_innen den Rücken gegen rechte Akteur_innen zu stärken. Welche Sprache extrem Rechte benutzen und wie Medien darauf reagieren sollten, thematisierte ein zweitägiges Onlineangebot des Projekts gegen Rechtsextremismus.

Der Jenaer Soziologe Matthias Quent beschreibt die Gefahren des Rechtsrucks in seinem Buch »Deutschland rechtsaußen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können«. Dafür erhielt er den Preis »Das politische Buch« der Friedrich-Ebert-Stiftung. In ihrer Laudatio betonte Saskia Esken: »Die Losung »Nie wieder!« sollte

nie nur Floskel sein. »Nie wieder!« war das Versprechen, nie wieder wegzuschauen – sondern zu handeln.«

Um Menschen für demokratische Diskussionsprozesse zu gewinnen, rief das Schweriner FES-Büro die »Tage der politischen Bildung« ins Leben, bei denen »Ideen für ein starkes Mecklenburg-Vorpommern« gesammelt wurden. Auch in Berlin diskutierten Teilnehmer_innen einer Workshopreihe Herausforderungen und innovative Handlungsansätze für das Leben in der Metropole. Bei der »Langen Nacht der Demokratie« lud das BayernForum Poetry-Slammer und Journalist_innen zu einer Präsentation von »Liebeserklärungen an die Demokratie« ein. Die Teilnehmenden der 20. Sommeruniversität der FES konnten online unter dem Titel »Klima, Arbeit, Kapital – nur Utopien sind realistisch« visionäre Projektideen weiterentwickeln und präsentieren. Die



KommunalAkademien NRW, Baden-Württemberg und Bayern brachten im Juli bei der ersten virtuellen kommunalpolitischen Sommerakademie 200 kommunalpolitisch Aktive aus ganz Deutschland zusammen.

Lässt sich die Zukunft sozial gerecht gestalten? Mit dieser Frage beschäftigt sich der FES-Podcast »Zukunft gerecht«. Er bereitet wissenschaftliche Studien allgemein verständlich auf, die im Rahmen des Stiftungsprojekts »Für ein besseres Morgen« entstanden sind. Als neues digitales Format hat die Akademie für Soziale Demokratie »Buch|Essenz« eingeführt, das Sachbücher über programmatische Grundlagen der Sozialen Demokratie vorstellt.

Mehr Frauen in Politik und Führung

Auf europäischer Ebene wurden in diesem Jahr zentrale Weichen für die Gleichstellung von Frauen und Männern gestellt: Anfang März legte EU-Kommissarin Helena Dalli die EU-Gleichstellungsstrategie 2020–2025 vor. Grund genug, beim Festakt der FES zum Internationalen Frauentag in Berlin genauer zu fragen, wie die europäische Gleichstellungsagenda europaweit umgesetzt werden soll. Darüber diskutierten Bundesfrauenministerin Franziska Giffey

und die stellvertretende SPD-Vorsitzende Klara Geywitz mit weiteren hochrangigen Gästen aus der europäischen und deutschen Politik und Zivilgesellschaft.

In Deutschland erhielt das Bestreben, mehr Frauen in die Parlamente zu holen, unterdessen herbe Rückschläge: Sowohl in Thüringen als auch in Brandenburg kassierten die Verfassungsgerichte die Paritätsgesetze, die eine Quotierung von Wahllisten vorschrieben. Das im Herbst 2019 auf Anregung des Forums Berlin gegründete Berliner Netzwerk Parität verfolgt dennoch weiterhin das Ziel, ein Paritätsgesetz für das Abgeordnetenhaus zu realisieren. Die FES flankierte dessen Aktivitäten mit zwei medienwirksamen Publikationen zur Teilhabe von Frauen in der Bundeshauptstadt.

Auch die Gesprächsreihe »FrauenFühren« des FES-Büros Mainz thematisierte die niedrige Beteiligung von Frauen in der Politik. Ministerpräsidentin Malu Dreyer diskutierte online mit der französischen Botschafterin Anne-Marie Descôtes, der Paritätsexpertin Uta Kletzing und rund 80 Teilnehmer_innen aus ganz Deutschland über das französische Paritätsgesetz und dessen mögliche Vorbildfunktion für Deutschland. Die schwierige Lage Alleinerziehender in der Coronapandemie beleuchtete das Landesbüro NRW in einer Onlinediskussion mit der Landtagsabgeordneten

Anja Butschkau und Nicola Stroop vom Verband alleinerziehender Mütter und Väter NRW.

Viele Jugendliche in Deutschland sind mit der Fridays-for-Future-Bewegung wieder politischer geworden. Ihr zentrales Thema ist die Klimakrise. Das greift die FES in jugendgerechten Angeboten auf. Daneben hat sie digitale Lernangebote für Erstwähler_innen zur Kommunalpolitik im Programm und schult Lehrer_innen etwa zu digitalen Tools für die politische Bildung und Demokratieförderung im Unterricht.

30 Jahre deutsche Einheit

Die Wiedervereinigung war das markanteste Jubiläum in diesem Jahr. Viele Landesbüros nahmen es zum Anlass, neue Perspektiven auf die Zeit der Wende zu eröffnen. Kreativ setzten sich die Teilnehmer_innen des viertägigen Workshops »MeGa – Mauern einreißen,



Grenzen abbauen« in Hötensleben in Sachsen-Anhalt mit der Wirkung der ehemaligen innerdeutschen Grenze auseinander: Sie besprühten die 26 Meter lange Mauer und schufen so das größte Einheitsgraffito in Sachsen-Anhalt – inklusive FES-Logo.

Eine kleine Gruppe Engagierter mit großer Wirkkraft rückt der Berliner Film »Die Kraft der Wenigen, Protest und Widerspruch – DDR Umweltbibliothek und Fridays for Future« ins Zentrum. Umweltaktivist_innen der DDR und der Fridays-for-Future-Bewegung reflektieren darin ihre politischen Forderungen von damals und heute. Der Film wird in Kombination mit einem Zeitzeugengespräch weiterführenden Schulen als Workshop angeboten. Die Onlinegeschichtswerkstatt stellte ein digitales Unterrichtspaket zum Abrufen ins Netz. Es besteht aus einem Film, Videostatements, einem Quiz und einer Onlineumfrage zum 30. Jahrestag unter jungen Menschen aus Ost und West.

Aus Anlass des 30. Jahrestags des offiziellen Zusammenschlusses der Ost- und West-SPD diskutierte in Potsdam Markus Meckel, letzter DDR-Außenminister und späterer Bundestagsabgeordneter, mit der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Klara Geywitz über die Anfänge der Ost-SPD (SDP). Meckels Autobiografie »Zu wandeln die Zeiten« veranschaulicht nicht nur die Gefahren beim Aufbau der damals illegalen Partei in der DDR, sondern verdeutlicht zugleich, welche Rolle das später gegründete Bundesland Brandenburg für die SDP spielte.

Zum 75. Jahrestag der Bombardierung Dresdens organisierte das Landesbüro Sachsen am 13. Februar eine Podiumsveranstaltung mit mehreren Hundert Gästen im Albertinum zum Umgang mit diesem Datum, das von Rechtsextremen regelmäßig missbraucht wird. Der Bombardierung Dresdens und anderer deutscher Städte zum Kriegsende waren bekanntlich grausamste Menschenrechtsverletzungen und ein gnadenloser Angriffskrieg der Nationalsozialisten vorausgegangen. Den Holocaustgedenktag am 27. Januar nahm die FES zum Anlass für ein Zeitzeugengespräch mit der 90-jährigen Penina Katsir aus Israel im Bonner Haus mit über 200 Schüler_innen. Frau Katsirs Bericht vom Überlebenskampf im ukrainischen Getto machte das europäische Ausmaß des Holocaust deutlich.



Öffentlich-rechtliche Medien können politikferne Gruppen sensibilisieren

Die Rolle öffentlich-rechtlicher Medienangebote als einer Art »virtuelles Lagerfeuer« für das gesellschaftliche Gespräch nimmt angesichts digitaler Verbreitungswege und individualisierter Nutzung von Nachrichten immer weiter ab. In der Publikation »Gemeinsamer Gesprächsraum. Wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk den Diskurs fördert« lenkte die Arbeitseinheit Medienpolitik den Blick auf das Potenzial der öffentlich-rechtlichen Sender, mit Unterhaltung und Humor politikferne Bevölkerungsgruppen für politische und soziale Probleme zu sensibilisieren. Bei einer digitalen Veranstaltung der JournalistenAkademie sprachen im August 120 Medienschaffende über das Recherchieren in Coronazeiten, neue Finanzierungsmöglichkeiten für Qualitätsjournalismus und die Wichtigkeit von faktenbasierter Berichterstattung auch in Social-Media-Kanälen.

Flucht, Migration, Integration: Einsatz für die vulnerabelsten Gruppen

Corona hat die verzweifelte Lage von Geflüchteten und Migrant_innen weltweit noch verschärft: Während die schwächsten Gruppen der Pandemie weitgehend schutzlos ausgeliefert sind, wurden Grenzen geschlossen und wurde der Einsatz von Helfer_innen erschwert. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung bedeutet das, dass sie ihre Arbeit zu Flucht, Migration und Integration mit Nachdruck weiterverfolgt. Auf internationaler Ebene setzt sie sich dafür ein, dass Migration gerecht gestaltet wird und die Bedingungen für Flüchtlinge und Arbeitsmigrant_innen verbessert werden. Im Inland fördert sie den vielfach bereits erfolgreichen Integrationsprozess und unterstützt Menschen, die sich für Zugewanderte starkmachen.

#zusammenkommen

Die Folgen der Coronapandemie treffen die vulnerabelsten Gruppen am härtesten, unter ihnen Geflüchtete und Migrant_innen. Grenzsicherungen erschwerten die Flucht aus Kriegs- und Krisenregionen. Menschenunwürdige Situationen in vielen Flüchtlingslagern verschärften sich noch, weil Helfer_innen nicht mehr kommen können und die medizinische Versorgung mangelhaft ist. Hinzu kommt, dass es in den beengten Verhältnissen schier unmöglich ist, sich vor einer Infektion zu schützen. Der Brand im griechischen Lager Moria auf Lesbos im September zeigte exemplarisch, in welcher verzweifelter Lage sich Geflüchtete seit vielen Jahren befinden. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung bedeutet das, dass der Themenschwerpunkt »Flucht, Migration, Integration« im In- und Ausland keineswegs an Bedeutung verliert, auch wenn die öffentliche Aufmerksamkeit von Corona absorbiert ist.

Fünf Jahre sind seit dem Jahr 2015 vergangen, in dem mehr als 800.000 Menschen in Deutschland ankamen in der Hoffnung auf Sicherheit und einer besseren Zukunft. Seitdem ist bei der Integration viel vorangegangen. Anfang März 2020 war fast die Hälfte aller seit 2015 nach Deutschland gekommenen Geflüchteten erwerbstätig. Über 10.000 Menschen mit Fluchtgeschichte haben sich seit 2015 an Hochschulen eingeschrieben, 93 Prozent der Kinder im Alter zwischen sechs und zehn Jahren besuchen eine Schule.

Was in der Integrationspolitik gelungen ist und was noch zu tun bleibt, war Gegenstand der digitalen integrationspolitischen Fachtage »#zusammenkommen« im Oktober. Die Tagung zeigte, dass es noch ein weiter Weg ist, bis Menschen mit Fluchtgeschichte gleichberechtigt am politischen und gesellschaftlichen Leben teilhaben – und dass es dafür weiterhin Engagement und politische Initiativen im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung braucht.

Auch FES-Landesbüros bilanzierten Erfolge und Herausforderungen der Integrationsarbeit. So wies in Brandenburg die Integrationsbeauftragte Doris Lemmermeier bei der 19. Landesintegrationskonferenz auf die Besonderheit der Potsdamer Integrationspolitik hin: Obgleich der Anteil der Zugewanderten an der Bevölkerung lediglich sechs Prozent beträgt, war Brandenburg das erste Bundesland mit einem Integrationskonzept und stellt zudem vergleichsweise viele Landesmittel für die Sozialarbeit mit Geflüchteten zur Verfügung. In Mecklenburg-Vorpommern sprachen die Sozialministerin Stefanie Drese und der Integrationsbeauftragte Reem Alabali-Radovan über die besonders schwierige Lage der Migrant_innen in Coronazeiten und die daraus resultierenden Aufgaben für die Integrationspolitik.

Erfolgsfaktoren für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt untersucht die FES-Studie »Mehr als nur ein Job. Die qualitative Dimension der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Deutschland«. Sie zeigt zum einen, dass die Arbeitsqualität nicht signifikant vom Durchschnitt für alle Beschäftigten abweicht, zum anderen, dass Geflüchtete im Zeitverlauf zwar mehr verdienen, sich aber noch immer im Niedriglohnbereich bewegen. Die Arbeitsmarktintegration von Frauen nichtwestlicher Herkunft war Thema eines Onlineworkshops, an dem Vertreter_innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft aus Deutschland, Schweden, Norwegen und Dänemark teilnahmen. Dabei wurde deutlich, dass es für diese Zielgruppe besonderer Maßnahmen bedarf.

Ausreichende Deutschkenntnisse sind unabdingbar für gesellschaftliche Teilhabe. Aktuell evaluiert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Integrationskurse verschiedener Anbieter. Die FES begleitet den Evaluierungsprozess aus zivilgesellschaftlicher Perspektive. Eine Fachtagung in Kooperation mit dem AWO-Bundesverband brachte Vertreter_innen aus Politik und Verwaltung mit Trägern und Lehrkräften der Sprachkurse zusammen, um über das Er-

reichte, aber auch über Verbesserungspotenzial bei der Sprachförderung zu diskutieren. Gemeinsam mit dem Verein Migra e.V. lud die Stiftung zu einer Onlinefachtagung zum Thema Lehrkräfte mit Migrationshintergrund ein, um der Politik Vorschläge zu unterbreiten, wie eine Übernahme von Pädagog_innen ausländischer Herkunft in den Schuldienst gelingen kann.

Ost- und Westeuropa: Die Meinungen zu Einwanderung driften auseinander

Dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, gehört mittlerweile zum diskursiven Konsens. Im Innenleben von Parteien und Parlamenten spiegelt sich diese Vielfalt jedoch nur wenig wider. Wie wichtig vielfältige Stimmen in der Politik sind, zeigt der FES-Podcast »Hörgut – Auf Stimmenfang für Vielfalt«, den das Forum Berlin gemeinsam mit der Iranischen Gemeinde in Deutschland produziert hat. Dafür interviewten junge Menschen Politiker_innen mit Migrationserfahrung.

Die FES bearbeitet die Migrationsthematik nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene, von 2017 bis 2020 besonders am Standort Budapest in dem Regionalprojekt »Flucht, Migration, Integration in Europa«. Unter anderem beobachtete das Projekt die Einstellungen zu Migration im europäischen Vergleich auf der Basis des European Social Survey

(ESS) vor und nach den Jahren 2015/16. Die aktuelle Datenanalyse zeigte, dass sich Ost- und Westeuropa bei diesem Thema weiter auseinanderentwickeln. Während die Menschen in Westeuropa der Zuwanderung nach wie vor mehrheitlich positiv gegenüberstehen, hat sich die Einstellung in einigen östlichen Ländern wie Tschechien und Polen erheblich verschlechtert. Langfristig ist damit zu rechnen, dass Ost- und Westeuropa in der Migrationsfrage grundsätzlich verschieden denken. Ein unerwartetes Ergebnis der FES-Untersuchung war, dass die Bevölkerung auf dem Westbalkan, der mit einer Geschichte ethnischer Feindseligkeiten und Spaltungen zu kämpfen hat und eine zentrale Migrationsroute darstellt, Zuwanderung viel weniger skeptisch sieht als die Bevölkerungen der meisten Länder Mittelosteuropas. Außerdem zeigte die Studie, dass die Zuwanderer mehr Vertrauen in die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Institutionen ihrer Zufluchtsstaaten haben als die Einheimischen selbst. Das ändert allerdings nichts daran, dass sie sich ausgegrenzt fühlen.

Kompetenzzentren für Migration

Die FES setzt sich dafür ein, dass grenzüberschreitende Mobilität gerecht gestaltet wird und einer freien Entscheidung folgt. In diesem Jahr hat sich die Situation für Arbeitsmigrantinnen und -migranten weltweit dramatisch verschlechtert,

was auch die Herkunftsländer trifft, weil dadurch die Heimatüberweisungen zurückgehen. Das wird sich negativ auf den Kampf gegen die Armut auswirken. Das FES Flight and Migration Competence Center (FMCC) in Addis Abeba hat den Auftrag, den Dialog zwischen Afrika und Europa durch Dialogplattformen zu fördern. Das Kompetenzzentrum kooperiert eng mit der EU, der Afrikanischen Union, mit wissenschaftlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Afrika und Europa, um den Austausch zwischen afrikanischen und europäischen Expert_innen und Entscheidungsträger_innen zu ermöglichen. 2020 entstand unter anderen die Publikation »Risking Everything for a Better Life«, die ein Schlaglicht auf die internationale Migration von, nach und durch Äthiopien wirft.





Mit dem Ziel, den Dialog zwischen den Herkunfts-, Transit- und Ankunftsändern von Arbeitsmigrant_innen zu stärken, unterstützt das FES-Büro Tunis das Gewerkschaftsnetzwerk für Migration im Mittelmeerraum und Subsahara-Afrika (RSMMS). Das Netzwerk bringt Gewerkschafter_innen aus Nord- und Westafrika sowie Südeuropa zusammen und setzt sich für eine faire Regulierung von Migration ein, die die Rechte von Migrant_innen wahrt und die Potenziale von Migration anerkennt. Gleichzeitig suchen die 29 Mitgliedsorganisationen aus 16 Ländern gemeinsam nach Lösungen zur Bekämpfung von Rassismus in den eigenen Reihen. Das RSMMS ist zum gefragten Kompetenzzentrum für Arbeitsmigration im Mittelmeerraum geworden.

Fluchtkrisen der Welt

Gemeinsam mit dem Women in Migration Network arbeitet die Stiftung an einer Übersicht aller Organisationen und Expert_innen weltweit, die zu Gender und Migration arbeiten. Dafür wurden mehr als 300 Organisationen zu ihrer Arbeit befragt. Das soll Vernetzung und gemeinsames Vorgehen ermöglichen, um die Menschenrechte von Frauen in der Migration zu stärken.

Der Nahe Osten und Nordafrika sind aufgrund der Krisen in Syrien und Libyen besonders von Flucht und Vertreibung betroffen. Der für den Oscar als bester Dokumentarfilm nominierte Film »Für Sama« beschreibt die Entwicklung des Arabischen Frühlings in Syrien bis zur Bombardierung Aleppos.

Das Münchener FES-Büro zeigte den Film in Anwesenheit der Filmemacherin Waad al-Kateab als Bayernpremiere. Waad al-Kateab, die in Großbritannien lebt, sprach über die Entwicklung in ihrem Herkunftsland und darüber, wie Einzelne und Staaten sich dazu verhalten können, zum Beispiel indem sie die Initiative »Stop Bombing Hospitals« unterstützen.

In Lateinamerika spielt sich derzeit eine der größten Fluchtkrisen der Welt ab. Laut UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) ist Venezuela mit 3,7 Millionen Geflüchteten inzwischen nach Syrien das zweitgrößte Herkunftsland und Kolumbien mit 1,8 Millionen nach der Türkei das zweitgrößte Aufnahmeland der Welt. Die Büros der FES in Kolumbien und Venezuela arbeiten deshalb eng zusammen und darüber hinaus mit Partner_innen aus staatlichen Behörden, dem akademischen Bereich und Hilfsorganisationen vor Ort.

Auch Ecuador hat Hunderttausende Geflüchtete aus Venezuela aufgenommen. Viele von ihnen sind mit Gewalt, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit konfrontiert. Das FES-Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales Ecuador (ILDIS) erstellte zusammen mit dem Kollektiv Corredores Migratorios Kurzvideos über geflüchtete Menschen. Die Zeugenaussagen zeigen ihre Verwundbarkeit aufgrund des Versagens des Staates, ihre Rechte zu garantieren. Die Videos werden auch in einem Prozess am ecuadorianischen Verfassungsgericht verwendet, der sicherstellen soll, dass sich solche Verstöße nicht wiederholen. Zudem erscheinen ausgewählte Videos auf dem FES-Themenportal »Flucht, Migration, Integration« (FMI).

Wirtschaft und Soziales: die Schubkraft der Krise nutzen

Warnstreik im öffentlichen Dienst: Eine Teilnehmerin hält auf einer Streikkundgebung in Kiel ein Schild »Unterbezahlt, überarbeitet, systemrelevant« in den Händen.

»Systemrelevant« war der Begriff des Jahres. Im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit standen die Pflegebranche und der Dienstleistungssektor sowie die staatlichen Hilfen für krisengebeutelte Unternehmen, Wirtschaftszweige und Freischaffende. Die FES begleitete diese Themen gewohnt kompetent, kritisch und konstruktiv und verlor dabei auch langfristige Entwicklungen wie die sozialökologische Transformation und die Digitalisierung der Wirtschaft nicht aus dem Blick.

Pflegepolitik muss neu gedacht werden

Eltern, Personal in Krankenhäusern und Pflegeheimen wie auch pflegende Angehörige – sie alle sind im Wortsinn systemrelevant. Das große Interesse, das ihnen zu Beginn der Coronakrise zuteilwurde, währte nicht allzu lange und Probleme im Pflegesektor, insbesondere die erheblichen Personalengpässe, bestehen fort. Die FES thematisierte sie über das gesamte Jahr. Unter dem Titel »Pflegepolitik neu denken« sprachen etwa in Oranienburg die Pflegebeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Heike Baehrens und der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Brandenburg Björn Lüttmann mit leitenden Pflegekräften über die unattraktiven Arbeitsbedingungen in dieser Branche. In Kooperation mit Gewerkschaften behandelte das BayernForum diese Fragen in der Onlinediskussionsreihe »Who cares?«.

Auch die Bedeutung der Dienstleistungsbranche korrespondiert nicht mit der monetären Vergütung. Diesen Missstand thematisierte der Dienstleistungskongress NRW im November. Beschäftigte, Vertreter_innen aus Gewerkschaften, Betriebsräten, Wissenschaft und Politik entwickelten Empfehlungen für einen zukunftsfähigen Dienstleistungssektor.

Beim digitalen Fachtag »Feministische Ökonomie und Nachhaltigkeit: Eine Antwort für Wirtschaft in der Krise?« in Stuttgart veranschaulichte Katharina Mader von der Wirtschaftsuniversität Wien, wie der geschlechtersensible Ansatz Defizite unseres Wirtschaftens aufgreift. So sei es kein Zufall, dass in

Branchen, die für das Überleben essenziell sind, überwiegend Frauen arbeiten, diese aber weniger verdienen als Beschäftigte in anderen Berufen.

Familienministerin Franziska Giffey hat einen Gesetzentwurf für mehr Frauen in Vorständen vorgelegt. Dieses Anliegen unterstützt der FES-Managerkreis mit seinem Impulspapier »Stark mit Quote«, das im Juni veröffentlicht und von mehreren Zeitungen aufgegriffen wurde.

Die Lebensverhältnisse sind in Deutschland regional sehr unterschiedlich. Im Trierer Wirtschaftsgespräch diskutierten Katarina Barley, Vizepräsidentin des Europaparlaments, und Jens Südekum, Experte für regionale Infrastruktur der Universität Düsseldorf, mit Vertreter_innen der Wirtschaft über die Empfehlungen der FES-Studie »Europas Regionen besser



fördern – Ideen aus Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt«. Dabei ging es um passgenaue Fördermöglichkeiten für strukturschwache Kommunen und Regionen. Das Landesbüro Hessen legte die Publikation »Ungleiches Hessen – Regionaler Disparitätenbericht« vor, die anhand sozioökonomischer Daten die Entwicklung des Bundeslandes darstellt und politische Handlungsempfehlungen formuliert.

»Das 21. Jahrhundert droht ein Jahrhundert der extremen Ungleichheit zu werden, nicht nur zwischen Nord und Süd, West und Ost. Die Klassengesellschaft kehrt zurück – auch in Deutschland. Die soziale Spaltung gefährdet unsere Demokratie.« Diese pessimistische Prognose artikuliert Dierk Hierschel, Leiter des Bereichs Wirtschaftspolitik bei ver.di, bei der Onlinevorstellung seines Buches »Das Gift der Ungleichheit« in Hannover. Die Veranstaltung ging unter anderem der Frage nach, wie Gewerkschaften, Umweltbewegung und Parteien bessere Arbeitsbedingungen sowie eine sozial und ökologisch gerechtere Gesellschaft mitgestalten können.

Sozialökologische Transformation voranbringen

Mit Onlineveranstaltungen unter der Überschrift »Stadt im Gleichgewicht« setzte das BayernForum seine Reihe zur Münchener Stadtentwicklung fort. Dabei ging es vor allem um individuellen Lebensstil, Beteiligung von Bürger_innen und nachhaltige Infrastruktur. Wichtige Diskussionen ent-

spannen sich zwischen Vertreter_innen von Fridays for Future und des Flughafens München sowie zwischen dem Stadtplanungsamt und Bürgerinitiativen. Aufgrund des großen Anklangs wird die Reihe 2021 fortgesetzt.

Ein zentraler Baustein der sozialökologischen Transformation der Wirtschaft ist die Verkehrswende. Unter dem Eindruck eines Landes im buchstäblichen Stillstand erörterte der Mobilitätsforscher Marco Sonnberger von der Universität Stuttgart Ende Mai im Livechat des Landesbüros NRW, welche Chancen und Risiken die Pandemie für die Mobilitätswende mit sich bringt. Mit dem Strukturwandel in der Automobilindustrie befasste sich der Managerkreis Baden-Württemberg in diesem Jahr schwerpunktmäßig, etwa beim Neujahrsempfang in Stuttgart mit dem SPD-Landesvorsitzenden Andreas Stoch.

Auch die Landwirtschaft muss dringend umweltfreundlicher werden, wollen wir nicht die natürlichen Ressourcen unseres Planeten zerstören. Bei der sehr gut besuchten »Agrarpolitischen Tagung« des Landesbüros Mecklenburg-Vorpommern wurde in Güstrow Ende Januar mit Landwirtschaftsminister Till Backhaus diskutiert, wie der Agrarsektor nachhaltig gestaltet werden kann. Bei einer Onlinekonferenz Ende November, unter anderem mit einem Statement von Bundesumweltministerin Svenja Schulze, wurde nach Möglichkeiten der Nachhaltigkeit in Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft und Tourismus im Münsterland gesucht.

Dass die Soziale Demokratie auch über eine lange umweltpolitische Tradition verfügt, ist in der Öffentlichkeit kaum präsent. Das Archiv der sozialen Demokratie steuerte daher mit der Handreichung zur sozialökologischen Traditionslinie der SPD einen historischen Ansatz für die Politikberatung bei. Zum Diskurs über die aktuelle sozialdemokratische Klimapolitik lud das AdsD im September mit der digitalen Veranstaltung »Gutes Klima – Gute Gesellschaft!«.

Der Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung hatte im Januar das Thema »Öffentliche Investitionen in Zeiten von Schuldenbremse und Fiskalpakt« auf die Agenda gesetzt. Die 85 Mitglieder kamen zu dem Ergebnis, dass in Deutschland ein erheblicher Nachholbedarf bei





Digitaler Kapitalismus – Zeitenwende durch Corona? 10.–26.11.2020
Digitaler Kongress mit Foren, Interviews und Livetalks, Moderation: Geraldine de Bastion und Tobi Müller. Mehr unter: www.fes.de/digitalcapitalism



Investitionen etwa in Bildung und Infrastruktur besteht. Die Expert_innen empfahlen, Schuldenbremse und Fiskalpakt zu reformieren, höhere Einkommen und Vermögen stärker zu besteuern und die Kommunen besser mit Geld auszustatten. Der FES-Managerkreis erarbeitete zu demselben Thema das Impulspapier »Der Krisenbewältigung eine Richtung geben«.

Sozialer Zusammenhalt im digitalen Leben

Dass Deutschland bei der Digitalisierung den Anschluss zu verlieren droht, wurde im Zusammenhang mit Schulschließungen und Homeoffice immer wieder thematisiert. Bei einer Onlinediskussion im Juli wurde erörtert, ob die Coronakonjunkturpakete helfen könnten. Zu Gast waren unter anderen die zuständige Referatsleiterin im Bundesfinanzministerium Ana Dujić und der digitalpolitische Sprecher der SPD-Bundestagfraktion Jens Zimmermann.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, erläuterte im Onlineforum des Managerkreises Rhein-Main im Dezember die Digitalstrategie ihres Landes. Mit der Coronapandemie habe der Prozess an Dringlichkeit gewonnen. So müssten die Medienkompetenz von Schüler_innen und Lehrkräften, die Elektronisierung von Verwaltungs- und Justizsystem sowie Investitionen in Breitbandversorgung deutlich verstärkt werden. Das Stuttgarter Fritz-Erler-Forum entwickelte mit dem Netzwerk Sozialer Zusammenhalt in Digitaler Lebenswelt den »Digitalen Sommer-Frühsschoppen«. Die Reihe griff Fragen etwa zum

Homeoffice oder zum Zusammenhalt im Betrieb und auf digitalen Plattformen auf. Das Format kam so gut an, dass die FES es im nächsten Sommer fortsetzen wird.

»Zeitenwende durch Corona?« Mit dieser Frage überschrieb die FES den Kongress »Digitaler Kapitalismus«, der im November als virtuelle Veranstaltungsreihe stattfand. Hochrangige Gäste aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft diskutierten die Auswirkungen der Coronakrise auf die digitale Wirtschaft und Gesellschaft. Die mit dem Kongress gestartete Diskussionsreihe »digital.sozial.demokratisch« bietet allen, die in Europa sozialdemokratische Digitalpolitik gestalten, Gelegenheit für eine praxisorientierte Diskussion.

Das Bildungssystem der Bundesrepublik leidet nicht nur unter der schleppenden Digitalisierung, sondern ist auch geprägt durch die ungleiche Verteilung der Bildungschancen. Die Missstände wurden von etlichen FES-Landesbüros mit Politiker_innen, Lehrgewerkschaften, Forschung, Schulbehörden, Eltern- und Schülervertreter_innen diskutiert, etwa bei einer Veranstaltung des Regionalbüros Regensburg im Mai zum Thema Homeschooling. Dabei gingen Vertreter_innen der SPD im Landtag, der Lehrerschaft, der Wissenschaft sowie des Landesschülerrats hart mit der bayerischen Staatsregierung ins Gericht: Die Bildungspolitik habe es sträflich versäumt, den Unterricht rechtzeitig um digitale Formate zu ergänzen, der Onlineunterricht sei im Hauruckverfahren eingeführt worden und es grenze an Unverschämtheit, dass die Regierung die Eltern als »Ersatzlehrkräfte« missbrauche. Eine vom FES-Netzwerk Bildung veröf-



fentlichte Kurzstudie zur Bildungsgerechtigkeit formuliert Empfehlungen für das kommende Schuljahr.

»Demokratie braucht Schule – Schule braucht Demokratie« hieß eine hybride Berliner Konferenz im September, auf der eine FES-Studie zur politischen Bildung an Berliner Schulen vorgestellt wurde. Dabei wurden Möglichkeiten ausgelotet, wie an Schulen Demokratie gelebt, gelehrt und gelernt werden kann. In Baden-Württemberg hat sich zehn Jahre nach ihrer Einführung die Gemeinschaftsschule erfolgreich etabliert. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Fritz-Erler-Forums. Mit ihrem komplexen Lernkonzept erbringe die Gemeinschaftsschule ebenso gute Prüfungsergebnisse wie die Realschule – allerdings sei das vielen Arbeitgeber_innen nicht bewusst. Die Studie empfiehlt, in Gemein-

schaftsschulen eine integrierte Oberstufe auszubauen, um das Ansehen dieser Schulform zu verbessern und das innovative Potenzial des gemeinsamen Lernens voll auszuschöpfen.

Arbeitsplätze und Pandemie

»Heraus zum 1. Mai...?« Nicht im Jahr 2020. Dennoch wurde zum Tag der Arbeit die Forderung nach guter Arbeit auch von zahlreichen FES-Abteilungen breit reflektiert. Das Schweriner Büro veröffentlichte im Internet ein Themenspezial dazu und rief gemeinsam mit dem DGB Nordost die Onlineveranstaltungsreihe »Wertvolle Arbeit« ins Leben. Das Netzwerk Sozialrecht, das 2018 gemeinsam von der FES und dem DGB gegründet wurde, stellte die neue Website »netzwerk-sozialrecht.net« online.

Von guter Arbeit können Beschäftigte im Gaststättengewerbe momentan nur träumen. Über die prekäre Lage in der bayerischen Gastronomie und Ho-

tellerie sprach der Bundestagsabgeordnete Uli Grötsch mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) Bayern, Mustafa Öz, Ende Mai bei einem Webseminar des Regionalbüros Regensburg.

Die Digitalisierung der Ökonomie darf nicht zu einer zwangsläufigen Rationalisierung von Arbeitsplätzen führen und die Plattformwirtschaft kann den Betrieb als sozialen Ort nicht ersetzen. Zu diesen Ergebnissen kamen der Historiker Carsten Uhl, der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, der Vorstand der Berliner Verkehrsbetriebe Dirk Schulte und die Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe bei einer Veranstaltung im Februar über Mitbestimmung im digitalen Zeitalter. Sie war der Auftakt zur neuen Reihe »geschichte.macht.zukunft« des Archivs der sozialen Demokratie.

Europa: Zusammenhalt, Rechtsstaatlichkeit, sozialökologischer Umbau

Europa zukunftsfähig machen: Dazu will die Friedrich-Ebert-Stiftung beitragen, indem sie Konzepte für eine sozial gerechte ökologische Modernisierung entwickelt und für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eintritt. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft begleitete die FES mit zahlreichen Veranstaltungen und Initiativen kritisch und konstruktiv.

Ökologische Transformation sozial gestalten

Die strukturellen und politischen Defizite in der Architektur der europäischen Integration werden nicht erst seit Corona debattiert. Doch in der Pandemie erlangten diese Defizite und die Debatte darum eine neue Dringlichkeit. Denn wie schon angesichts der Eurokrise und der Flüchtlingskrise war die EU auch diesmal nicht in der Lage, einheitlich und schnell zu handeln. Stattdessen bestimmten Alleingänge und gegenseitige Blockaden über weite Strecken das Gebaren. Die Wende kam mit dem Aufbauprogramm »Next Generation EU« über 750 Milliarden Euro, das im Juli unter der deutschen Ratspräsidentschaft beschlossen wurde. Damit bewies die Union endlich, dass sie doch handlungsfähig ist. Optimisten sehen sogar die Chance, dass die EU gestärkt und geeinter aus dieser Krise hervorgehen könnte. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat dies zum Anlass genommen, ihre Arbeit zu Europa zu intensivieren – mit dem Ziel, die EU nach innen wie nach außen zu stärken und Impulse für eine progressive europäische Integration zu geben.

Ein Schwerpunkt der FES-Arbeit zu Europa zielt auf eine sozial gerechte ökologische Transformation. Denn die liberale Demokratie, Wohlstand und Frieden hängen davon ab, ob es gelingt, unser Lebens- und Wirtschaftsmodell an den ökologischen Grenzen des Planeten auszurichten. Mit dem European Green Deal präsentierte die Europäische Kommission im Dezember 2019 ihre Strategie für einen ökologischen Umbau der europäischen Wirtschaft. Viele europäische Arbeitnehmer_innen machen jedoch die Erfahrung, dass wirtschaftliche Strukturveränderungen zu ihren Lasten gehen. Für sie steht die ökologische Frage in Konkurrenz zur sozialen Frage. Deshalb priorisiert die FES die soziale Dimension der ökologischen Transformation – eine Just Transition. Dafür gilt es, progressive Allianzen zu schmieden, insbesondere zwischen klima- und sozialpolitisch engagierten Akteuren.

Viele Länder Mittel- und Osteuropas sind stark von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen. Zugleich ist dort die Bereitschaft gering, die globale Erhitzung einzudämmen: Die wenig ambitionierten CO₂-Einsparziele entsprechen nicht dem Pariser Klimaabkommen; zudem halten diese Staaten an CO₂-intensiven Betrieben und am Neubau von Kohlekraftwerken fest. Mit mehreren Studien zum Zusammenspiel von klima- und sozialpolitischen Belangen konnte die FES zu einem kritischen Diskurs über diese Politik beitragen. Insbesondere Polens Industrie ist noch stark von der Kohle abhängig. Erfahrungen deutscher Gewerkschaften mit dem Kohleausstieg sind deshalb ein wichtiger Erfahrungsschatz für die polnische Gewerkschaftsbewegung. Im Februar organisierte die FES in Berlin einen Erfahrungsaustausch zwischen dem DGB und dem polnischen Gewerkschaftsdachverband OPZZ.

Ein neues Projekt der FES Madrid zur nachhaltigen Industriepolitik bringt die IG Bergbau, Chemie, Energie und die IG Metall mit den spanischen Gewerkschaften UGT FICA und CCOO Industrial sowie der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) zusammen. In vier Onlineveranstaltungen wurden Strategien zur sozialökologischen Transformation entwickelt – unter Berücksichtigung gewerkschaftlicher Interessen und Erfahrungen.

EU-Säule: sozialer Rechtsrahmen

Auf nationaler und europäischer Ebene geht es der FES darum, soziale Ungleichheit zu überwinden und das Versprechen auf Gute Arbeit und ein gutes Leben einzulösen. Wichtig hierfür ist die Einführung verbindlicher Standards in der 2017 von den EU-Mitgliedsländern beschlossenen Europäischen Säule sozialer Rechte. Konkret geht es um einen Rechtsrahmen für Mindestlöhne, Mindeststandards für nationale Grundsicherungssysteme, eine europäische Arbeitslo-

senrückversicherung sowie um Chancengleichheit und faire Arbeitsbedingungen. Zusammen mit Investitionen in (Weiter-)Bildung und Jobs von morgen sind das zentrale Bausteine für eine sozialökologische Transformation in Europa.

Das 10. deutsch-französische Gewerkschaftsforum mit dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann und dem Vorsitzenden der CGT Philippe Martinez fand im Februar in Berlin statt. Dabei formulierten die Gewerkschafter_innen gemeinsame Vorschläge zur beruflichen Bildung für die deutsch-französische Expertengruppe zur Zukunft der Arbeit, die Bestandteil der Kooperationsverabredungen des Aachener Vertrags ist.

Um die langfristigen Auswirkungen der Coronakrise auf die britische Arbeitswelt näher zu untersuchen, erstellte die FES London gemeinsam mit der Involvement and Participation Association die Studie »Towards a New Normal – What legacy might COVID-19 leave for UK working patterns?«. Darin wird unter anderem gezeigt, wie sich Corona auf die Unternehmen und die Arbeitsplätze auswirkt. Die Studie wurde digital vermarktet und in einer deutsch-britischen Onlineveranstaltung mit dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut diskutiert.

Europa und Demokratie

In vielen Ländern der Welt, auch in Europa, führt die politische Polarisierung dazu, dass Rechtspopulisten und Nationalisten beträchtlichen Zulauf erhalten. Ziel der FES-Ar-

beit ist es, die normative Kraft universaler Werte zu stärken und sie zu Leitprinzipien des politischen Handelns zu machen. Deshalb tritt die Stiftung Tendenzen zur Entdemokratisierung und zu Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit entgegen, insbesondere in EU-Mitgliedsländern wie Ungarn und Polen.

Dass die Europäische Union zumindest teilweise dabei versagt, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in ihren eigenen Mitgliedsstaaten zu verteidigen, verschärft ihre Glaubwürdigkeitskrise. Hinzu kommt eine schon länger währende Kritik an der demokratischen Legitimation der EU selbst. Das FES-Büro in Brüssel hat gemeinsam mit dem Institut für Europäische Politik Vorschläge entwickelt, wie die EU ihre Entscheidungen demokratischer treffen und sich gegen Angriffe auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wehren kann. Die Ergebnisse werden laufend in den zweijährigen EU-Prozess »Konferenz zur Zukunft Europas« eingebracht.

Welchen Einfluss hat die Pandemie auf rechte und rechtspopulistische Parteien und Bewegungen in Europa? Wie entwickelt sich ihre Rolle in nationalen und europäischen gesellschaftspolitischen Diskursen? Wächst oder fällt ihre Zustimmung bei Wahlen? Die FES-Büros Rom, Paris und Nordische Länder erstellten hierzu gut nachgefragte Länderporträts und organisierten in Zusammenarbeit mit dem FES-Projekt »Gegen Rechtsextremismus« einen europaweiten Austausch. Alle Studien – auch zur AfD – sind mehrsprachig im Onlineportal der FES zugänglich.

Die europäische Außen- und Sicherheitspolitik ist bestimmt von der Systemrivalität zwischen den USA und China, von den stark angespannten Beziehungen zwischen Russland und dem Westen, von Konflikten und Kriegen in Europas Nachbarschaft und der allgemeinen Krise des Multilateralismus. Angesichts dieser Entwicklungen müssen die EU und ihre Mitgliedsländer ihre außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit deutlich stärken. Die Initiative für kooperative Sicherheit des Wiener FES-Regionalbüros für Zusammenarbeit und Frieden in Europa initiierte eine Debatte über Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik, die bisher etwa eine halbe Million Interessierte über Twitter, Facebook und YouTube verfolgten.



Zentral für die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU sind die künftigen Beziehungen zu Großbritannien, insbesondere die Kooperation im NATO-Rahmen. In informellen Konstellationen wie dem von der FES ausgerichteten Trialog zwischen London, Paris und Berlin diskutierten Expert_innen und Parlamentarier_innen über die weitere sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Die unterschiedlichen Perspektiven wurden in einer gemeinsamen Publikation veröffentlicht.

EU und Menschenrechte

Mit der EU-Ratspräsidentschaft konnte Deutschland 2020 besondere Akzente in der EU setzen. Mit mehreren Kooperationspartnern initiierte die FES ein Buch- und Blogprojekt, das Wege aufzeigt, wie eine stabilere, gerechtere und ökonomisch, ökologisch, sozial und fiskalisch nachhaltigere Wirtschaftsentwicklung in Europa gelingen kann. Auch etliche Veranstaltungen der Landesbüros begleiteten die deutsche EU-Ratspräsidentschaft mit konstruktiven Vorschlägen. So plädierte etwa auf Einladung des Landesbüros Niedersachsen der Europaparlamentarier Bernd Lange dafür, die Krise dafür zu nutzen, den am schwersten betroffenen Mitgliedsländern bei der notwendigen Transformation der Wirtschaft zu helfen.

Rund 20 junge Menschen aus mehreren europäischen Ländern stellten am 26. November auf dem Hambacher Schloss ihre Erwartungen an ein funktionierendes Europa vor. Mit Katarina Barley und weiteren EU-Abgeordneten diskutierten sie im Beisein des FES-Vorsitzenden Kurt Beck vor allem über eine konsequente Verteidigung demokratischer Werte. Sie kritisierten, dass es der EU nicht gelingt, bei Menschenrechtsverstößen wie in Belarus mit einer Stimme zu sprechen. Unter den Teilnehmer_innen waren auch solche aus der polnischen Woiwodschaft Oppeln und der französischen Region Franche Comté/Burgund, den Partnerregionen von Rheinland-Pfalz.

Die wichtigste Entwicklung im Raum der Östlichen Partnerschaft war 2020 die massiv gefälschte Präsidentschaftswahl in Belarus. Das zuständige FES-Büro mit Sitz



in Kiew stellte vor und nach den Wahlen in rascher Folge Informationen sowie Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger_innen bereit. Für Polen hätte eine Destabilisierung in Belarus unmittelbare Auswirkungen. Darüber sprach der frühere polnische Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski mit dem außenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Nils Schmid und der früheren polnischen Botschafterin in Moskau Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz im August in einer Onlinekonferenz der FES Polen und des Lassalle-Zentrums.

Zoran Zaev ist der Träger des FES-Menschenrechtspreises 2020. Kurt Beck überreichte dem Premierminister der Republik Nordmazedonien den renommierten Preis am 16. November in Berlin. Beck lobte Zaevs mutigen Einsatz für eine »freie, offene und soziale Gesellschaft«. Bundesaußenminister Heiko Maas als Laudator nannte Zaev den »Hoffnungsträger einer ganzen Generation«. Auch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, EU-Außenbeauftragter Josep Borrell und weitere Weggefährten übermittelten ihre Glückwünsche. In Nordmazedonien wurde die Preisverleihung von drei Fernsehsendern live übertragen.

Just Transition: Klimaschutz gerecht gestalten

26

Trotz Pandemie – die Klimakrise bleibt eines der größten Probleme unserer Zeit. Die Friedrich-Ebert-Stiftung wirkt unter dem Stichwort »Just Transition« darauf hin, dass die ökologische Erneuerung mit sozialer Gerechtigkeit zusammengedacht wird. Dies ist ein Schwerpunkt sowohl der internationalen als auch der nationalen Arbeit der Stiftung.

Ökologie, Gerechtigkeit, Solidarität

Das virtuell veranstaltete Global Green Deals Forum der FES am 1. Oktober stand unter dem Motto »sozial.demokratisch.klimagerecht«. 2.300 Teilnehmer_innen diskutierten in digitalen Foren und Mitmachlaboren darüber, wie die soziale und die ökologische Frage versöhnt werden können und der Wandel demokratisch gestaltet werden kann. Der Kongress bildete den Auftakt zu einem thematischen Schwerpunkt, den die Stiftung in den kommenden Jahren weiterverfolgen wird.

Mit dem Ziel, Handelsverträge nachhaltig auszugestalten, hat die EU-Kommission zivilgesellschaftliche Beratungsgremien eingesetzt. In einigen ist auch die FES Mitglied. 2020 hat die Stiftung zusammen mit der Universität Gent zum ersten Mal eine detaillierte Studie zur Wirksamkeit dieser Gremien vorgelegt. Sie formuliert Empfehlungen für eine Stärkung dieses handelspolitischen Kontrollinstruments, die in der Europäischen Kommission und im EU-Parlament breit rezipiert wurden.

Nachhaltige Lieferketten waren Thema einer FES-Konferenz im März in Berlin. »Nur durch eine gesetzliche Regelung der Sorgfaltspflichten von Unternehmen können die 450 Millionen Menschen, die mittlerweile in Lieferketten tätig sind, geschützt werden«, so der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. Die Konferenz ist Teil eines umfangreichen Beratungsprogramms der FES zu dem auch innerhalb der Bundesregierung heftig umkämpften Lieferketten-gesetz. Dazu gehören Vergleichsstudien

zu ähnlichen Vorhaben in anderen Ländern und regelmäßige Fachworkshops zu einzelnen Aspekten eines Gesetzes.

Eine verfehlte Entwicklungs- und Handelspolitik mit Afrika attestierte der renommierte Afrikawissenschaftler Robert Kappel der EU in einer Onlinediskussion zum Thema »EU und Afrika – Partnerschaft statt Patenschaft«, die gemeinsam mit dem Karl-Marx-Haus Trier organisiert wurde. Ndiitah Nghipondoka-Robiati vom namibischen Handelsministerium forderte eine intensivere Zusammenarbeit der EU mit der Afrikanischen Union.

Wie viele Regionen steckt Südafrika in einer Energiekrise, die nur gelöst werden kann, wenn die Energiewende mit der Schaffung von Arbeitsplätzen einhergeht. Auf der



Global Green Deals Forum, FES Berlin, 1.10.2020 – hier im Gespräch: Ralf Fücks (Geschäftsführer Zentrum Liberale Moderne); Kevin Kühnert (stellv. SPD-Parteivorsitzender und Juso-Bundesvorsitzender); Luisa Neubauer (Fridays for Future); Moderation Jochen Steinhilber (FES). Mehr unter: www.fes.de/global-green-deals

Grundlage einer mit der Zivilgesellschaft erarbeiteten Studie startete die FES dort ein Programm, bei dem Gewerkschafter_innen des Energiesektors von der IG BCE beraten werden. Am Horn von Afrika nimmt unterdessen aufgrund des Klimawandels die Wahrscheinlichkeit für gewalttätige Konflikte zu. Die von der FES gegründete Climate Security Working Group hat zusammen mit ihren Partnern Handlungsempfehlungen für mehr Klimasicherheit vorgelegt, die im Bundestag und auf dem Gipfel der Afrikanischen Union diskutiert wurden.

Hierzulande soll unter anderem die Energiewende dazu beitragen, die Erderhitzung zu stoppen. Auch dabei dürfen die sozialen Folgen nicht außer Acht gelassen werden. Darum ging es Anfang März in Freyburg/Unstrut beim Fachgespräch unter anderen mit Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Armin Willingmann. Obgleich die Kohleproduktion seit Jahrzehnten rückläufig sei, stünden die noch verbliebenen Reviere und Regionen aktuell vor massiven Veränderungen, so die Referent_innen.

Das Schweriner FES-Büro bot mehrere Gesprächsformate zur Transformation des Energiesektors an, etwa zur Rolle der Windenergie, zur Bedeutung von Wasserstoff und zur Erdgasleitung Nord Stream 2. Zwei Onlineveranstaltungen begleiteten die Fridays-for-Future-Debatten; sie klärten über Klimamythen auf und zeigten, wie diese dekonstruiert werden können. So konnten die überwiegend jungen Teilnehmer_innen ihr Engagement für Nachhaltigkeit mit politischer Demokratiebildung verbinden.

Dass ökologischer Wandel solidarisch möglich ist, zeigt das Klima-Handbuch für Kommunen des BayernForums. Es gibt praxisbezogene Handlungsempfehlungen und stellt Best-Practice-Kommunen vor, die die Transformation bereits vollzogen haben. Die starke Nachfrage – auch bei den begleitenden Onlineveranstaltungen – zeigte, dass großer Bedarf an Ideen besteht, wie man Ökologie und Solidarität vor Ort verbinden kann.

Weltweit nehmen politische Polarisierung, Autokratie und Demokratiefindlichkeit zu. Hier gegenzusteuern, bleibt eine Hauptaufgabe der FES. Ein zentraler Ansatz ist dabei die Förderung eines engagierten gesellschaftlichen Nachwuchses durch Young-Leaders-Programme wie »Youth for Change« in Tunesien. In diesem Jahr wurden dort 250 jun-



ge Menschen fortgebildet. Etliche der Young Leaders wurden für die Onlinekurse des von der FES unterstützten Global Solution Summit im Mai zugelassen und kamen dort ins Gespräch mit prominenten Politiker_innen und Wissenschaftler_innen wie Bundesumweltministerin Svenja Schulze, dem Virologen Christian Drosten oder dem Ökonomen Dani Rodrik.

Frieden und Sicherheit ausbauen

Die Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA), das institutionelle Rückgrat für Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent, ist nach wie vor fragil. Deshalb organisierte die FES einen Szenarienprozess zur Zukunft der APSA. Die vier Szenarien wurden Entscheidungsträger_innen in der Afrikanischen Union vorgestellt, die sie künftig als Planungsgrundlage verwenden wollen. In Mali hatte die FES auf der Grundlage ihrer jährlichen Umfrage »Mali Mètre« schon früh auf die instabile Situation hingewiesen. Nach dem Militärputsch im August waren die FES-Vertreter_innen in der Region gefragte Gesprächspartner_innen für die deutsche und europäische Sahelpolitik.

In vielen Ländern sind staatliche Sicherheitskräfte hauptverantwortlich für die Zunahme von Gewalt. Das von der FES mitbegründete Netzwerk Security Policy Alternatives Network (SPAN) entwickelt Vorschläge für alternative Ansätze der Sicherheits- und Friedenspolitik. Bei seinem diesjährigen Netzwerktreffen stellte SPAN Regierungsvertreter_innen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA seine Politikempfehlungen vor. In Tunesien

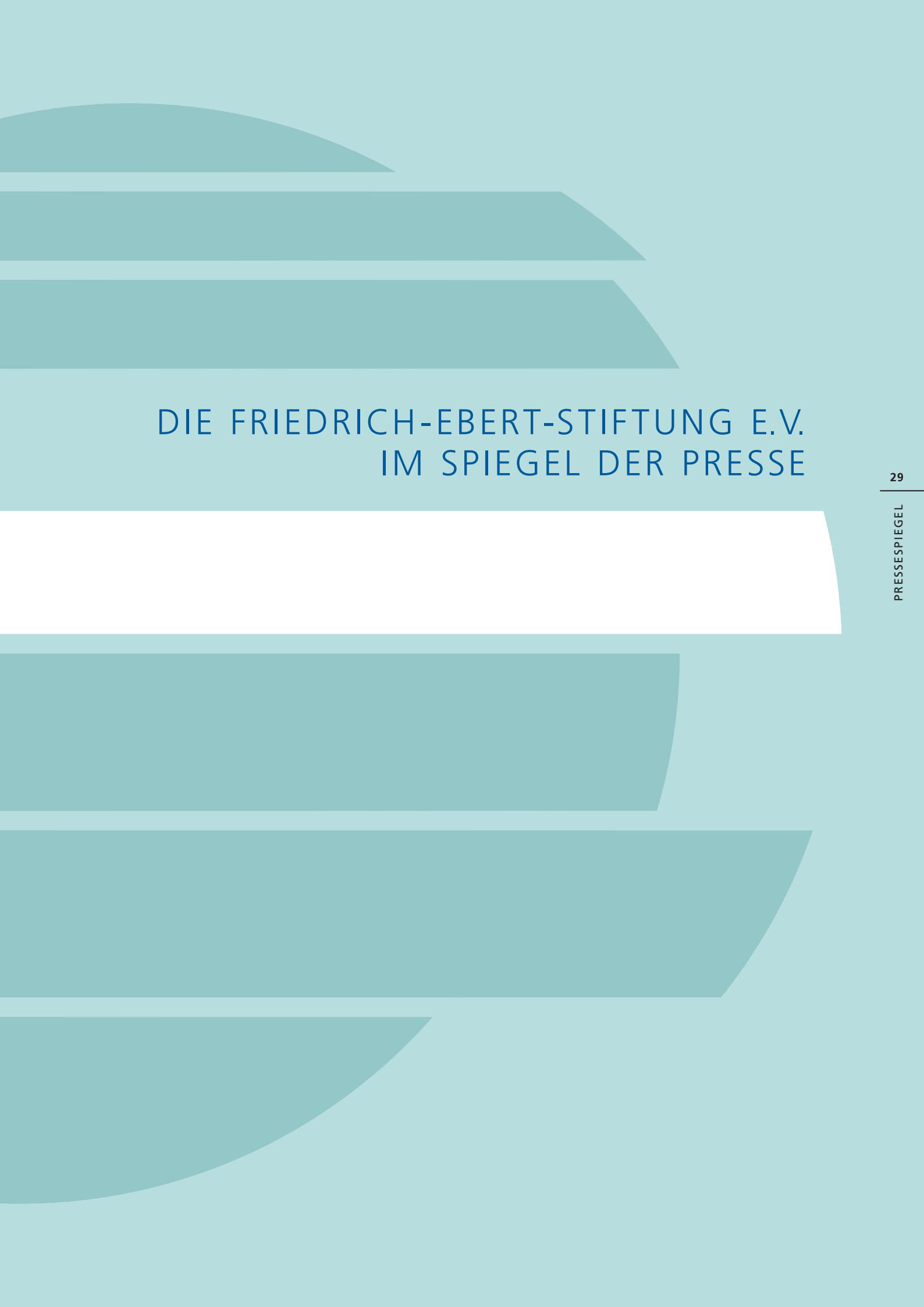


bildet die FES mit Partner_innen Führungskräfte der Polizei im Verhalten gegenüber weiblichen Gewaltopfern aus und vermittelt Grundlagen für einen menschenrechtsbasierten Ansatz im Umgang mit Bürger_innen.

Aufgrund einer FES-Studie zur geschlechterspezifischen Gewalt in sozialen Medien konnten in Thailand die Auswirkungen von Onlinemobbing thematisiert werden. Feministische Gruppen und akademische Fachkreise vernetzten sich durch diese Initiative der FES und entwickelten gemeinsam Strategien, um der sexualisierten Gewalt im Netz entgegenzutreten. Im Vorfeld der jordanischen Parlamentswahlen im November unterstützte die FES weibliche Kandidierende mit einem Forscher_innenteam, um frauenfeindliche Anfeindungen und Gewalt in der Politik systematisch aufzuzeichnen und so die Wahlkommission dafür zu sensibilisieren. Im

Libanon hat die FES eine App erstellt, um homophobe Übergriffe zu dokumentieren und bekannt zu machen.

Das neue regionale FES-Projekt in Lateinamerika »Toma Partido« (Parteien im Wandel) vernetzt progressive Parteien für einen Diskurs über ein neues Entwicklungsmodell. Gemeinsam organisierten die FES-Büros Brasilien und Argentinien im Juli einen virtuellen Dialog über die außenpolitischen Interessen der Länder des Zentrums im Vergleich zur südlichen Peripherie. »Der Multilateralismus befindet sich in einer Krise und diese wird sich sogar noch verschärfen«, prophezeite der ehemalige Außenminister Argentinien und heutige Senator Jorge Taiana im Dialog mit Celso Amorim, dem langjährigen brasilianischen Außenminister der Regierungen Lula und Dilma Rousseff. Die Veranstaltung stieß mit über 10.000 Zuschauer_innen auf enormes Interesse.

The background of the page is a light teal color. It is decorated with several large, abstract, overlapping shapes in a darker teal shade. These shapes include a curved top-left corner, a horizontal bar with a diagonal cut on the right, and a large curved shape at the bottom. A wide, white horizontal band is positioned in the middle of the page, below the title.

DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG E.V. IM SPIEGEL DER PRESSE

01

HANDELSBLATT
5. JANUAR 2020

30

In der Stichwahl um das höchste Amt in Kroatien hat sich der frühere sozialdemokratische Premier Zoran Milanovic durchgesetzt. [...]

»Für die zweitstärkste Kraft in der kroatischen Politik, die sozialdemokratische SDP, bedeutet dies eindeutig Rückenwind, zumal sie bereits in den letzten Europawahlen mit der HDZ gleichzog«, sagte Türkan Karakurt von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Zagreb.

SÜDDEUTSCHE
9. JANUAR 2020

Auch die aktuelle Shell-Studie mit dem Titel »Eine Generation meldet sich zu Wort« kommt zu dem Ergebnis, dass das seit Beginn des Jahrtausends stark gestiegene politische Interesse der Jugend stabil bleibt. Bislang mündet es allerdings selten in konkrete parteipolitische Arbeit. In einer Befragung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung gaben mehr als die Hälfte der 18 bis 40-Jährigen an, privat politisch zu debattieren. Jeder Vierte hat demzufolge bereits an einer Demo teilgenommen – aber nur drei Prozent gaben an, dass sie konkret politisch mitarbeiten.

DEUTSCHLANDFUNK NOVA
16. JANUAR 2020

Fast die Hälfte der Deutschen glaubt, dass geheime Organisationen unsere Politik beeinflussen. Zu diesem Ergebnis kommt die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Netz muss man nicht lange suchen, um Verschwörungstheoretiker zu finden. Es gibt zahlreiche YouTube-Kanäle, die einem vermeintliche Wahrheiten erzählen, die man sonst nirgendwo erzählt bekommt.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG
17. JANUAR 2020

Zurück zur Diplomatie und vorwärts zur Kooperation – aber wie? Angesichts der Gefahren muss zuerst das Vertrauen in einen Neuanfang aufgebaut werden. Die im Herbst 2019 gegründete Initiative für Kooperative Sicherheit in Europa (CSI) nimmt die Alarmzeichen ernst. Die Idee zur CSI geht auf den Schweizer OSZE-Vorsitz 2014 zurück. Sie wurde vom slowakischen Vorsitz 2019 wieder aufgegriffen und wird vom Generalsekretär der OSZE aktiv unterstützt. Das Wiener Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie das in Bratislava beheimatete Institut GLOBSEC sind für die Umsetzung verantwortlich.

FAZ
22. JANUAR 2020

Franzosen und Deutsche sind mehr denn je von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit beider Länder zugunsten der EU überzeugt. Das hat eine aktuelle Umfrage des französischen Meinungsforschungsinstituts Ifop in beiden Ländern zutage gefördert. [...]

Während die Deutschen gegenüber Frankreich mehrheitlich »Sympathie« empfinden, haben die Franzosen gegenüber Deutschland »Respekt«.

Für Chloé Morin von der Stiftung Jean Jaurès, die mit der Friedrich-Ebert-Stiftung die Studie in Auftrag gegeben hat, zeugt das vom Minderwertigkeitskomplex, den immer mehr Franzosen gegenüber dem wirtschaftlich erfolgreichen Deutschland entwickelt hätten.

02

DEUTSCHE WELLE
1. FEBRUAR 2020

In Sachen Vertrauen in die Demokratie gibt es eine »wachsende Kluft zwischen Nord- und Südeuropa« sowie weltweit eine gestiegene Unzufriedenheit mit Demokratie. Dies sind Ergebnisse einer Metastudie der Universität von Cambridge. [...]

Im Großen und Ganzen ist die Studie im Einklang mit einem Bericht, den die FES im vergangenen August veröffentlichte. Demzufolge waren nur 46,6 Prozent der Befragten damit zufrieden, wie Demokratie in Deutschland funktioniert.

FOCUS
3. FEBRUAR 2020

Der Blick auf den Arbeitsmarkt zeigt: Die »grüne« Branche ist ein Jobmotor. [...] Auch eine Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung und der Prognos AG sieht keine Bedrohung für den deutschen Arbeitsmarkt. Zwar würden manche Jobs wegfallen, vor allem in der konventionellen Energieerzeugung und in der Automobilindustrie. Insgesamt würden Maßnahmen wie eine energetische Gebäudesanierung und ein Ausbau der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050 aber zu einer leicht positiven Beschäftigungsentwicklung führen.

REDAKTIONSNETZWERK
DEUTSCHLAND
12. FEBRUAR 2020

Der Präsident des türkischen Nordzypern warnt im Gespräch mit dem »Guardian« davor, dass die Türkei den Inselnorden annectieren könnte. Hubert Faustmann, Büroleiter der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Nikosia, sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), er halte eine Annexion des Nordens durch die Türkei in naher Zukunft für sehr unwahrscheinlich, doch sei »die Dominanz der Türkei in der Politik und Gesellschaft des Nordens« ebenso eine Tatsache wie »die graduelle Umwandlung des Nordens in eine de facto türkische Provinz«.

TAGESSPIEGEL
12. FEBRUAR 2020

Junge Frauen sind nicht nur gleichberechtigt, sie interessieren sich auch für Politik. Das geht aus einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hervor. Trotzdem stellt Parteiarbeit für sie meist keine naheliegende Option dar. Kommunalpolitik, den Einstieg in eine politische Laufbahn, assoziieren sie demnach mit »miefigem Ortsklüngel«.

DEUTSCHE WELLE
21. FEBRUAR 2020

Was könnte 2024 passieren, wenn Wladimir Putins reguläre Amtszeit als russischer Präsident ausläuft? Internationale Experten haben mögliche Varianten skizziert. [...]

Diese Gedankenspiele wurden von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin initiiert.

MDR
26. FEBRUAR 2020

Und auch verschiedenen Thinktanks haben sich mit Open Data beschäftigt. So kann sich die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung vorstellen, dass marktbeherrschende Unternehmen zum Teilen von Roh-Daten verpflichtet werden können.

03

WDR
2. MÄRZ 2020

32

In seinem Testament verfügt Friedrich Ebert, dass eine Stiftung gegründet werden soll mit dem Ziel, »Menschen aller Schichten im demokratischen Geist zu erziehen, das Verständnis zwischen Deutschland und den Nachbarn zu verbessern und begabte junge Menschen zu fördern«. [...] Das SPD-Zentralorgan »Vorwärts« bittet am 2. März 1925 im Sinne des Verstorbenen, von »Kranzspenden und Entsendung von Deputationen abzusehen und dafür vorgesehene Beträge der Stiftung zuzuführen«. Der Spendenaufruf markiert die Gründung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

NDR
7. MÄRZ 2020

Wer tritt bei der US-Wahl für die Demokraten gegen Donald Trump an? Ein Stück US-amerikanische Geschichte wird auch in Hamburg geschrieben: In den Räumen der Friedrich-Ebert-Stiftung am Hamburger Rathaus hat am Sonabend ein Kommen und Gehen geherrscht. Die US-Amerikaner, die in Hamburg und anderswo in Norddeutschland leben, konnten hier ihre Stimme abgeben.

KOMMUNAL
25. MÄRZ 2020

Dass die Jugend politisch ist, hat sie in jüngster Zeit mehr als deutlich bewiesen. Das Planspiel Kommunalpolitik knüpft daran an. Auf insgesamt drei Projekttagen lernen junge Menschen die politischen Strukturen und die Arbeitsweise ihrer Kommune kennen. Das bundesweite kostenlose Angebot der Friedrich-Ebert-Stiftung möchte Kenntnisse aus der Kommunalpolitik vermitteln, das Verständnis zwischen Kommune und Jugend fördern und bei jungen Menschen das Interesse wecken, sich aktiv vor Ort einzubringen.

TAGESSCHAU
25. MÄRZ 2020

»E-Learning« ist das, was die Schulen durch die Corona-Krise führen soll – digitaler Fernunterricht. Der aber funktioniert nicht überall und vor allem nicht überall gleich gut. Dabei geht es weniger um die digitale Ausstattung an Schulen als um die Infrastrukturen und die Inhalte. Birgit Eickelmann, Schulpädagogin und Expertin für digitale Bildung, sagt dazu im Interview mit der Friedrich-Ebert-Stiftung: »Wir wissen, dass wir hier in der Fläche nicht gut aufgestellt sind. Die Schulen, die hier vorgedacht haben, haben jetzt bessere Möglichkeiten.«

DEUTSCHE WELLE
28. MÄRZ 2020

Mali verzeichnet zwei Corona-Fälle, die Regierung hat den medizinischen Notstand ausgerufen. Trotzdem sollen die Menschen am Sonntag ein neues Parlament wählen. Bedenken gibt es nicht nur aus medizinischen Gründen. [...]

Dazu kommt eine generelle Unzufriedenheit mit der Politik, wie eine Mitte März veröffentlichte Meinungsumfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung gezeigt hat. Mit der Arbeit des Präsidenten seien mehr als 50 Prozent eher oder sehr unzufrieden. Mit der Arbeit der Regierung sind es 62 Prozent und beim Parlament gar 73 Prozent, sagt Büroleiter Christian Klatt.

NEUES DEUTSCHLAND
28. MÄRZ 2020

Über überall. Wie eine Spinne sitzt die US-amerikanische Internet-Plattform in der Mitte eines dichten Netzes unterschiedlichster Mobilitätsangebote. Ob es der eigene taxiähnliche Fahrdienst ist, mit dem Ubers Aufstieg begann, Tickets für den Nah- und Fernverkehr, Leihräder, Sammeltaxen oder Essenslieferung, Logistik und noch vieles mehr. [...]

Diese Dystopie ist eines der Szenarien, die Zukunfts- und Verkehrsforscher in der Studie »Mobilitätsdienstleistungen gestalten« im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung entwickelt haben. »Es gibt überall Monopolisierungstendenzen. Das Ziel von Plattformen ist, die Nutzer gefangen zu halten.«

04

BAYERISCHE GEMEINDEZEITUNG
APRIL 2020

Ein ebenso beachtenswertes wie lohnendes Format der kommunalpolitischen Bildung präsentieren die KommunalAkademie Bayern und die Online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung: Die interaktive Lernlandkarte »Online-Grundwissen zur Kommunalpolitik in Bayern«. Sie kommt gerade bei erstmals gewählten Kommunalpolitikern gut an, da sie wegen der Corona-Krise bis auf weiteres keines der oft schon vor Monaten terminierten Präsenzseminare der bayerischen Träger politischer Bildung besuchen können.

HANDELSBLATT
11. APRIL 2020

Die moderne Arbeitswelt stellt so komplexe Aufgaben, dass ein systematisches Abarbeiten nicht mehr funktioniert. Mitbestimmung und Teilnahme fördern, heißt auch Innovation fördern. Denn Mitarbeiter, die eigene Entscheidungen treffen dürfen, sind motivierter. Das belegt die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung »Standort Mitbestimmung«.

FRANKFURTER RUNDSCHAU
16. APRIL 2020

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung bemängelt noch andere Aspekte. Kinder mit Migrationsgeschichte besuchen selten Privatschulen, die scheinbar »denen, die auf Abgrenzung und Statussicherung bedacht sind, eine Option bieten, ihre Intentionen im Bildungsbereich umzusetzen – mit möglicherweise problematischen Folgen für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wie sollen junge Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft einander verstehen lernen, wenn sie keine gemeinsamen Erfahrungen machen?«

DEUTSCHLANDFUNK
25. APRIL 2020

Die Mission »Irimi« soll Waffenlieferungen nach Libyen eindämmen und verfolge damit ein hehres Ziel, sagte Thomas Claes, Landesdirektor der Friedrich-Ebert-Stiftung für Libyen, im Dlf. Allerdings gebe es noch viele offene Fragen, wie zum Umgang mit dem NATO-Partner Türkei oder mit Migranten auf dem Seeweg nach Europa.

05

WELT
8. MAI 2020

Keine Nation hatte im Zweiten Weltkrieg so viele Opfer zu beklagen wie die Sowjetunion. Russen, Ukrainer, Weißrussen und alle anderen Völker der vom Deutschen Reich überfallenen Sowjetunion verloren nach Schätzungen von Historikern 20 bis 27 Millionen Soldaten und Zivilisten [...]. Wie tief diese Traumata nachwirken, zeigt eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) über die politische Einstellung der Jugend in Russland. Auf die Frage nach dem gravierendsten historischen Einschnitt wurde der Zweite Weltkrieg dort am häufigsten genannt, deutlich vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991.

DEUTSCHLANDFUNK KULTUR
21. MAI 2020

Im Rahmen einer Studie haben die TU Berlin und die Universität Oxford die Arbeitsbedingungen unterschiedlicher Plattformen beleuchtet und ein Ranking erstellt. [...] Ein ähnliches Bild zeichnet eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. »So basieren die Geschäftsmodelle zur Vermittlung von Dienstleistungen in der Regel auf der Beschäftigung von Soloselbständigen, die auf eigene Rechnung, mit schlechter Entlohnung und ohne soziale Absicherung die Arbeit verrichten«, heißt es darin.

06

DEUTSCHLANDFUNK NOVA
22. MAI 2020

34

Die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) wurde 1875 als Zusammenschluss aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) gegründet. 15 Jahre später entsteht daraus die SPD. [...] Die Referatsleiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung Ursula Bitzegeio trägt zusammen, was heute noch von der alten SPD in der neuen SPD steckt.

ÄRZTEZEITUNG
27. MAI 2020

»Verschwörungstheorien finden teilweise hohen Zuspruch«, schreibt die Friedrich Ebert Stiftung in ihrer Studie »Verlorene Mitte, feindselige Zustände«. »So meinen 46 Prozent der Befragten, es gäbe geheime Organisationen, die Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Fast ein Viertel der Befragten meint, Medien und Politik steckten unter einer Decke, und jede zweite befragte Person gibt an, den eigenen Gefühlen mehr zu vertrauen als ExpertInnen.«

SÜDDEUTSCHE
28. MAI 2020

Auch nächstes Schuljahr möglicherweise kein normaler Schulbetrieb. Darauf sollten sich Schulen der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge einstellen. Schulen sollen sich auch für die Zeit nach den Sommerferien auf Fernunterricht einstellen, mahnt die Stiftung in einem Papier [...].

AERZTEBLATT
3. JUNI 2020

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich dafür ausgesprochen die Berufsbildung im Gesundheitswesen von Grund auf zu überarbeiten und in einer Studie entsprechende Handlungsempfehlungen erarbeitet. Diese zielen darauf ab, einheitliche Standards der Ausbildungsqualität zu etablieren, die Fachkräfteversorgung im Gesundheitswesen zu sichern sowie die Attraktivität der Gesundheitsberufe zu erhöhen.

FOCUS
4. JUNI 2020

Doch was macht Polens Wirtschaft so robust, so krisenresistent? Im Interview mit FOCUS Online erklärt Ernst Hillebrand, der Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Warschau, dass insbesondere drei Faktoren für den verhältnismäßig positiven Ausblick in der Krise verantwortlich seien: eine Mischung aus politischen Maßnahmen und historisch gewachsenen Strukturen.

HANDELSBLATT
8. JUNI 2020

Unternehmer und Führungskräfte springen Bundesfamilienministerin Franziska Giffey und Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (beide SPD) bei deren Vorhaben bei, eine Frauenquote für Vorstände einzuführen. »Die Quote wird helfen, das gesamte Potenzial unserer gut ausgebildeten Führungskräfte zum Erfolg unserer Unternehmen in Deutschland zu nutzen«, heißt es in einem Impulspapier des Managerkreises der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung

TAGESSPIEGEL
23. JUNI 2020

Wer im EU-Apparat Politik und Karriere machen will, braucht stabile Netzwerke. Sind die Deutschen gut organisiert? [...]

Auch wenn unter Deutschen in Belgien die parteipolitischen Gräben nicht so tief sind wie in Berlin, so haben sich die informellen Netzwerke doch meist im jeweiligen politischen Umfeld organisiert. Die parteinahen Stiftungen helfen. So hatte jüngst das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung die Netzwerker der deutschen Sozialdemokratie zu einem Kennenlernabend geladen.

07

NEUES DEUTSCHLAND
24. JUNI 2020

»Alle politischen Entscheidungen für Berlin werden von doppelt so vielen Männern wie Frauen getroffen«, erklären Helga Lukoschat und Paula Schweers. Die beiden Wissenschaftlerinnen von der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) sind Autorinnen der Studie »Frauen Macht Berlin!«. Am Mittwoch stellten sie die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Arbeit in einer online durchgeführten Präsentation vor.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG
26. JUNI 2020

Sie mischen sich unverblümt in die Regierungsgeschäfte ein, mobilisieren Anhänger, hetzen gegen echte und vermeintliche politische Gegner ihres Vaters: Die drei Bolsonaro-Junioren sind vor anderthalb Jahren de facto mit ihrem Vater in den Präsidentenpalast eingezogen. [...] Um seine Junioren zu protegierten, scheint er mögliche juristische Konsequenzen sowie den potenziellen Verlust von Wählerstimmen in Kauf zu nehmen. Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt das Trio bei seinen Anhängern nämlich äusserst schlecht weg.

DEUTSCHLANDFUNK NOVA
4. JULI 2020

Bei den meisten Förderwerken liegt der Anteil von Erstakademikern wie Ulrike bei nur etwa 30 Prozent, ein Drittel. So auch bei der Studienstiftung des Deutschen Volkes, die mit Abstand die meisten Stipendien vergibt – und demzufolge besonders viele Akademikerkinder fördert.

Ausgewogener ist das Verhältnis dagegen bei der Friedrich-Ebert- oder der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Hier gehen [sic!] etwa die Hälfte der Stipendien an Kinder aus Arbeiterfamilien. Was passt, denn die machen auch an den Hochschulen etwa die Hälfte der Studierenden aus.

SPIEGEL
4. JULI 2020

Es begann im Herbst 2012. Bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin saßen ein Dutzend Schuldnerberater, Mitarbeiter von Sozialverbänden, Wirtschaftswissenschaftler und zwei Mitarbeiter des Bundesfinanzministeriums zusammen. Ziel der Diskussion war, herauszufinden, wie endlich jeder in Deutschland ein Girokonto kriegen könne. Die Bankenverbände erzählten, dass ihre freiwillige Selbstverpflichtung zum Konto für alle doch jedermann ein Konto ermögliche. [...] Doch etliche Teilnehmer der Runde glaubten das den Banken nicht mehr. Nach vielen persönlichen Gesprächen mit Betroffenen war ihnen klar, dass die Kunden ganz andere Erfahrungen machten.

KLIMAREPORTER
27. JULI 2020

Jedes Jahr vergibt Deutschland fossile Subventionen im Energiebereich in Milliardenhöhe. In einer Analyse für die Friedrich-Ebert-Stiftung beziffert das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) die Summe dieser Subventionen auf 17 Milliarden Euro. Die Subventionen zementieren den fossilen Status quo und erschweren es Deutschland, die selbst gesteckten Klimaziele zu erreichen. Mehr noch: Sie konterkarieren die Bemühungen um Klimaschutz.

MERKUR
29. JULI 2020

Anne Will wurde am 18. März 1966 in Hürth bei Köln geboren. Sie ist die jüngste Tochter eines Schreinermeisters und einer Postangestellten. Ihr erstes Geld verdiente sie laut eigenen Angaben mit dem Austragen von Zeitungen. [...] Während ihrer Zeit als Studentin arbeitete Anne Will bereits als Journalistin bei den Zeitungen Spandauer Volksblatt und Kölnische Rundschau. Außerdem hatte sie ein Stipendium, welches ihr von der Friedrich-Ebert-Stiftung verliehen wurde. Anne Will schloss ihr Studium im Jahr 1990 mit dem Magister-Abschluss in Köln ab.

08

WELT
4. AUGUST 2020

36

»Gerechtigkeit braucht eine starke Justiz!« Das sagte die Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts Ingrid-Schmidt vor einiger Zeit bei einem Vortrag für die Friedrich-Ebert-Stiftung, den sie später auch als Beitrag in einer juristischen Fachzeitschrift veröffentlichte. Und die Justiz bedarf, wie sie ausführte, auch »einer motivierten, engagierten und gut ausgebildeten Richterschaft«.

AUGSBURGER ALLGEMEINE
7. AUGUST 2020

Laut einer Erhebung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) waren schon vor der Coronakrise fast sieben Millionen Menschen in Deutschland verschuldet. »Infolge der Coronapandemie wird der Bedarf an Schuldner- und Insolvenzberatung vermutlich deutlich steigen, denn Einkommensverluste aufgrund von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder Geschäftsschließungen werden die private Überschuldung aller Voraussicht nach verschärfen«, heißt es in einem aktuellen Papier der FES.

KLIMAREPORTER
9. AUGUST 2020

Die Geschichte ist schon kurios. Ein Umweltaktivist sagt sich von seinen Überzeugungen los. Denjenigen, die weiterhin das vertreten, was er jetzt für falsch erklärt, wirft er Alarmismus und Irreführung vor und entschuldigt sich in ihrem Namen für 30 Jahre Panikmache. [...]

Hierzulande ist Shellenberger bislang kaum wahrgenommen worden. Eine der wenigen Ausnahmen ist die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung. Ihr Magazin Internationale Politik und Gesellschaft (IPG) hat mit dem umstrittenen Autor ein ausführliches Interview geführt, in dem er unter anderem die deutsche Energiewende scharf kritisiert.

DEUTSCHLANDFUNK
15. AUGUST 2020

Professor Hubert Faustmann von der Friedrich-Ebert-Stiftung lebt seit 25 Jahren auf Zypern und meint: »Der Glaube an eine Wiedervereinigung auf der Insel ist momentan wohl niedriger denn je. Selbst die größten Optimisten und bikommunalen Aktivisten sind mittlerweile resigniert und frustriert. Es gibt einfach seit dem Scheitern der Verhandlungen 2017 keine vielversprechenden Dynamiken.

DEUTSCHLANDFUNK
20. AUGUST 2020

In Schweden spitzt sich das Problem mit gewalttätigen Banden zu. Dänemark hat Grenzkontrollen eingeführt. Philipp Fink, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Nordischen Länder, sieht Fehler in der Integrationspolitik als Ursache der Kriminalität.

TAGESSCHAU
30. AUGUST 2020

2015 hatte er die honduranische Regierung verpflichtet, die Ländereien der Garífunas als Kollektivland zu markieren, um weitere Gewalt zu verhindern. Doch das Gegenteil sei der Fall. »Im letzten Jahr gab es 212 Angriffe auf Aktivisten, die sich gegen Landraub gewehrt haben, einige kamen dabei ums Leben, andere überlebten die gewaltsamen Angriffe«, so Guevara-Rosas. Laut der Organisation »Ofraneh« starben 16 Aktivisten bei diesen Übergriffen.

Miriam Miranda fordert die sofortige Aufklärung der Geschehnisse. Die Koordinatorin von »Ofraneh« hat für ihr Engagement im vergangenen Jahr den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung erhalten. Sie setzt sich seit mehr als 30 Jahren für die Rechte der Garífuna ein.

BAYERISCHER RUNDFUNK
3. SEPTEMBER 2020

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat Kulturschaffende und Kreative gebeten, ihre Reflexionen niederzuschreiben, wie uns Corona verändert. »Echoräume des Schocks« heißt der Band, der gerade erschienen ist und den Auswirkungen der Pandemie nachspürt. Der Berliner Fotograf, Dozent und Kurator Andreas Rost schreibt zum Beispiel: Das Unbegreifliche, Traumatische der Krise braucht vielleicht eine Sprache der Kunst, um es sichtbar zu machen, noch bevor die Wissenschaft es definieren kann.

SÄCHSISCHE.DE
6. SEPTEMBER 2020

Nach 1990 trafen Ost-Illusionen auf West-Ignoranz, sagt der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk. Seine Thesen stehen im Mittelpunkt des 31. Bautzen-Forums.

Beim Bautzen-Forum will die Friedrich-Ebert-Stiftung jetzt die Ursachen dieser Entwicklung beleuchten. Sächsische.de sprach mit dem Historiker über die Frage, warum im Osten der Wohlstand steigt, zugleich aber die Distanz zum politischen System größer wird – und warum diese Entwicklung auch den Westen erreicht.

TAGESSCHAU
8. SEPTEMBER 2020

Trotz Pandemie will Bolivien zu demokratischen Verhältnissen zurückkehren: Im Oktober soll ein neuer Präsident gewählt werden. Doch ein Jahr nach dem Rücktritt von Morales ist die politische Lage völlig verfahren. Im Gebäude der Friedrich-Ebert-Stiftung in La Paz hat die Wahlbehörde vor wenigen Tagen simuliert, wie die Wahl am 18. Oktober ablaufen könnte. Stifte und Flächen werden desinfiziert, sooft es geht. Die Wahlhelfer tragen Masken und Schutzbrillen.

TAGESSPIEGEL
16. SEPTEMBER 2020

Wenn der frühere SPD-Chef und Kanzlerkandidat im Dezember als Nachfolger von Kurt Beck zum Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) gewählt werden wird, muss er den Sparkommissar geben. »In der FES sind aufgrund gesunkener Bundeswahlergebnisse 70 Stellen einzusparen«, sagt ein langjähriger Mitarbeiter.

TAGESSCHAU
17. SEPTEMBER 2020

Wenn in diesen Tagen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Italien Corona-Betroffene besucht, dann dürfte das nicht vergessen sein. »Das Gefühl, zu Beginn dieser Krise von Deutschland und Europa allein gelassen zu werden, hat sich tief eingepreßt«, sagt Tobias Mörschel, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rom. »Deutschland hat es damals verpasst, ein starkes Zeichen der Solidarität zu setzen.«

HANDELSBLATT
24. SEPTEMBER 2020

In der Hauptstadt ist die Hälfte der Bevölkerung weiblich, aber nur 33 Prozent der Abgeordneten im Landesparlament. Das will die rot-rot-grüne Koalition im Land Berlin mit einem Paritätsgesetz ändern. [...] Schützenhilfe für das Vorhaben gibt es nun aber bereits durch ein Rechtsgutachten im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. [...]

Das Fazit fällt unmissverständlich aus: »Eine paritätische Änderung des Berliner Wahlgesetzes ist im Rahmen der geltenden Verfassung von Berlin und des Grundgesetzes in verfassungskonformer Weise möglich und zudem geboten!«

10

BADEN ONLINE
4. OKTOBER 2020

38

Unter dem Motto »vom Ehrenamt zum Engagement« diskutierten am Freitagabend auf Einladung der SPD Gengenbach sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrer Landesgeschäftsstelle Fritz-Erler-Forum in der Stadthalle am Nollen, wie ehrenamtliches Engagement in 20 Jahren aussehen könnte. Fazit: Um das Engagement junger Menschen besteht kein Grund zur Sorge, sofern es Vereinen und Organisationen gelingt, neue Strukturen zu schaffen. Grundvoraussetzung dafür ist aber, diese auch zuzulassen.

KÖLNER STADT-ANZEIGER
10. OKTOBER 2020

Neun von zehn Deutschen beklagen, dass in unserer Gesellschaft der Egoismus mehr zählt als der Zusammenhalt. So steht es in der Vertrauensstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Universität Bonn. Ein beachtlicher Wert, der deutlich macht, wie sehr der Egoismus uns im Alltag stört. Sie alle kennen es aus dem Stadtverkehr: Radfahrer schreien Autofahrer an und umgekehrt.

JUNGLE.WORLD
15. OKTOBER 2020

Die Frage, ob eine ökologische Wende staatlich initiiert, aber von der Wirtschaft vollzogen werden kann, treibt auch die linke Debatte um.

Bei der Online-Konferenz »Global Green Deals Forum« Anfang Oktober blieben die Positionen schwammig. Eingeladen hatten die Friedrich-Ebert-Stiftung, der DGB und die Klima-Allianz Deutschland, ein Bündnis gesellschaftlicher Organisationen für den Klimaschutz. Dort diskutierte man etwa: »Wie sieht eine ökologische Wende aus, die auch sozial gerecht ist?«

THÜRINGER-ALLGEMEINE
22. OKTOBER 2020

Die Klassik Stiftung Weimar restituiert 54 Bücher thüringischer SPD-Ortsvereine, deren Bibliotheken während der Zeit des Nationalsozialismus beschlagnahmt und nach Weimar verbracht worden waren. Restitutionsempfängerin ist die vom SPD-Bundesvorstand dafür legitimierte Friedrich-Ebert-Stiftung. In Abstimmung mit der Klassik Stiftung Weimar beschloss sie, die restituierten Werke der Herzogin Anna Amalia Bibliothek als Dauerleihgaben weiterhin zur Verfügung zu stellen.

DEUTSCHE WELLE
29. OKTOBER 2020

71 Prozent der jungen Menschen in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro, Kosovo und Serbien erwägen, ihre Heimatländer zu verlassen. Das vermeldete im Juni 2020 das »Balkan-Barometer« des »Regional Cooperation Council«, einer Initiative zur politischen Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern Südosteuropas. [...]

Doch es ist nicht nur die schwache wirtschaftliche Entwicklung, die junge Menschen dazu veranlasst, in die EU auszuwandern. Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die 2019 veröffentlicht wurde, sind auch Korruption, Vetternwirtschaft und mangelnde Chancengleichheit Gründe für Emigration.

FIT-FOR-FUN
29. OKTOBER 2020

Das typische Klischee: Die Mutter bleibt zu Hause und kümmert sich um Heim und Kind. Der andere Elternteil verdient besser, nimmt deshalb keine oder nur wenig Elternzeit und geht weiterhin arbeiten, in Vollzeit. [...] Auch eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, wie sehr dieses Klischee häufig immer noch zutrifft: Lediglich 22 Prozent der Frauen mit Kindern arbeiten nach der Geburt wieder in Vollzeit. Von den Männern sind es 90 Prozent. Diese Zahlen sprechen tatsächlich gegen die eigentlich empfundene Emanzipation unserer Gesellschaft.

11

DEUTSCHLANDFUNK NOVA
16. OKTOBER 2020

Unsere Lebensentwürfe und unsere Persönlichkeit hängen miteinander zusammen, sagt Psychologin Jule Specht. Sprich: Das, was wir erleben, nimmt Einfluss auf unseren Charakter und auf unsere Entscheidungen – und auch andersrum. [...]

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, dass besonders die Lebensplanung von Frauen mit geringem Einkommen stark von ihren tatsächlichen Lebensumständen abweicht. Das hat unter anderem mit der (Un-)Veränderbarkeit von Familie und Beruf zu tun.

FAZ
3. NOVEMBER 2020

Kontroversen in einer Bundestagsfraktion werden gelegentlich öffentlich. Als der kaum bekannte Bundestagsabgeordnete Bernhard Friedmann 1986 in einer Fraktionssitzung der Union »operative Wiedervereinigungspolitik« forderte, kanzelte Helmut Kohl den Vorschlag als »blühenden Unsinn« ab. Wurde darauf in der SPD-Fraktion reagiert? Seit 1967 zeichnete diese ihre Sitzungen auf Tonband auf. Die Online-Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung über »Die Geschichte und politische Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion«, eine Woche vor dem Jahrestag der deutschen Einigung, gab keine Antwort. Deutschland-Politik fehlte im Programm.

FOCUS ONLINE
3. NOVEMBER 2020

So bekämpfte Japan Corona ab März mit einem Teil-Lockdown. Statt wie viele andere Staaten auf einen landesweiten Shutdown zu setzen, gab es in dem Inselstaat keine verbindlichen Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen. Massenentlassungen von Beschäftigten und ein wirtschaftlicher Kollaps wurden dadurch vermieden, hält der Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Japan, Sven Saaler, etwa in seiner Studie »Japans Kampf gegen Covid-19« fest.

HEISE ONLINE
11. NOVEMBER 2020

»Die sozialen Medien stehen außerhalb unseres rechtsstaatlichen Systems«, monierte Shoshana Zuboff, die den Begriff Überwachungskapitalismus prägte, am Dienstag zum Auftakt des Online-Kongresses »Digitaler Kapitalismus – Zeitenwende durch Corona?« der Friedrich-Ebert-Stiftung. Schon als Facebook an die Börse gegangen sei, habe der Gründer Mark Zuckerberg »die totale Kontrolle über die dominanten Kommunikationskanäle der Welt« erhalten. Für die US-Wirtschaftswissenschaftlerin steht so außer Zweifel: Die großen Plattformen müssen »der demokratischen Kontrolle unterstellt werden«.

VOLKSSTIMME.DE
18. NOVEMBER 2020

Die Schülerinnen und Schüler teilten sich für das Planspiel Europa in verschiedene Gruppen auf. Während im Parlament hitzige Debatten geführt wurden, brachten Interessenvertreter ihre Ideen ein und die Presse dokumentierte. Und das alles zu einem Thema: Klimaschutz.

Um das Planspiel Europa am Gymnasium durchzuführen, waren Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung angereist. Philip Doll führte beispielsweise die größte Gruppe in der Aula des Schulgebäudes durch die Debatte. »Ein Ziel des Planspiels ist es, den ziemlich komplizierten Prozess im EU-Parlament spielerisch näherzubringen«, formulierte Doll.

12

HANDELSBLATT
20. NOVEMBER 2020

40

Eine Frau ab vier Vorstandsmitgliedern: SPD und Union wollen eine verbindliche Frauenquote in Vorständen börsennotierter oder mitbestimmter Unternehmen einführen. [...] Auch aus der Wirtschaft hatte es zuletzt Unterstützung für die Quote gegeben. Der Managerkreis der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung schrieb im Sommer in einem Impulspapier: »Die Quote wird helfen, das gesamte Potenzial unserer gut ausgebildeten Führungskräfte zum Erfolg unserer Unternehmen in Deutschland zu nutzen.«

DIE GLOCKE ONLINE
30. NOVEMBER 2020

Starke Stützpfeiler des Münsterlandes sind Ernährung, Tourismus und Landwirtschaft. Wenn es gelingt, diesen Dreiklang besser zu vernetzen, entsteht eine neue Dynamik auf dem Weg in die von mehr Nachhaltigkeit geprägte Zukunft der Region. Das ist das Fazit der Münsterlandkonferenz. Das Landesbüro NRW der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung hatte die Konferenz am Samstag coronabedingt als Online-Veranstaltung in Szene gesetzt. [...]

Wenn es nach der FES-Online-Konferenz geht, dann wird Südwestfalen eine der »nachhaltigsten Regionen in Deutschland«.

WIRTSCHAFTSWOCHE
2. DEZEMBER 2020

Eine Studie des Forschungsinstituts Prognos im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung kam 2019 zu dem Ergebnis, dass die Einbeziehung von Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung diese »grundsätzlich auf eine breitere Finanzierungsbasis« stelle. Später hätten dann aber auch die einzahlenden Beamten Rentenansprüche, sodass »sich die günstigen Effekte auf Rentenniveau und Beitragssatz im weiteren Verlauf nach 2070 umkehren«.

TAGESSCHAU
16. DEZEMBER 2020

Nicht öffnen, sondern schließen müsse man. »Merkel hat es gut gemacht«, sagt Speranza dem »Corriere della Sera«. Es ist diese Angst vor einer dritten Ansteckungswelle, die viele umtreibt. Deutschland als Vorbild für einen harten Kurs, jetzt, so kurz vor Weihnachten. Der Begriff »modello Merkel« macht die Runde. Erstaunlich sei dies, meint Tobias Mörschel, der Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rom: »Auch wenn vieles verkehrt gelaufen ist in Italien, der Modellcharakter wurde in Italien entwickelt, ganz grundsätzlicher Art.«

FOCUS ONLINE
20. DEZEMBER 2020

»Ich habe zuletzt das Grundsatzprogramm der Grünen gelesen. Wenn ich Kabarettist wäre, würde ich darüber sagen: nicht anecken, habecken.« Martin Schulz, der nun die sozialdemokratische Denkfabrik der Friedrich-Ebert-Stiftung übernimmt, hat ja recht. Irgendwie. In der allgemeinen Wahrnehmung steht der Grünen-Chef für das Wolkige, Ungefähre und Philosophische.

DIE ZEIT
29. DEZEMBER 2020

Neuseelands Premierministerin wird für ihren Politikstil gefeiert, ihr Kampf gegen Corona gilt als vorbildlich. Ein genauer Blick aber zeigt: Ihre Bilanz ist dürrtig.

Jacinda Ardern durfte vor zwei Jahren bei der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Zukunft der Sozialdemokratie sprechen. An ihrer Politik sollte sich die SPD allerdings kein Vorbild nehmen.



ARBEITSBEREICHE

41

POLITISCHE BILDUNG UND BERATUNG

- 42 Politische Akademie
- 44 Politischer Dialog
- 44 Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO)
- 45 Zentrale Aufgaben/Managerkreis

INTERNATIONALE ARBEIT

- 46 Internationaler Dialog
- 47 Internationale Entwicklungszusammenarbeit
- 48 Die Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung

WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT

- 50 Studienförderung
- 51 Archiv der sozialen Demokratie

PREISE DER FRIEDRICH- EBERT-STIFTUNG E.V.

- 53 Das politische Buch
- 53 Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik
- 53 FES-Menschenrechtspreis

UNSELBSTSTÄNDIGE STIFTUNGEN UND SONDERVERMÖGEN

- 54 Erich-Brost-Sondervermögen
 - 54 Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung
 - 54 Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung
- 

Politische Bildung und Beratung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung leistet im Inland politische Bildung und Beratung, orientiert am Leitbild der Sozialen Demokratie. Politische Bildung ist eines der entscheidenden Instrumente, um demokratische Mitgestaltung und die Identifikation der Bürger_innen mit dem Gemeinwesen zu ermöglichen.

Mit ihrer Bildungsarbeit will die FES zur Urteils- und Handlungskompetenz der Bürger_innen beitragen und zum Engagement im politischen, gewerkschaftlichen und bürger-schaftlichen Ehrenamt motivieren. Zugleich versteht sich die Stiftung als Plattform des gesellschaftspolitischen Dialogs, indem sie öffentliche Debatten fördert und die Politik berät. Die Angebote sind zielgruppenorientiert, thematisch strukturiert und regional flexibel organisiert. Sie basieren auf den vier Säulen Politikvermittlung, Lernprojekte, Kompetenztrainings und Politikberatung. Dabei nutzen sie methodisch vielfältige, insbesondere partizipative Ansätze. Durch die Erprobung neuer digitaler Bildungsangebote im Vorjahr konnte die Stiftung während des Coronashutdowns das Bildungsprogramm zügig in digitale Formate umbauen: Es gab Webseminare, Podcasts, Livestreams, Blogs, Videos oder messengerbasierte Spiele fürs Mobiltelefon.

Politische Akademie

Im Jahr 2020 organisierte die Akademie 910 Veranstaltungen. Neben Online- und Printpublikationen stellte die FES verschiedene digitale Formate bereit, z. B. acht neue Folgen des Podcasts »Zukunft gerecht«. Der Messengerkanal »Der rote Faden« zählte 5.200 Abonnent_innen.

Ziel der Bildungs- und Beratungsarbeit der Politischen Akademie (PA) ist es, gleichwertige politische und soziale Teilhabechancen für alle zu eröffnen. Dazu bietet die Stiftung Information, Orientierung und Qualifizierung für ein erfolgreiches politisches, gewerkschaftliches und bürger-schaftliches Engagement. Außerdem wirkt sie auf eine aktivere Beteiligung von Bürger_innen an gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozessen hin. Im Dialog mit Politik und Wissenschaft entwickeln Bürger_innen Vorschläge für die zukunftsfähige Demokratie, Kommunalpolitik sowie Sozial- und Bildungspolitik. In Fachgesprächen erörtern Expert_innen und Praktiker_innen Entwicklungen der Medien- und Netzpolitik. In Kooperation mit Bildungseinrichtungen und Vereinen stärken Lernprojekte Jugendpartizipation und politisches Engagement. So trägt die Politische Akademie der FES zur Urteils- und Handlungskompetenz der Bürger_innen bei, fördert den Dialog zwischen Politik und Öffentlichkeit, befähigt zum Engagement und leistet Politikberatung. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten zählen: Grundwerte sowie Programmatik und Geschichte der Sozialen Demokratie, digitale Gesellschaft, Medien- und Netzpolitik, journalistische Aus- und Weiterbildung, politisches Engagement in Parteien, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, Jugend und Politik, Kommunalpolitik sowie digitale politische Bildung und Beratung.



UTOPIEN

Für ein besseres Morgen

Thomas Hartmann, Jochen Dahm, Frank Decker (Hg.)
Dietz Verlag



Gemeinsamer Gesprächsraum

Wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk den Diskurs fördert

Andreas Dörner

**Zielgruppen der politischen
Bildungsarbeit**

- Bürger_innen, die politische Information und Orientierung suchen
- Jugend und politischer Nachwuchs
- Engagierte in Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen
- Multiplikator_innen mit Einfluss auf die gesellschaftlichen Debatten
- Aktive in der Zivilgesellschaft
- Multiplikator_innen in Parteien und Parlamenten
- Vertreter_innen aus Medien, Kultur und Kreativwirtschaft



Weitere Themenbeispiele 2020 waren die Erweiterung des interaktiven Chats für Jugendliche »e-Bert« um »Mythen in der Klimapolitik«, Onlinebeiträge der JournalistenAkademie, KommunalAkademie und die Akademie Management und Politik, neue Policy Paper »Weiterdenken NRW« und Publikationen und Aktivitäten im Themenfeld Medienpolitik und öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Europa.

Politischer Dialog

Im Laufe des Jahres bot der Politische Dialog rund 35.000 Interessierten knapp 910 Veranstaltungen on- und offline an. Hinzu kamen 200 Publikationen, überwiegend Onlineformate und E-Paper-Reihen.

Die Abteilung Politischer Dialog bietet politische Bildungs- und Beratungsarbeit in Nord- und Ostdeutschland sowie zu ausgewählten bundespolitischen Themen in Berlin. Mit ihren Angeboten will die Abteilung Bürger_innen, insbesondere Jugendliche, für demokratische Politik interessieren, für ein gesellschaftspolitisches Engagement befähigen und den Dialog zwischen Politik und Öffentlichkeit fördern. Mit Politikberatung trägt sie zur Stärkung der Urteils- und Handlungskompetenz politischer Partner_innen bei. Die Landes- und Regionalbüros greifen bundes-, landes-, kommunal- und europapolitische Themen auf, die sie dezentral auch im ländlichen Raum für ein breites Publikum aufbereiten. Die Berliner Abteilungsreferate Forum Politik und Gesellschaft sowie Forum Berlin arbeiten politikberatend zu ausgewählten bundespolitischen Fragen. Die in den Vorjahren bereits im abteilungsübergreifenden FES-Projekt »Digitale politische Bildung und Beratung« erarbeiteten innovativen Konzepte und Onlineangebote und die Erfahrungen ermöglichten es dem Politischen Dialog, sämtliche analogen Programme ab Ende

März zügig auf digital umzustellen. So gelang es einigen Landesbüros bereits im April, wieder ihren Veranstaltungsbetrieb vollumfänglich und digital aufzunehmen.

Während des Lockdowns erwiesen sich Podcasts als erfolgreiche Bildungsformate. Allein in Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein erreichte z.B. die Podcastreihe: »Friedrich unterwegs – auf der Suche nach Solidarität« mit 24 Folgen über 8.400 Hörer_innen. Weitere Hörbeiträge waren »Neustart 2020 – Thüringer Perspektiven« und »Geschichte der Grundwerte in Mecklenburg-Vorpommern«. Das seit einigen Jahren etablierte FES-Debattenportal sagwas.net unterstützte politisch Engagierte und Vereine mit neuen Inhalten. Weitere Beispiele der Arbeit sind die E-Paper-Reihe »Demokratie im Ausnahmezustand. Wie verändert Corona Recht, Politik und Gesellschaft?« und die qualitative Studie »Auf der Suche nach dem verlorenen Dialog«.

Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO)

2020 erschienen mehr als 60 Titel in deutscher und englischer Sprache, die auch über den Newsletter WISO digital verbreitet wurden.

Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, kurz WISO, berät Politik und Gesellschaft zur finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung. Sie organisiert Veranstaltungen, in denen Vertreter_innen von Politik und Gesellschaft mit Fachleuten Grundsatzfragen und aktuelle Probleme diskutieren. In drei Publikationsreihen – WISO Diskurs, WISO direkt und WISO Argumente – veröffentlicht die FES umfangreiche Expertisen und kurze handlungsorientierte Analysen für ein Fachpublikum. Für ein breites Publikum bereitet sie kritische Auseinandersetzungen mit vermeintlichen Wirtschaftswahrheiten auf.



DEMOKRATIE BRAUCHT DEMOKRATINNEN!

Barrieren der politischen Kultur für Frauenkarrieren in Politik und Gewerkschaften – und Ansätze für ihre Veränderung

Hanna Haag,
Raj Kollmorgen



Deutschland – Ländersache?!

30 Jahre deutsche Einheit und Föderalismus

Jens Bullerjahn,
Wolfgang Renzsch,
Ringo Wagner (Hrsg.)

Die Schwerpunktthemen sind Arbeit, Soziales, Bildung/ Forschung, räumliche Entwicklung, Finanzen, Wirtschaft und Klima/Energie/Umwelt. Hinzu kommen die Querschnittsthemen Gewerkschaften, Migration/Integration, Verbraucher_innen, Unternehmen/Mittelstand, Gender/Familie/Jugend/Senior_innen, demografischer Wandel, Digitalisierung sowie europäische und globale Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die genannten Themen spiegeln die WISO-relevanten Ausschüsse im Deutschen Bundestag wider, was der FES eine äußerst aktuelle und bedarfsorientierte Beratung der Akteur_innen im legislativ-politischen Prozess ermöglicht. Die Aktivitäten werden in flexiblen thematischen Arbeitsgruppen oder in etablierten Arbeits- und Gesprächskreisen organisiert.

Im Dialog mit Politik, Sozialpartnern, Verbänden und Wissenschaft entwickelt die FES neue Konzepte für Gute Arbeit, einen nachhaltigen Ausbau politischer und wirtschaftlicher Arbeitnehmerbeteiligung und eine innovative, soziale und wirksame Arbeitsmarktpolitik. Die prekäre arbeits- und sozialrechtliche Situation von Soloselbstständigen wird – vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der Plattformökonomie – zu einem immer drängenden Thema in der arbeitsmarktpolitischen Debatte. Im Themenschwerpunkt Soziales erarbeitete die FES beispielsweise mit Expert_innen Vorschläge für effektive und zukunftsste soziale Sicherungssysteme. Eine Studie zu einer grundsätzlichen Neuausrichtung der Alterssicherung wurde vorgestellt.

Der größte Teil der Expert_innenseminare konnte 2020 als Präsenz-, Hybrid- oder digitale Veranstaltung durchgeführt werden. Großveranstaltungen und Kongresse wurden als kleinere On- und Offlineveranstaltungen umkonzipiert. Ein Highlight des Jahres war die Onlineveranstaltung »Digitaler Kapitalismus«.

Zentrale Aufgaben / Managerkreis

2020 organisierte der Managerkreis 91 Veranstaltungen, mehr als die Hälfte davon in den Regionalkreisen, verteilt auf 13 Veranstaltungsorte. 52 Aktivitäten wurden davon online durchgeführt.

Im Managerkreis (MK) der Friedrich-Ebert-Stiftung engagieren sich seit 1991 aktuell rund 950 Führungskräfte des oberen und mittleren Managements, die sich der Sozialen Demokratie verbunden fühlen. Als Beratungs- und Dialogforum bietet der MK Unternehmer_innen und Vertreter_innen aus Wirtschaftsverbänden und Politik die Möglichkeit, sich auszutauschen und ihren Sachverstand in den wirtschaftspolitischen Diskurs einzubringen. Der MK entwickelt Handlungsempfehlungen für eine innovative, ökologische und sozial gerechte Zukunft. Er organisiert Podiumsdiskussionen und Fachgespräche, erarbeitet Positionspapiere und Impulse. Darüber hinaus werden Hintergrundgespräche geführt, die dem Austausch und der Vernetzung der Mitglieder dienen. In fünf Arbeitsgruppen (Wirtschaft/Digitales, Finanzen, Verkehr/Mobilität, Umwelt/Energie, Gesundheit) erarbeiten die Mitglieder Vorschläge, wie der Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfähig gestaltet werden kann. Acht Regionalkreise stimmen ihr Programm mit den FES-Landesbüros ab.

Persönliche Treffen sind weiterhin erste Wahl, aber die Möglichkeit, online teilzunehmen, ohne zu reisen, stärkte 2020 die bundesweite Beteiligung. Sehr erfolgreich waren die exklusiven Angebote für Frauen (Business Meetings) und Young Leaders.

Der Managerkreis bietet ein Coaching für FES-Stipendiat_innen in wirtschaftsnahen Studiengängen an, das sehr gut angenommen wird. Seit April wurden 15 Folgen der Podcastreihe »Managerkreis-Impulse – Wirtschaftsdialoge zum Mithören« produziert.



UMLENKEN!

Subventionen abbauen,
Strukturwandel gestalten,
Klima schützen

Florian Zerzawy,
Henning Herbst,
Fabian Liss,
Rouven Stubbe



Small and medium-sized enterprises in the platform economy

More fairness for SMEs
in digital markets

Christoph Busch

Internationale Arbeit der FES

Auch globale Trends, die die internationale Ordnung schon seit geraumer Zeit destabilisieren, werden durch die Coronapandemie und ihre Folgen verstärkt. So steckt der Multilateralismus, das Kernstück der liberalen Nachkriegsordnung, in einer schweren Krise, denn nationale Egoismen stellen Werte, Ziele und Prozesse des Multilateralismus infrage. Durch Country-first-Strategien, unilaterale Reflexe und die Renaissance von Großmachtpolitik schwindet das Vertrauen zwischen den Staaten. Die Europäische Union muss ihre fundamentalen Werte schützen und versuchen, das Vakuum zu füllen, das die USA durch ihren Rückzug aus der globalen Politik hinterlassen.

Kurz: Die Pandemie gleicht einem Stresstest für Demokratien, umso mehr in Ländern, deren Demokratie schon länger unter Druck ist. Von Russland über China, der Türkei, Venezuela bis nach Belarus nutzen Diktatoren und Autokraten skrupellos alte und neue (digitale) Unterdrückungsmethoden, um an der Macht zu bleiben. Soziale Ungleichheit und Armut sowie der Klimawandel bleiben jedoch die größten globalen Herausforderungen.

Covid-19 ruft in Erinnerung, dass es auf Dialog und internationale Kooperation ankommt, um der Krise wirksam entgegenzutreten. Hier setzt die FES-Auslandsarbeit an: Sie unterstützt fragile Demokratien dabei, demokratische Prozesse auch in Krisenzeiten zu erhalten. Internationale und europäische Kooperationsprogramme der FES haben zum Ziel, die Globalisierung neu zu gestalten. In zahlreichen länderspezifischen und globalen Ansätzen wirkt die Stiftung darauf hin, dass Konjunkturmittel demokratisch gelenkt eingesetzt werden und die Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung unterstützen.

Die FES trägt mit ihrem dichten Netz an Auslandsbüros effektiv dazu bei, Vertrauen in der internationalen Politik zu schaffen und Möglichkeiten zur Kooperation auszuloten. Sie nutzt dazu ihre hervorragenden Zugänge zu politischen und gesellschaftlichen Akteuren und ihr breites Dialogangebot. Einen hohen Stellenwert hat das Thema »Gute Arbeit weltweit«. Gemeinsam mit nationalen und internationalen

Gewerkschaften setzt die Stiftung sich für gerechte Arbeitsbedingungen, Unternehmensverantwortung und Gewerkschaftsrechte auch in den Lieferketten ein. Wichtige Formate sind die jährliche Tiergartenkonferenz für progressive Außen- und Sicherheitspolitik, das Global Green Deals Forum für den sozialökologischen Wandel sowie das digitale ipg-journal (Internationale Politik und Gesellschaft).

Internationaler Dialog

Die Europäische Union, ihre Nachbarschaft und die transatlantischen Beziehungen stehen im Zentrum der Arbeit der Abteilung Internationaler Dialog. Sie organisiert für Politik, Verbände und Nichtregierungsorganisationen Bildungs- und Beratungsangebote in vielfältigen Formaten, vom bilateralen Briefing bis hin zur internationalen Großkonferenz. Die Auslandsbüros bearbeiten grenzüberschreitend vier strategische Themen, unterstützt von Themenbüros in Brüssel und Wien: Friedens- und Sicherheitspolitik, sozialökologische Transformation, Arbeit der Zukunft sowie Demokratie und Demokratieförderung. Dabei werden auch das progressive europäische und internationale FES-Netzwerk gestärkt und junge Multiplikator_innen gefördert.

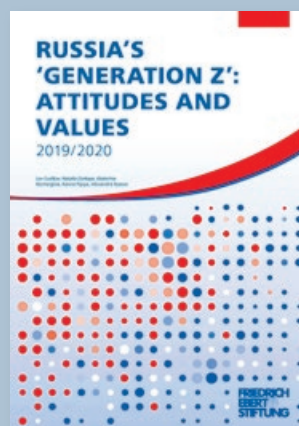
2020 bestimmten die Debatten um den mehrjährigen Finanzrahmen der EU und den Aufbauplan für Europa die Arbeit des Brüsseler Büros. Solange die Spielregeln des Brexits,



**Climate action.
Socially. Just.**

A manual of
arguments for a
fair and ecological
society

Herausgegeben vom
»Dept. for Central
and Eastern Europe«
der Friedrich-Ebert-Stiftung



**RUSSIA'S GENERATION Z:
ATTITUDES AND VALUES
2019 / 2020**

Lev Gudkov,
Natalia Zorkaya,
Ekaterina Kochergina,
Karina Pipiya,
Alexandra Ryseva

des EU-Austritts Großbritanniens, nicht klar waren, blieb auch dies ein zentrales Thema. Im Jahr 2020 spielte Deutschland durch seine Präsidentschaft im Europäischen Rat eine entscheidende Rolle. Die Situation in Belarus, der neu aufgeflamte Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan, der Migrationsdruck aus dem Mittelmeerraum und die militärischen Muskelspiele zwischen der Türkei und Griechenland sind nur einige der Herausforderungen.

Mit Blick auf die USA wurde noch einmal schmerzhaft deutlich, dass eine der ältesten und erfolgreichsten Demokratien der Welt durch einen populistischen Präsidenten, ein dysfunktionales Zweiparteiensystem sowie veraltete Wahl- und Regierungsstrukturen sich selbst in die Krise manövriert hat.

Die Coronapandemie zeigt, dass Lösungen für globale Herausforderungen nur gemeinsam gefunden werden können. Eine Amerika-first- oder Europe-first-Strategie kann im Angesicht globaler Klimaveränderungen, weltweiter Migrationsströme oder Konflikte nur scheitern. Die Europäische Union muss weltpolitisch aktiver werden. Das beschlossene Aufbauprogramm »Next Generation EU«, dotiert mit 750 Milliarden Euro, könnte die Union stärker und geeinter aus dieser Krise hervorgehen lassen.

Das ipg-journal, die Onlinepublikation der FES, trägt zu einem pluralistischen Diskurs all dieser Themen bei. Die Internetportale der ipg auf Deutsch, Englisch und Russisch erreichen jährlich knapp 5,5 Millionen Seitenaufrufe.

Internationale Entwicklungszusammenarbeit

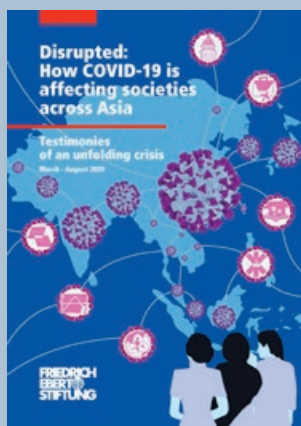
Die schlimmste Rezession seit der Großen Depression vor 90 Jahren: So sieht der Internationale Währungsfonds die Folgen der Coronakrise für die Weltwirtschaft. Die globale Armut könnte zum ersten Mal seit 30 Jahren wieder ansteigen und eine halbe Milliarde Menschen zusätzlich betreffen. In vielen

Regionen steht die Ernährungssicherheit auf dem Spiel; es drohen weitere Hungersnöte. Gerade in besonders verletzlichen Gesellschaften wirkt das Virus auf Krisen und Konflikte wie ein Brandbeschleuniger. Humanitäre und medizinische Hilfsleistungen bleiben aufgrund von Grenzschließungen aus, Friedensverhandlungen werden ausgesetzt und Konfliktparteien instrumentalisieren die Pandemie. Dadurch verschärfen sich gesellschaftliche Konflikte, mühsam geheilte Wunden vergangener Gewaltkonflikte brechen wieder auf.

Weltweit gab es regen Beratungsbedarf zu Fragen der richtigen sozialen und ökonomischen Coronastrategie. Die Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ) konnte aufgrund ihrer guten Verankerungen in zahlreichen Ländern effizient und aktuell auf diese Bedarfe reagieren, sowohl mit landesspezifischen als auch kontinentübergreifenden Projektansätzen.

Bewährt hat sich hier die langjährige Zusammenarbeit nicht nur mit internationalen sozialdemokratischen Kräften, sondern auch mit nationalen und internationalen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen. Zudem konnte die IEZ auf ihre zahlreichen regionalen und internationalen Fortbildungs- und Vernetzungsangebote speziell für Nachwuchskräfte aus dem globalen Süden zurückgreifen, die 2020 – wie etwa die UN Fall Academy – online durchgeführt wurden. Zugleich nutzte die IEZ das Jahr, um ihre Arbeit noch effizienter und kollaborativer aufzustellen.

Zwei große Veranstaltungen standen auf dem Programm: Der von der FES unterstützte Global Solutions Summit mit über 5.000 Onlineteilnehmer_innen befasste sich unter anderem mit der Frage, wie progressive Steuersysteme vorangebracht werden können. Und das Hybridformat »Global Green Deals Forum« der FES am 1. Oktober lud rund 2.300 Teilnehmer_innen zur Debatte, wie die soziale und die ökologische Frage miteinander versöhnt werden können.



Disrupted: How COVID-19 is affecting societies across Asia

Testimonies of an unfolding crisis

Herausgegeben vom »Office for Regional Cooperation in Asia« der Friedrich-Ebert-Stiftung



Zenith. Dossier 10 Jahre Arabischer Frühling

Das arabische Jahrzehnt über eine Zeitenwende

Herausgegeben von der CANDID Foundation gGmbH in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung

DIE AUSLANDSBÜROS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Nordamerika

- | | |
|-----------------|--------------------|
| 1 Ottawa | 3 Washington D. C. |
| 2 New York (UN) | |

Lateinamerika

- | | |
|-------------------|----------------------|
| 4 Mexiko-Stadt | 13 Bogotá |
| 5 Guatemala-Stadt | 14 Quito |
| 6 San Salvador | 15 Lima |
| 7 Tegucigalpa | 16 La Paz |
| 8 Managua | 17 São Paulo |
| 9 Santo Domingo | 18 Santiago de Chile |
| 10 San José | 19 Buenos Aires |
| 11 Panama-Stadt | 20 Montevideo |
| 12 Caracas | |

Europa

- | | |
|-----------------|-------------------|
| 21 Lissabon | 38 Skopje |
| 22 Madrid | 39 Athen |
| 23 London | 40 Sofia |
| 24 Paris | 41 Bukarest |
| 25 Brüssel (EU) | 42 Chisinau |
| 26 Genf (UN) | 43 Kiew |
| 27 Rom | 44 Warschau |
| 28 Prag | 45 Vilnius |
| 29 Bratislava | 46 Riga |
| 30 Wien (OSZE) | 47 Stockholm |
| 31 Zagreb | 48 Tallinn |
| 32 Budapest | 49 Moskau |
| 33 Belgrad | 50 St. Petersburg |
| 34 Banja Luka | 51 Nikosia |
| 35 Sarajevo | 52 Istanbul |
| 36 Prishtina | 53 Ankara |
| 37 Tirana | |

Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

- | | |
|--------------------|------------|
| 54 Beirut | 60 Rabat |
| 55 Tel Aviv | 61 Algier |
| 56 Jerusalem (Ost) | 62 Tunis |
| 57 Amman | 63 Kairo |
| 58 Gaza-Stadt | 64 Khartum |
| 59 Sanaa | |

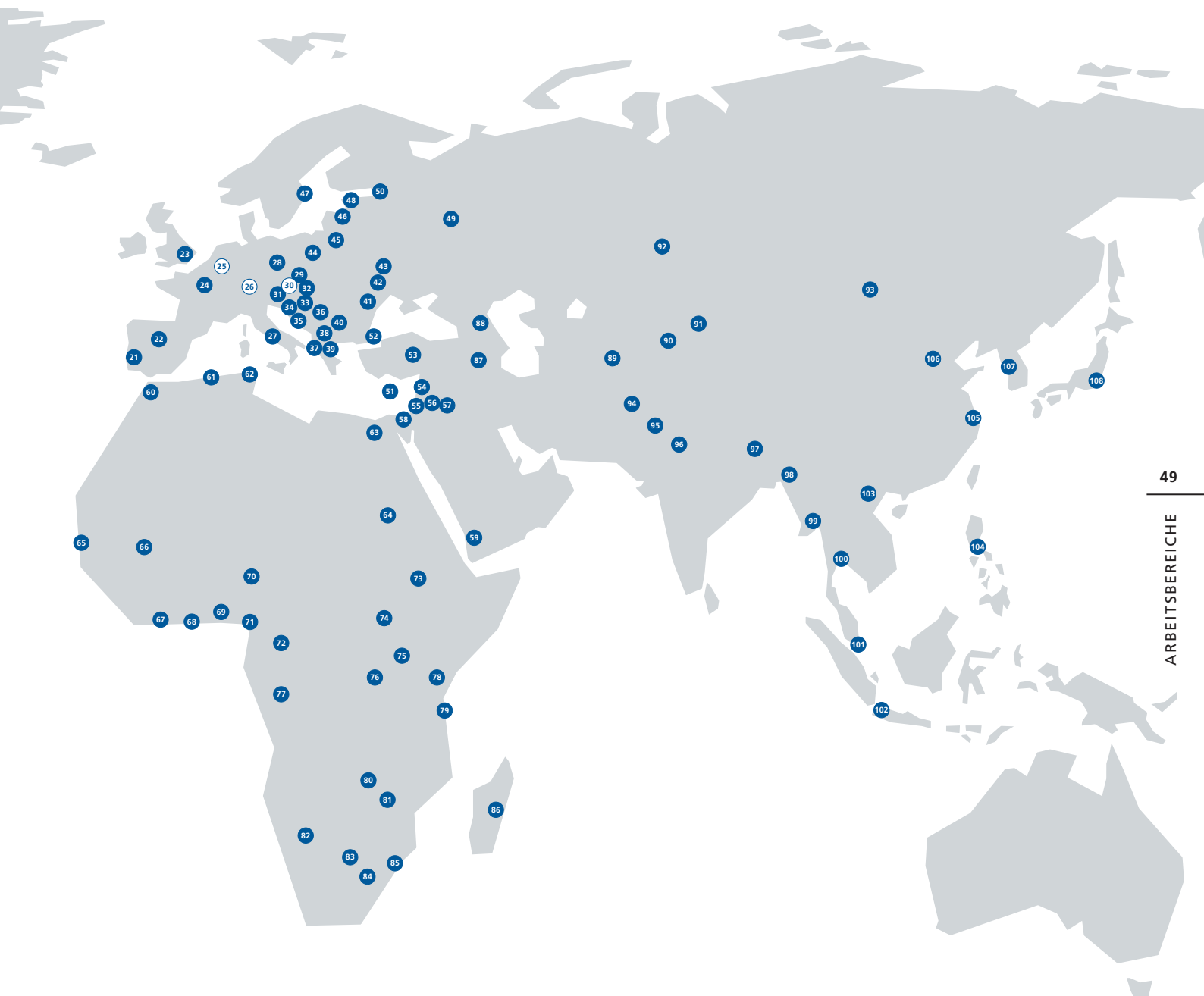
Afrika

- | | |
|---------------------|-----------------|
| 65 Dakar | 76 Kigali |
| 66 Bamako | 77 Kinshasa |
| 67 Abidjan | 78 Nairobi |
| 68 Accra | 79 Daressalam |
| 69 Cotonou | 80 Lusaka |
| 70 Abuja | 81 Harare |
| 71 Lagos | 82 Windhuk |
| 72 Jaunde | 83 Gaborone |
| 73 Addis Abeba (AU) | 84 Johannesburg |
| 74 Juba | 85 Maputo |
| 75 Kampala | 86 Antananarivo |

Asien

- | | |
|---------------|--------------|
| 87 Eriwan | 98 Dhaka |
| 88 Tiflis | 99 Yangon |
| 89 Taschkent | 100 Bangkok |
| 90 Bischkek | 101 Singapur |
| 91 Almaty | 102 Jakarta |
| 92 Astana | 103 Hanoi |
| 93 Ulan Bator | 104 Manila |
| 94 Kabul | 105 Shanghai |
| 95 Islamabad | 106 Peking |
| 96 New Delhi | 107 Seoul |
| 97 Kathmandu | 108 Tokio |





- Länder-/Regionalbüros
- Verbindungsbüros zu internationalen Organisationen

STAND: MÄRZ 2021

Wissenschaftliche Arbeit

Ihre wissenschaftliche Arbeit, Beratung und Begabtenförderung organisiert und trägt die FES durch die Studienförderung, das Archiv der sozialen Demokratie und die Bibliothek. Die Studienförderung unterstützt begabte und engagierte Studierende aus dem In- und Ausland, die sich sozialdemokratischen Werten verbunden fühlen, und sie gestaltet die Debatte zu Bildungs- und Hochschulpolitik. Im Archiv der sozialen Demokratie und in der Bibliothek wird das kollektive Gedächtnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften bewahrt und im gesellschaftspolitischen Diskurs sichtbar gemacht.

Studienförderung

Die Aufgabe der Studienförderung ist seit über 95 Jahren eine doppelte: Die Stiftung fördert junge Menschen um ihrer selbst willen. Sie fördert Studierende und Promovierende aber auch, weil politisch engagierte junge Menschen für die Zukunft einer (sozialen) Demokratie essenziell sind – ganz gleich, ob sie später in der Politik und Verwaltung, in Gewerkschaften, in der Wirtschaft, bei Medien, in Schulen oder in der Wissenschaft tätig sind. Im Studium und danach zeichnen sich FES-Stipendiat_innen durch gesellschaftspolitisches Engagement und überdurchschnittliche Leistungen aus. Den pandemiebedingten Herausforderungen hat sich die FES-Studienförderung als solidarisches Netzwerk in besonderer Weise stellen können. Es ist unter großem Einsatz aller gelungen, Antworten auf neue Fragen und individuelle Lösungen für schwierige Situationen zu finden. Der finanziellen Förderung der Stipendiat_innen kam in vielen Fällen mehr denn je eine existenzielle Bedeutung zu. Die persönliche Betreuung und Beratung waren für die Stipendiat_innen noch wichtiger als sonst. Dank digitaler Formate fanden nicht nur die Beratungs- und Auswahlgespräche, sondern auch Veranstaltungen der politischen Bildung im virtuellen Raum statt.

Bildung ist grundlegend für Chancengleichheit, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. Daher berücksichtigen wir bei der

Solidaritätsfonds

1971 wurde der Solidaritätsfonds auf Anregung deutscher und internationaler Stipendiat_innen sowie Ehemaliger gegründet. Seitdem dient er als wichtiges Instrument, verfolgte und in Not geratene ausländische Studierende rasch und unbürokratisch zu unterstützen.

Spenden für den Fonds unter dem Stichwort:

»Solidaritätsfonds der FES«

IBAN DE52 1007 0000 0938 4744 00 | BIC DEUTDE33XXX

Auswahl besonders Erstakademiker_innen, Frauen, FH-Studierende, Studierende der MINT-Fächer und Studierende aus Einwandererfamilien.

Mehr als 50 Prozent der FES-Stipendiat_innen in der BMBF-Förderung sind parteipolitisch aktiv.

Auch nach dem Stipendium ermutigt die Stiftung viele der rund 23.000 Ehemaligen, sich weiter gesellschaftspolitisch einzubringen und das Netzwerk der Sozialen Demokratie mitzugestalten.

Der Arbeitsbereich Bildung und Wissenschaft befasst sich mit der systematischen Analyse, Beratung und Vernetzung von Akteur_innen der Landes- und Bundespolitik, Ministerien, Wissenschaft und Schulpraxis. Im Jahr 2020 lag der Schwerpunkt auf den großen Herausforderungen der



Ein ganzer Tag Ganztage

Auf der Suche nach Chancengleichheit

Hrsg. Burkhard Jungkamp
Martin Pfafferott



Feuerwerk statt Brennpunkt

Was brauchen Schulen in benachteiligten sozialen Lagen?

Hrsg. Burkhard Jungkamp
Martin Pfafferott

Coronapandemie für die Schulen. Eine 22-köpfige und interdisziplinär besetzte Expert_innenkommission hat hierzu im Mai Empfehlungen vorgestellt, die eine breite mediale und politische Resonanz erfahren hat. Ein weiterer wissenschaftspolitischer Schwerpunkt war eine E-Paper-Reihe zur Bedeutung von Wissenschaftskommunikation in Zeiten der Coronapandemie.

Archiv der sozialen Demokratie

Das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) ist das historische Gedächtnis der Sozialen Demokratie. Es steht in der Tradition der 1878 von August Bebel gegründeten Parteibibliothek und des -archivs. 1969 ist es zur Marke AdsD geworden und hat seine Tradition und Arbeit in die digitale Welt des 21. Jahrhunderts überführt. Die Sammlung, Sicherung, Bewahrung, Erschließung und Zurverfügungstellung der gedruckten und ungedruckten Unterlagen und anderer Artefakte der Sozialen Demokratie sind seine Kernleistungen. Das AdsD ist mit seinen Beständen, (digitalen) Services und Produkten ein leicht zugänglicher, international bekannter Wissensspeicher. Es arbeitet gemäß internationalen Standards und nimmt eine führende Rolle für die digitale Langzeitarchivierung und Services unter den Archiven der deutschen politischen Stiftungen ein. Informations-, Bildungs- und Beratungsangebote werden in verschiedenen Formaten und Kanälen aktiv angeboten; aktuelle

Themen erhalten dadurch ihre historische Tiefenschärfe. Das AdsD fördert Netzwerkarbeit und wirkt als demokratischer Wertevermittler und Akteur für Wissenschaft und historisch-politische Bildung.

Die historische Perspektive auf die großen industriellen Transformationen hilft, die Herausforderungen der digitalen Transformation und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer_innen und die Gewerkschaften besser bestimmen zu

Studienförderung 2020



2.646

Stipendiat_innen

52 %

Frauenanteil

529

davon neu
aufgenommen

270

davon ausländische
Studierende



Digitale Industrie Algorithmische Arbeit Gesellschaftliche Transformation

Wolfgang Schroeder,
Ursula Bitzegeio,
Sandra Fischer (Hg.)
Dietz Verlag



Gutes Klima – Gute Gesellschaft!

Die ökologische
Frage in der Sozialen
Demokratie

Peter Beule (Hrsg.)

können. Aus diesem Grund lag 2020 ein Schwerpunkt auf dem »Wandel der Arbeitswelt« mit der digital getriebenen Automation. An Beispielen wie zum Beispiel der Druckindustrie und den Konzepten des Computer Integrated Manufacturing (CIM) wurden in neuen Veranstaltungsformaten und Publikationen die Langzeitfolgen für die Arbeitswelt diskutiert.

2020 war ein Schwerpunkt des AdsD die intensivere Zusammenarbeit der 2018 zusammengeführten Arbeitsbereiche Archiv und Bibliothek. Im Archivbereich erforderte insbesondere die Einführung eines neuen Archivinformationssystems hohe Aufmerksamkeit. Die Bibliothek hat parallel ihre Dienstleistungsangebote und Digitalisierungsaktivitäten ausgebaut. So hat die »Onleihe« deutlichen Zuwachs. Darüber können FES-Kolleg_innen weltweit Tageszeitungen, Wochenzeitschriften und E-Books direkt digital lesen. Die für die Digitalisierung des sozialdemokratischen Zentralorgans »Vorwärts« erarbeitete Webinfrastruktur wurde genutzt, weitere zentrale Titel der historischen sozialdemokratischen Presse zu digitalisieren, sodass nun insgesamt 16 zentrale historische Zeitungstitel der Sozialdemokratie aus Kaiserreich, Weimarer Republik und Exil während des Nationalsozialismus zur Volltextrecherche zur Verfügung stehen.

Seit Juli 2020 überprüft die Bibliothek im Rahmen eines vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste geförderten Projekts im Bereich Provenienzforschung ihren »Gründungsbestand«, das heißt die bis 1969 wiederaufgebaute Parteibibliothek der SPD sowie antiquarische Käufe bis 1977, auf seine Provenienzen. Insgesamt werden knapp 18.000 Bücher in zwei Jahren systematisch auf ihre Herkunftsgeschichte untersucht. Für eindeutig identifiziertes (NS-)Raubgut sollen im Sinne der Washingtoner Prinzipien »gerechte und faire«

Archiv der sozialen Demokratie 2020



56.000 Lfm.

Archivbestand

1 Mio.

Publikationen im
Bibliotheksbestand

Lösungen gefunden werden. Die Bestandsüberprüfung ermöglicht die Rekonstruktion der circa 30.000 Titel umfassenden SPD-Parteibibliothek vor 1933.

Das Museum Karl-Marx-Haus als einzigartiger historischer Lernort zu Leben, Werk und Wirkung des Universalgelehrten konnte 22.000 Besucher_innen anziehen. Da das Museum über Monate geschlossen bleiben musste, wurde das digitale Angebot des Hauses stark ausgebaut.



Von Trier in die Welt.

Karl Marx, seine
Ideen und ihre
Wirkung bis heute

Museum Karl-Marx-Haus



Babylon Berlin und der Anfang vom Ende der Weimarer Republik

Wie eine moderne
Fernsehserie
Geschichte erzählt

Olaf Guericke

Das politische Buch

Der Preis ging 2020 an Dr. Matthias Quent für sein Buch »Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können«. Der Autor deckt faktenreich die Strategien und Ziele der radikalen Rechten auf und zeigt, dass sich eine starke Demokratie nicht von rechten Populisten jagen lassen darf. Die Jury begründete die Auswahl mit den Worten: »Matthias Quent führt uns eindrücklich vor Augen, wie aktuell und real die Gefahren sind, denen die Demokratie und die offene Gesellschaft ausgesetzt sind – und macht gleichzeitig der stillen Mehrheit Mut, sich den Strategien von rechts außen entgegenzustellen. Ein Buch für alle, die die Bedrohung unserer liberalen Demokratie verstehen und ihr nicht wortlos zusehen wollen.« Dr. Quent ist Soziologe, profilierter Rechtsextremismusforscher und Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft der Amadeu Antonio Stiftung in Jena.

Der Preis »Das politische Buch« zählt zu den wichtigsten Sachbuchpreisen im deutschen Sprachraum und ist mit 10.000 Euro dotiert. Die Friedrich-Ebert-Stiftung verleiht ihn jährlich für eine herausragende Neuerscheinung, die sich kritisch mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen auseinandersetzt und richtungsweisende Denk- und Debattenanstöße gibt. Die Entscheidung trifft eine unabhängige Jury.

www.fes.de/preis-das-politische-buch



Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Mit dem Preis »Wirtschaft.Weiter.Denken.« ehrt die Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung jedes Jahr Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler_innen, die innovative Antworten auf aktuelle Herausforderungen geben. Den Hauptpreis erhielten 2020 Julie Froud, Michael Moran (†), Sukhdev Johal, Angelo Salento und Karel Williams für ihr Buch »Die Ökonomie des Alltagslebens – Für eine neue Infrastrukturpolitik«. Die Autor_innen legen dar, wie stark öffentliche Infrastruktur in den vergangenen Jahren nur noch nach finanziellen Renditeaspekten angeboten wurde, und sie zeigen die negativen Wirkungen dieser Politik auf. Sie plädieren für neue Formen der Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Akteuren, um funktionsfähige Infrastrukturen für Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen.

Den Sonderpreis erhielten Hubertus Bardt, Sebastian Dullien, Michael Hüther und Katja Rietzler für ihren gemeinsamen Artikel »Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen!«. Die Autor_innen demonstrieren, wie die Investitionsschwäche in Deutschland durch eine mutige Wirtschaftspolitik überwunden werden kann. Dabei gelang es den Ökonomen_innen, frühere ideologische Grenzen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen zu überwinden.

www.fes.de/abteilung-wirtschafts-und-sozialpolitik/hans-matthoefer-preis-fuer-wirtschaftspublizistik

FES-Menschenrechtspreis

Der FES-Menschenrechtspreis 2020 wurde dem Premierminister von Nordmazedonien Zoran Zaev verliehen. Bei der feierlichen Preisverleihung im November in Berlin lobte Bundesaußenminister Heiko Maas Zaevs Einsatz für das Prespa-Abkommen mit Griechenland. Dieses hatte Nordmazedonien den Weg zur NATO-Mitgliedschaft und zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU geebnet. Kurt Beck würdigte Zaevs innenpolitisches Engagement für eine freie, offene und soziale Gesellschaft. Auch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, EU-Außenbeauftragter Josep Borrell und weitere Weggefährten_innen übermittelten ihre Glückwünsche.

Premierminister Zaev sagte, er sei stolz, einen Preis mit dem Namen Friedrich Eberts entgegenzunehmen, der bis heute »eine Inspiration für alle Sozialdemokraten« sei.

www.fes.de/menschenrechtspreis

Unselbstständige Stiftungen und Sondervermögen

Erich-Brost-Sondervermögen

Der aus Ostpreußen stammende Journalist Erich Brost (1903–1995) war vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat. 1948 gründete er mit dem Journalisten Jakob Funke die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ). Bis 1970 war Erich Brost Chefredakteur und danach bis zu seinem Tod der Herausgeber der WAZ. Die 1994 gegründete Erich-Brost-Stiftung wurde 2006 als »Sondervermögen Erich Brost« in das Vermögen der Friedrich-Ebert-Stiftung übertragen und fördert im Sinne Erich Brosts Aktivitäten, die sich folgenden Themen widmen: Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn, vor allem mit Polen; Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses; Aufarbeitung der Erfahrungen mit den beiden Diktaturen in Deutschland; bürgerschaftliches Engagement; Bildungspolitik; Inklusion.

Im September 2020 wurde das 31. Bautzen-Forum realisiert, das »30 Jahre Deutsche Einheit und das Erbe der SED-Diktatur« thematisierte. Auch der deutsch-polnische Dialog in der Grenzregion zwischen Mecklenburg-Vorpommern und der Region Stettin konnte fortgeführt werden mit Fachkonferenzen zum Umwelt- und Klimaschutz in der Ostsee und zu Transformationserfahrungen in Ostdeutschland und Osteuropa.

Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung

Otto Bennemann (1903–2003) war vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat und zuletzt Oberbürgermeister von Braunschweig (bis 1959) sowie 1959–1967 Minister der niedersächsischen Landesregierung. Er war mit der Bundestagsabgeordneten Franziska Bennemann (geb. Stellmacher, 1905–1986) verheiratet. Die 1990 eingerichtete Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung fördert die Forschung über Idee und Praxis demokratisch sozialer Rechtsordnung in Staat und Gesellschaft einschließlich ihrer ethisch fundierten Grundwerte.

2020 förderte die Stiftung die Fachtagung »Eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung als wichtiger Bestandteil einer anderen Verteilungspolitik« in Gladenbach. Außerdem wurden Veranstaltungen und Publikationen gefördert, Themenschwerpunkte waren Digitalisierung und neue Geschäftsmodelle in der Industrie, private Überschuldung, Gründungs- und Arbeitsmarktpotenziale von Geflüchteten sowie Energiewende durch Kohleausstieg. Dritter Baustein der Förderung war der Aufbau einer Plattform zur Diskussion und Entwicklung eines neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Paradigmas im Forum New Economy.

Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung

Hans Matthöfer (1925–2009) war ein führender deutscher Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Zwischen 1974 und 1982 war er Minister in mehreren Bundesregierungen, davon vier Jahre Finanzminister unter Helmut Schmidt. Die unselbstständige Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung (HTMS) in der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich neben der Förderung historischer und zeitgenössischer Forschung auf die Herausgabe von Werken, die grundsätzliche Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Technologieentwicklung und ihrer Konsequenzen auf die Gesellschaft zum Gegenstand haben.

Die Bedeutung gesellschaftlicher Akteure, vor allem der Gewerkschaften, die Vermittlung der Aspekte der Globalisierung und Beiträge zur Weiterentwicklung der Theorie der Sozialen Demokratie sind weitere Leitlinien. Die Stiftung vergibt jährlich den Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik.





ANHANG

55

- 
- 56 Organisationsplan
 - 58 Jahresabschluss
 - 64 Zum Selbstverständnis
der politischen Stiftungen
 - 64 Der Nachhaltigkeit verpflichtet
 - 65 Mitglieder des Vorstands
 - 66 Mitglieder des Vereins
 - 67 Mitglieder des Kuratoriums
 - 67 Mitglieder des Auswahl-
ausschusses der Studienförderung
 - 68 Vertrauensdozentinnen
und Vertrauensdozenten
der Studienförderung
 - 76 Anschriften

78 Impressum

Organisationsplan

STAND: JANUAR 2021

VORSTAND					
Vorsitzender Martin Schulz		Stellvertretende Vorsitzende Daniela Kolbe, Michael Sommer		Geschäftsführung Dr. Sabine Fandrych, Dr. Roland Schmidt	
POLITISCHE BILDUNG UND BERATUNG					
Stabsstelle Kommunikation ¹ Adrienne Woltersdorf	Politische Akademie Dr. Sabine Fandrych		Politischer Dialog Dr. Manuela Erhart		Wirtschafts- und Sozialpolitik Dr. Andrä Gärber
Presse und Präsentation Peter Donaïski	Akademie für Soziale Demokratie Jochen Dahm	Landes-/ Regionalbüros Baden-Württemberg Fritz-Erler-Forum Stuttgart Anja Dargatz	Forum Politik und Gesellschaft Dr. Stefanie Elies	Landes-/ Regionalbüros Brandenburg Potsdam Anne Seyfferth	Arbeit, Forschung und Bildung Andreas Wille
Strategische Kommunikation und Markenführung Sarah Tange	Akademie Manage- ment und Politik Katrin Matuschek	----- Bayern BayernForum München Anna-L. Koschig-Hölzl	Familien- und Geschlechterpolitik, Jugendpolitik und Antidiskriminierung, Forum Demokratie	----- Bremen, Hamburg Schleswig-Holstein Julius-Leber-Forum Hamburg Dr. Dietmar Molthagen	Soziales Iva Figenwald
Redaktion und Community Management Reimar Winkler	Medienpolitik Dr. Roland Feicht Philipp Kufferath	----- Regensburg Eva Nagler	----- Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte Prof. Dr. Thomas Meyer	----- Mecklenburg- Vorpommern Schwerin Frederic Werner	Gewerkschaften / Digitalisierung Stefanie Moser
Digitale Kommuni- kationsentwicklung Tobias Metz	JournalistenAkademie Carla Schulte- Breidenbach	----- Hessen Wiesbaden Severin Schmidt	----- Forum Berlin Felix Eikenberg	----- Niedersachsen Hannover Stephan Meuser	Klima/ Energie / Umwelt Max Ostermayer
Geschäftsprozess- management ¹	Forum Jugend und Politik Ina Koopmann Kerstin Ott	----- Nordrhein-Westfalen Bonn/Düsseldorf Petra Wilke	Demokratischer Rechtsstaat, innere Sicherheit, gegen Rechts- extremismus, BerlinPolitik, Politik in Ostdeutschland, Integration und Teilhabe, empirische Sozialforschung, Kultur und Politik, Religion und Politik	----- Sachsen Leipzig Matthias Eisel	Migration / Integration; Gender, Familie, Jugend, Senioren Susan Javad
	Akademie für Arbeit- nehmerWeiterbildung Jochen Reeh-Schall	----- Rheinland-Pfalz/ Saarland Mainz Brigitte Juchems		----- Außenstelle Dresden Eter Hachmann	Verbraucher, Unternehmen / Mittelstand Dr. Robert Philipps
Revision /Antikorrup- tionsbeauftragte ¹ Birgit K. Schultz	KommunalAkademie Anne Haller			----- Sachsen-Anhalt Magdeburg Dr. Ringo Wagner	Räumliche Entwick- lung, demografischer Wandel Mareike Le Pelley
Datenschutz ¹ Dr. Georg Wronka, R. A.				----- Thüringen Erfurt Dr. Irina Mohr	Wirtschafts- und Finanzpolitik / europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik Markus Schreyer
Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen Marion Fiedler					Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Sina Dürrenfeldt
					Managerkreis der Friedrich-Ebert- Stiftung ¹ Marei John-Ohnesorg
Betriebsrat					
Gesamtbetriebsrat Jochen Reeh-Schall					
----- BR Bonn Toni Henseler					
----- BR Berlin Monika Schneider					

¹ Direkt der Geschäftsführung unterstellt

				Mitgliederversammlung des Vereins der Friedrich-Ebert-Stiftung	
				Kuratorium	
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT		WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT, BERATUNG, BEGABTENFÖRDERUNG		INTERNE DIENSTE	
Internationale Entwicklungszusammenarbeit Christiane Kesper	Internationaler Dialog Michael Meier	Studienförderung Pia Bungarten	Archiv der sozialen Demokratie Dr. Anja Kruke	Finanzen und Organisation Dr. Roland Schwartz	Personalabteilung Dr. Beate Bartoldus
Afrika Dr. Manfred Öhm Gewerkschaften: Thomas Greven	Westeuropa / Nordamerika Michèle Auga	Stellvertretende Abteilungsleitung Judith Illerhues	Arbeitsstelle Digitale Transformation Dr. Andreas Marquet	Controlling und Organisation Axel Schmidt	Grundsatzfragen und Personalentwicklung Maria Theodossiou
Asien und Pazifik Marc Saxer Gewerkschaften: Anja Bodenmüller-Raeder	Mittel- und Osteuropa Matthias Jobelius	Auswahl Martin Weinert	Organisationsbestände Michael Oberstadt	Informationstechnologien Peter Bujny IT-Basisdienste: Peter Bujny IT-Prozessunterstützung: Volker Schäfer	Rotation Kathrein Hölscher
Lateinamerika und Karibik Valeska Hesse Gewerkschaften: Dominique Klawonn	Internationale Politikanalyse Catrina Schläger	Beratung und Betreuung Elena Espinosa	Personenbestände und Sammlungen Harry Scholz	Finanzbuchhaltung Janine Schmidt	Organisationsentwicklung / Digitalisierung Personalwesen Anja Minnaert
Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika Elisabeth Braune Gewerkschaften: Jannis Grimm	Redaktionsleitung Internationale Politik und Gesellschaft / IPG-Journal Claudia Detsch Nikolaos Gavalakis	Promotionsförderung Dr. Markus Trömmner	Public History Dr. Ursula Bitzegeio	Projektabrechnung Jutta Klemm	Personalbetreuung Inland Naima Becker Sener Dogan Bettina Pohl
Globale Politik und Entwicklung Jochen Steinhilber Globalisierung: Elisabeth Bollrich Frieden und Sicherheit: Konstantin Bärwaldt Klima und Energie: Manuela Mattheß Gender/ soziale Gerechtigkeit: Natalia Figge Menschenrechte: Hajo Lanz	Koordinierungsaufgaben Gewerkschaften: Dr. Marc Meinardus	Ausländische Stipendiat_innen Judith Illerhues	Karl-Marx-Haus Trier Elisabeth Neu	Finanzbuchhaltung Janine Schmidt	Personalbetreuung Ausland Laura Gelenkirch Katharina Kuhlmann Ariane Rödel Sabina Tariq Sascha Wolter
Koordinierungsaufgaben Gewerkschaftskoordination international: Mirko Herberg		Ideelle Förderung und stipendiatisches Netzwerk Nyat Mebrahtu	Bibliothek Jacques Paparo Katalog und wissenschaftliche Dienste: Regine Schoch Periodika/ Benutzung: Jacques Paparo	Zentrale Dienste Bonn Diana Gohle Hausmanagement, Post- und Versanddienstleistungen, Hausdruckerei, Liegenschaftsmanagement PA, Trier	Duale Ausbildung Bettina Pohl
Evaluierung / Qualitätsmanagement Philipp Kauppert		Ehemalige, Berufsorientierung, journalistische Nachwuchsförderung Rebecca Demars	Vertrauensdozent_innen Antje Schnadwinkel	Zentrale Dienste Berlin Tino Ernst Hausmanagement, Beschaffung, Bau- und Liegenschaftsmanagement PD	
		Team Kommunikation / Community Portal Ines Herr	Bildungs- und Hochschulpolitik Dr. Martin Pfafferott		

Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 (BT-Drs. 12/4425) veröffentlichen wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses folgende Daten für das Geschäftsjahr 2020 (Stand 31.12.2020):

	31.12.2019	31.12.2020
Mitarbeiter_innen im Inland	493*	487*
Mitarbeiter_innen im Ausland	116*	111*
Insgesamt	609*	598*

* Seit 2018 wird die Anzahl der Beschäftigten in sogenannten Vollzeitäquivalenten (VZÄ) angegeben. Die Anzahl der VZÄ gibt an, wie viele Vollzeitstellen sich rechnerisch bei einer gemischten Personalbelegung mit Teilzeitbeschäftigten ergeben.

Jahresabschluss

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2019

AKTIVA

Angaben in Euro

	01.01.2019	Zugänge/ Umbuchungen	Abschrei- bungen/ Abgänge/ Umbuchungen	31.12.2019	31.12.2018
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	949.354,00	211.650,95	398.512,95	762.492,00	949.354,00
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und Bauten	70.547.317,45	6.035.635,30	2.449.701,30	74.133.251,45	70.547.317,45
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.563.527,81	1.098.562,04	918.142,04	5.743.947,81	5.563.527,81
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.059.873,02	0,00	5.059.873,02	0,00	5.059.873,02
	81.170.718,28	7.134.197,34	8.427.716,36	79.877.199,26	81.170.718,28
III. Finanzanlagen	39.638.810,13	999.924,16	0,00	40.638.734,29	39.638.810,13
	121.758.882,41	8.345.772,45	8.826.229,31	121.278.425,55	121.758.882,41
B. Zweckgebundenes Vermögen				8.547.870,13	8.567.618,02
C. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				1.584.235,49	2.372.225,77
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten				17.975.018,04	20.541.787,21
				19.559.253,53	22.914.012,98
D. Rechnungsabgrenzungsposten				61.553,99	85.452,19
				149.447.103,20	153.325.965,60

PASSIVA

Angaben in Euro

	01.01.2019	Einstellungen/ Zugänge	Entnahmen/ Auflösungen	31.12.2019	31.12.2018
A. Rücklage					
Zweckgebundene Rücklage	62.444.903,65	4.041.372,54	5.137.888,62	61.348.387,57	62.444.903,65
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO EUR 2.413.122,46 (Vj. EUR 7.551.011,08)					
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO EUR 45.155.862,89 (Vj. EUR 41.233.489,04)					
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 3 AO EUR 13.779.402,22 (Vj. EUR 13.660.403,53)					
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	949.354,00	211.650,95	398.512,95	762.492,00	949.354,00
II. Grundstücke und Bauten	48.235.761,40	6.035.634,30	1.918.055,57	52.353.340,13	48.235.761,40
III. Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.632.510,55	1.098.562,04	911.970,04	4.819.102,55	4.632.510,55
IV. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.059.873,02	0,00	5.059.873,02	0,00	5.059.873,02
	58.877.498,97	7.345.847,29	8.288.411,58	57.934.934,68	58.877.498,97
C. Sonderposten zum zweckgebundenen Vermögen				8.547.870,13	8.567.618,02
D. Pensionsrückstellungen				2.489.624,00	2.221.838,00
E. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				3.608.192,00	6.893.712,28
II. Sonstige Verbindlichkeiten				784.897,00	901.240,87
				4.393.089,00	7.794.953,15
F. Rechnungsabgrenzungsposten				14.733.197,82	13.419.153,81
				149.447.103,20	153.325.965,60

Einnahmen- und Ausgabenrechnung

1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2019

Angaben in Euro

	2019		2018	
1. Projektgebundene Zuwendungen				
a) Bundesministerien	177.197.131,25		183.102.542,58	
b) Länder und anderer Gebietskörperschaften	3.161.906,89		2.991.689,52	
c) Sonstige Zuwendungsgeber	2.440.840,57	182.799.878,71	2.209.011,08	188.303.243,18
2. Spenden				
a) Allgemeine Satzungszwecke	163.299,40		173.488,50	
b) Wissenschaftliche Zwecke	100.000,00		100.000,00	
c) Solidaritätsfonds der Studienförderung	323.943,24	587.242,64	322.848,24	596.336,74
3. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		3.228.538,56		3.791.187,19
4. Teilnahmegebühren		647.736,72		626.643,84
5. Sonstige Erträge		1.390.290,65		983.918,87
		188.653.687,28		194.301.329,82
6. Ausgaben aus der satzungsmäßigen Tätigkeit				
a) Stipendien an deutsche und ausländische Studierende	27.193.385,19		27.559.431,76	
b) Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	23.306.443,87		21.005.756,34	
c) Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft	109.869.950,34		114.178.560,97	
d) Forschungsprojekte	6.774.200,72		6.590.427,51	
e) Förderung von Kunst und Kultur	70.280,88	167.214.261,00	427.326,65	169.761.503,23
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		3.764.421,29		4.339.992,06
8. Zuführung zum Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		2.285.974,27		4.934.145,90
9. Sonstige Betriebs- und Verwaltungsausgaben		17.006.233,81		12.724.425,40
10. Mindereinnahmen aus laufendem Betrieb (im Vj. Mehreinnahmen)		-1.617.203,09		2.541.263,23
11. Finanzergebnis		560.197,75		508.152,89
12. Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit		-1.057.005,34		3.049.416,12
13. Außerordentliche Aufwendungen		39.510,74		51.194,69
14. Mindereinnahmen (im Vj.: Mehreinnahmen)		-1.096.516,08		2.998.221,43
15. Entnahme aus zweckgebundener Rücklage		1.096.516,08		0,00
16. Einstellung in zweckgebundene Rücklage		0,00		2.998.221,43
17. Jahresergebnis		0,00		0,00

Gesamtübersicht aller im Haushalt 2021 zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben

STAND: 31. JANUAR 2021

Angaben in Euro

I. Einnahmen	
1. Zuwendungen und Zuschüsse	
<i>Zuwendungen der Bundesministerien</i>	196.823.708
<i>Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften</i>	3.299.000
<i>Sonstige Zuwendungsgeber</i>	2.670.000
2. Spenden	500.000
3. Teilnehmergebühren	500.000
4. Sonstige Einnahmen	400.000
II. Ausgaben	
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben	
<i>Förderung von Studierenden und Graduierten</i>	31.052.364
<i>Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit</i>	24.116.182
<i>Internationale Zusammenarbeit</i>	119.892.729
<i>Forschungsprojekte</i>	6.492.795
<i>Förderung von Kunst und Kultur</i>	100.000
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen* nachrichtlich	38.668.983
3. Sächliche Verwaltungsaufgaben	
<i>Sonstige Betriebs- und Verwaltungskosten</i>	17.964.738
4. Sonstige Betriebsaufwendungen	
5. Übrige Ausgaben	
6. Ausgaben für Investitionen	4.573.900
III. Voraussichtliches Jahresergebnis	0

* Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen ist bereits in den Positionen 1 (Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben) und 3 (Sächliche Verwaltungsaufgaben) enthalten. Er beträgt 38.668.983 Euro. Darin enthalten sind
Löhne und Gehälter: 29.965.967 Euro
Soziale Abgaben: 8.703.015 Euro

Zusätzliche Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung

Zuwendungen und sonstige Einnahmen

Bei den projektbezogenen Zuwendungen war das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auch im Jahr 2019 größter einzelner Zuwendungsgeber.

90,6 Mio. € wurden für die Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben zugewendet. Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom BMZ Sondermittel i. H. v. 7,4 Mio. € für den internationalen Klima- und Umweltschutz.

Der Gesamtbetrag aller Zuwendungen des BMZ belief sich mithin auf 98 Mio. €, wovon 13,4 Mio. € auf Verwaltungskosten entfielen.

Das Bundesministerium des Innern ist Zuwendungsgeber des Globalzuschusses zur Förderung der gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit. Der Zuschuss i. H. v. 35,7 Mio. € wurde für die satzungsmäßigen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung im Inland gewährt, insbesondere für die Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, die Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung sowie für die Archivierung der für die Soziale Demokratie zeitgeschichtlich bedeutsamen Personen- und Organisationsbestände. Der Globalzuschuss dient auch der Finanzierung der auf diese Aufgabenbereiche entfallenden Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom Bundesministerium des Innern Mittel i. H. v. 0,8 Mio. € zur Durchführung von Investivmaßnahmen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung förderte mit 21,3 Mio. € die Vergabe von Stipendien an deutsche Studierende im Grund- oder Aufbaustudium sowie die Unterstützung von Promotionsvorhaben. 2,6 Mio. € wurden dabei als Verwaltungs-, Auswahl- und Betreuungskostenpauschale gewährt.

Das Auswärtige Amt förderte mit 3 Mio. € die Vergabe von Stipendien sowie die Betreuung und Nachbetreuung ausländischer Studierender und Graduierten in der Bundesrepublik. 16,2 Mio. € wurden für internationale gesellschaftspolitische Maßnahmen zugewendet. Die Vorhaben dienen dem Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie der Schulung gesellschaftlicher und politischer Schlüsselgruppen.

Überries gewährte das Auswärtige Amt der Stiftung Sondermittel i. H. v. 2,2 Mio. €, wovon 1,2 Mio. € für die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Teilhabe in der Region Mittlerer Osten / Nordafrika verwendet wurden.

Auf Verwaltungskostenzuschüsse entfielen beim Auswärtigen Amt insgesamt 2,9 Mio. €.

Insgesamt verringerten sich die Bundeszuwendungen inklusive Bestandsvorträge gegenüber 2018 um 5,9 Mio. €, wobei die Mittel des BMZ um 4,5 Mio. €, die AA-Mittel um 1,4 Mio. € und die BMBF-Mittel um 0,4 Mio. € sanken, während die BMI-Mittel um 0,4 Mio. € stiegen.

Die Bundesländer und andere Gebietskörperschaften gewährten zweckbestimmte Zuwendungen zur Durchführung von landesspezifischen Veranstaltungen der gesellschaftspolitischen Bildungsarbeit in Höhe von 3,2 Mio. €. Mit 1,9 Mio. € ist das Land Nordrhein-Westfalen der größte Zuwendungsgeber, u. a. im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes.

Von sonstigen Zuwendungsgebern wurden zur Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen von verschiedenen Organisationen im Ausland insgesamt 122 T € zugewendet.

Die Eigenbeiträge der Teilnehmer_innen an den Bildungsveranstaltungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 648 T €.

Die Position »Sonstige Erträge« umfasst Erlöse aus der Durchführung von Gast- und Fremdveranstaltungen, dem Kantinenbetrieb in Bonn (insgesamt 469 T €), Kostenersatzungen (13 T €), Anlageerlöse (8 T €), Publikations- und Eintrittserlöse (216 T €) sowie Erträge aus Vermietung und Verpachtung (29 T €).

Ausgaben und Aufwendungen

Die zur Finanzierung von aktivierungspflichtigen Aufwendungen gewährten Zuschüsse werden ab 1986 für Baumaßnahmen und ab 1991 auch für das übrige Anlagevermögen als Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen passiviert (siehe Bilanz). Dieser Sonderposten wird in der Position »Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen« entsprechend der Abschreibung erfolgswirksam aufgelöst.

Die unter »Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit« genannten Positionen belaufen sich auf 167 Mio. €. Sie enthalten auch die mit der Durchführung dieser Aufgaben unmittelbar verbundenen Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen und für die zeitlich befristet angestellten Aushilfen betrug insgesamt 37,8 Mio. € und setzte sich wie folgt zusammen: Lohn- und Gehaltskosten 29,7 Mio. €, Sozialabgaben und sonstige soziale Aufwendungen 8,1 Mio. €.

Die Ausgaben für die staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit beziehen sich auf Seminarveranstaltungen, Tagungen, Kongresse, Ausstellungen und auf die Erstellung von Publikationen. Die Veranstaltungen fanden in den Zentren in Bonn und Berlin sowie an Veranstaltungsorten in der gesamten Bundesrepublik statt.

Die Position »Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern« enthält die Ausgaben für die Auslandsarbeit der Stiftung in Entwicklungsländern, den Ländern Mittel- und Osteuropas und in Industrieländern. Der hier enthaltene Personalaufwand für Auslandsmitarbeiter_innen betrug 20,6 Mio. €.

In der Position »Forschungsprojekte« werden Ausgaben für den Betrieb des Karl-Marx-Hauses in Trier, für die historische Arbeit, für Archivalien des Archivs der sozialen Demokratie und für Bücher und Zeitschriften der Bibliothek ausgewiesen.

Die »Sonstigen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen« enthalten die Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten der Gemeinkostenstellen in den Häusern in Bonn und Berlin.

Eigene Einnahmen und Spenden

Von besonderer Bedeutung für die Friedrich-Ebert-Stiftung sind die Erträge aus den unselbstständigen Stiftungen. Diese Vermögen aufgrund von Testamenten oder Schenkungen i. H. v. derzeit 8,5 Mio. € stellen eine ganz besondere Verpflichtung für die Stiftung dar. Mit den Erträgen aus diesen Vermögen können im Sinne und im Namen der Spender Aufgaben dauerhaft übernommen werden, für die öffentliche Mittel sonst nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Gleiches gilt für die Spenden, die für die allgemeinen und wissenschaftlichen Satzungszwecke der Stiftung sowie für den Solidaritätsfonds der Studienförderung eingegangen sind. Die Höhe dieser Spenden belief sich auf 587 T €.

Bescheinigung des Abschlussprüfers

An die Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn:

Wir haben den vom Vorstand gemäß § 12 Abs. 1 der Satzung aufgestellten Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz sowie Einnahmen- und Ausgabenrechnung – unter Einbeziehung der Buchführung der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gesetzlichen Vorschriften und ihrer Auslegung durch die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Die Buchführung lehnt sich an die Vorschriften und daraus abgeleiteten Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung unter Beachtung des IDW-Prüfungsstandards: Prüfung von Vereinen (IDW PS 750) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesent-

lichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss mit den unten angeführten Abweichungen zu den Empfehlungen der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) den gesetzlichen Vorschriften.

Abweichend von den allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften und Empfehlungen der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) werden keine sonstigen Rückstellungen angesetzt, ist das Finanzanlagevermögen zu Anschaffungskosten bilanziert, werden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen vorgenommen und werden Periodenabgrenzungen von Einnahmen und Ausgaben mit einer haushaltsrechtlichen Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr vorgenommen. Zudem werden in der Einnahmen- und Ausgabenrechnung außerordentliche Aufwendungen und das Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit ausgewiesen.

Köln, den 24. August 2020

Rödl & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

gez.
Vogel
Wirtschaftsprüfer

Finsterer
Wirtschaftsprüfer

Zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung haben ihr Selbstverständnis formuliert und ihren Standort bestimmt. Ihre gemeinsame Erklärung ist Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich.

Nachfolgend die Zusammenfassung der Erklärung:

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;

- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien sowie Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen.

Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbst gesetzte Verpflichtung der politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text kann bei der Friedrich-Ebert-Stiftung angefordert werden.
info@fes.de

Der Nachhaltigkeit verpflichtet

Nicht erst seit diesem Jahr begleitet das Thema Nachhaltigkeit die Stiftung. Die Installation einer Solaranlage in Bonn, das Leasing energieeffizienter Kopierer, die Nutzung von Recyclingpapier, der Mehrfacheinsatz von Veranstaltungsrückwänden sind bereits etablierte Praxis für nachhaltiges Wirtschaften in der FES. Neu ist, dass sich die Stiftung nun extern beraten lässt, wie diese punktuellen Maßnahmen zu einer umfassenden Nachhaltigkeits-

strategie gebündelt werden können. Dazu wird ein Fahrplan entwickelt, wie die ökologische, soziale und ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit in der Stiftung systematisch verbessert wird.

Wichtige Bausteine wie der Anschluss des Bonner Hauses an das Fernwärmenetz, die Erarbeitung eines Mobilitätskonzepts sowie Gründächer und Solaranlagen auf den Berliner Häusern werden bereits umgesetzt.

Mitglieder des Vorstands

STAND: MÄRZ 2021

Vorsitzender:

Martin Schulz

Stellvertretende**Vorsitzende:**

Daniela Kolbe,

Michael Sommer

Geschäftsführung:

Dr. Sabine Fandrych,

Dr. Roland Schmidt

Ehrenvorsitzender:

MP a. D. Kurt Beck

Mitglieder des Vorstands:

Prof. Dr. Peter Brandt

Dr. Barbara Hendricks

Christina Kampmann

Barbara Ludwig

Dr. Rolf Mützenich

Matthias Platzeck

Anke Rehlinger

**Anschrift für Vorstand,
Verein und Kuratorium***Postadresse:*

Friedrich-Ebert-Stiftung

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Zahl und Art der Führungspositionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierungen oder der Bundes- oder Landespartei-vorstände besetzt waren.

Von den elf Mitgliedern des Vorstandes sind:

- fünf Mitglieder ohne o. a. Funktion
- vier Mitglieder im Deutschen Bundestag
- ein Mitglied eines Landesparlaments
- ein Mitglied eines Landesparlaments (zugleich Mitglied einer Landesregierung)

Geschäftsführung und Abteilungsleitungen der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.:

keine(r) in einer der o. a. Führungspositionen

Den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Parteiengesetzes zur Sicherung der Unabhängigkeit der politischen Stiftungen wird auf Grundlage der gemeinsamen Erklärung der politischen Stiftungen Rechnung getragen. Hiernach üben »der Vorsitzende des Vorstands, der Vorstandssprecher, der geschäftsführende Vorsitzende, das geschäftsführende Vorstandsmitglied und der Schatzmeister einer politischen Stiftung [...] in der jeweils nahestehenden Partei keine vergleichbaren Funktionen aus«.

Mitglieder des Vereins

STAND: MÄRZ 2021

Doris Ahnen	Klara Geywitz	Christoph Matschie	Prof. Dr. Hans-Peter Schneider
Dr. Gerd Andres	Dr. Franziska Giffey	Serpil Midyatli	Dr. Herbert Schnoor
Niels Annen	Günter Gloser	Franz Müntefering	Olaf Scholz
Dr. Katarina Barley	Reinhard Grätz	Dr. Rolf Mützenich	Gerhard Schröder
Kurt Beck	Bettina Hagedorn	Andrea Nahles	Günter Schröder
Uwe Karl Beckmeyer	Nina Hauer	Dietmar Nietan	Dieter Schulte
Dr. Christine Bergmann	Dr. Volker Hauff	Aydan Özoguz	Martin Schulz
Erik Bettermann	Hubertus Heil	Johannes Andreas Pflug	Werner Schulz
Jens Böhrnsen	Dr. Barbara Hendricks	Matthias Platzeck	Dr. Angelica Schwall-Düren
Klaus Brandner	Reiner Hoffmann	Konrad Porzner	Rolf Schwanitz
Prof. Dr. Peter Brandt	Dr. Eva Högl	Joachim Poß	Manuela Schwesig
Anke Brunn	Prof. Dr. Uwe Holtz	Florian Pronold	Dr. Carsten Sieling
Ilse Brusis	Berthold Huber	Prof. Dr. Christa Randzio-Plath	Heide Simonis
Prof. Dr. Udo Bullmann	Klaas Hübner	Dr. h. c. Hermann Rappe	Michael Sommer
Dr. h. c. Edelgard Bulmahn	Hedda Jungfer	Anke Rehlinger	Peer Steinbrück
Dr. Jürgen Burckhardt	Johannes Kahrs	Walter Riester	Dr. Frank-Walter Steinmeier *
Delara Burkhardt	Christina Kampmann	Dennis Rohde	Dr. Wolfgang Thierse
Hans-Martin Bury	Sabine Kaspereit	Wolfgang Roth	Franz Thönnes
Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin	Reinhard Klimmt	Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis	Michael Vassiliadis
Dr. Klaus von Dohnanyi	Hans-Ulrich Klose	Axel Schäfer	Ute Vogt
Heide Dörrhöfer-Tucholski	Daniela Kolbe	Thorsten Schäfer-Gümbel	Dr. Klaus Wedemeier
Malu Dreyer	Walter Kolbow	Rudolf Scharping	Ernst Welteke
Garrelt Duin	Carmen König-Rothemund	Harald Schartau	Frank Werneke
Martin Dulig	Stefan Körzell	Günter Schlatter	Detlef Wetzels
Hans Eichel	Hannelore Kraft	Dr. Nils Schmid	Heidemarie Wiecek-Zeul
Gernot Erler	Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp	Renate Schmidt	Dr. Bettina Wiefel
Petra Ernstberger	Klaus-Dieter Kühbacher	Dr. Roland Schmidt	Klaus Wowereit
Nancy Faeser	Ute Kumpf	Ulla Schmidt	Dr. Monika Wulf-Mathies
Yasmin Fahimi	Dr. Gerlinde Kuppe	Wilhelm Schmidt	Dr. Jens Zimmermann
Dr. Sabine Fandrych	Prof. Manfred Lahnstein	Hubertus Schmoldt	Prof. Dr. Jürgen Zöllner
Elke Ferner	Dr. Jürgen Linde	Carsten Schneider	Prof. Dr. Christoph Zöpel
Sigmar Gabriel	Barbara Ludwig		

* Dr. Frank-Walter Steinmeier: Mitgliedschaft ruht während Amtszeit als Bundespräsident

Mitglieder des Kuratoriums

STAND: MÄRZ 2021

Vorsitzende

MP'in a.D. Hannelore Kraft

Stellv. Vorsitzende

Heike Taubert

Wolfgang Altenburg
Richard Becker
Dr. Wilhelm Bender
Klaus-Uwe Benneter
Ulla Burchardt
Prof. Dr. Friedrich Buttler
Harro Uwe Cloppenburg
Dr. Klaus von Dohnanyi
Rudolf Dreßler
Dr. Ursula Engelen-Kefer
Ingeborg Friebe

Prof. Dr. h. c. Cornelia Füllkrug-Weitzel
Martin Gerster
Iris Gleicke
Prof. Dr. Helene Harth
Ingrid Häußler
Dr. Peter Heinemann
Dr. Christine Hohmann-Dennhardt
Roland Issen
Gerhard Jochum
Prof. Dr. Karl Kaiser
Dr. Karl Kauermann
Prof. Dr. Jürgen Keßler
Prof. Dr. Jürgen Kocka
Prof. Dr. Heiko Körner
Ursula Kraus

Prof. Dr. Jürgen Kromphardt
Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Moritz Leuenberger
Markus Meckel
Siegmar Mosdorf
Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin
Dr. Edith Niehuis
Aydan Özoguz
Prof. Dr. Winfried Polte
Dr. Simone Raatz
Dr. h. c. Hermann Rappe
Steffen Reiche
Edzard Reuter
Dr. Nikolaus Schneider
Wolfgang Schneiderhan
Karin Schubert
Dr. Manja Schüle

Rolf Schwanitz
Prof. Dr. Hartmut Soell
Karl Starzacher
Dr. Ralf Stegner
Ludwig Stiegler
Prof. Dr. Johano Strasser
Helmut Teitzel
Dr. Gerald Thalheim
Dr. Carl Tham
Wolfgang Tiefensee
Dr. Gottfried Timm
Gerd Walter
Gerd E. Weers
Dr. Rosemarie Wilcken
Dr. Monika Wulf-Mathies
Brigitte Zypries

Mitglieder des Auswahlausschusses der Studienförderung

STAND: MÄRZ 2021

Vorsitzende

Prof. Dr. Helene Harth

1. Stellvertretender Vorsitzender

Prof. Dr. Jürgen Keßler

2. Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Simone Raatz

Pia Bungarten, Leiterin der Studienförderung
Prof. Dr. Sigrid Baringhorst °
Prof. Dr. Hans-H. Bass *
Prof. Dr. Michael Bäuerle
Prof. Dr. Christian Bernzen
Christine Biehler
Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Brüggemeier
Dr. Michael Dauderstädt
Prof. Dr. Dorothée de Nève

Dr. Yassir El Jamouhi *
Stefanie Elies
Prof. Dr. Frank Engehausen
Dr. Florian Freund °
Prof. Dr. Hermann Frister
Prof. Dr. Brigitte Georgi-Findlay
Dr. Yvette Gerner
Dr. Uwe Gottschalk
Prof. Eberhard Grötsch
Prof. Dr. Corinna Grünh
Prof. Dr. Dr. Norbert Grulke
Prof. Dr. Uwe Haneke *
Prof. Dr. Peter Hantel
Prof. Dr. Helene Harth
Prof. Dr. Dr. Ernest W.B. Hess-Lüttich
Silke Hillesheim
Prof. Dr. Gunther Hirschfelder
Prof. Dr. Anke Holler

Prof. Dr. Wolfgang Honnen
Prof. Dr. Felix Hörisch
Dr. Hans-Gerhard Husung
Prof. Dr. Rainer Jonas
Prof. Dr. Heidrun D. Kämper
Dr. Thomas Keidel
Dr. Ernst-J. Kerbusch
Prof. Dr. Christopher Kopper
Evelin Manteuffel
Dr. Regine Mehl
Prof. Dr. Nils Metzler-Nolte
Prof. Dr. Christoph Meyer
Prof. Dr. Andreas Möglich
Prof. Dr. Thomas J. J. Müller
Prof. Dr. Daniela Münkel
Prof. Dr. Rachid Ouaisa
Prof. Dr. Florian Schacht °
Prof. Dr. Walter Reese-Schäfer
Prof. Dr. Emanuel Richter
Prof. Dr. Birgitt Riegraf °

Prof. Dr. Marc Ringel
Prof. Dr. Hermann Rösch
Prof. Dr. Florian Schacht
Prof. Dr. Michael Schmidt
Dr. Petra Schmitt-Frister
Prof. Dr. Werner Schöning °
Dr. Ilja-Kristin Seewald
Dr. Jasmin Siri
Dr. Damir Softic
Dr. Ralf Stegner
Prof. Dr. Franz Streng
Prof. Dr. Jochen Struwe
Prof. Dr. Rainer Walz
Prof. Dr. Katina Warendorf
Prof. Dr. Mathias Witzens-Harig °
Dr. Melanie Woitas °
Dr. Maren Ziese

° Im Jahr 2020 durch den Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Auswahlausschuss berufen

* Im Jahr 2020 ausgeschieden

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten der Studienförderung

STAND: MÄRZ 2021

AACHEN

Fachhochschule

Prof. Dr. Markus Fredebeul-Krein

Technische Hochschule

Prof. Dr. Hermann Wagner
Dr. Jan-Christoph Heilinger

AUGSBURG

Universität Augsburg

Prof. Dr. Susanne Metzner*
Prof. Dr. Natascha Sojc
Prof. Dr. Dietmar Süß

BADEN

Dr. Karim El-Haschimi

BAMBERG

Universität

Prof. Dr. Frank Westerhoff
Prof. Dr. Thomas Laux

BAYREUTH

Universität

Prof. Dr. Manfred Miosga
Prof. Dr. Herbert Popp*

BERLIN

Ralf Beste
Dr. Hans-Peter Böhm*
Dr. Rolf Bösingher
Markus Bräuer
Prof. Dr. Dr. Hans Joachim Giessmann
Prof. Dr. Ulrich Hilpert
Dr. Marius Hofmeister
Axel Hutschenreuther
Gerhard Lechleitner
Dr. Raphael L'Hoest
Dr. Andreas Linde
Norbert Lippok
Prof. Dr. Günther Maihold
Dr. Dietmar Molthagen
Dr. Timo Noetzel
Dr. Manfred Öhm

Prof. Dr. Christian Pinkert
Claus Radziwill
Bettina Schattat
Dr. Hans-Jörg Schmedes
Prof. Dr. Ulrich Schöler
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Manuela Spindler
Prof. Dr. Peter Steinbach
Prof. Dr. Paul Strazmann
Dr. Nicolai von Ondarza
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Almut Wieland-Karimi
Dr. Sören Wiesenfeldt
Maren Wintersberg

Freie Universität

Prof. Dr. Thorsten Faas
Prof. Dr. Nina Kolleck
Prof. Dr. Simon Koschut
Prof. Dr. Sabine Kropp
Prof. Dr. Eun-Jeung Lee
Prof. Dr. Martin Lücke
Prof. Dr. Stefan Rinke
Prof. Dr. Eberhard Sandschneider
Prof. Dr. Sahar Sodoui

Charité Universitätsmedizin

Prof. Dr. Roland Francis
Prof. Dr. Volker Köllner

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Sebastian Dullien
Prof. Dr. Susan Kamel
Prof. Dr. Sabine Spelthahn

Humboldt-Universität

Prof. Dr. Ulrike Auga
Priv.-Doz. Dr. Stephan Bröckler
Dr. Holger Brohm
Prof. Dr. Philipp Dann
Prof. Dr. Andreas Eckert
Prof. Dr. Christoph-Martin Geilfus
Dr. Kurt Graulich
Prof. Dr. Martin Heger
Prof. Dr. Bernd Henningsen
Prof. Dr. Thomas Mergel
Prof. Dr. Herfried Münkler*
Prof. Dr. Julia von Blumenthal
Prof. Dr. Gerhard Werle

Katholische Hochschule für Sozialwesen

Prof. Dr. Axel Bohmeyer
Prof. Dr. Jens Wurtzbacher

Technische Universität

Prof. Dr. Thorsten Beckers
Dr. Sascha Buchholz
Prof. Dr. Etienne Emmrich
Prof. Dr. Oliver Schwedes

BIBERACH

Hochschule

Prof. Dr. Ismail Kasikci

BIELEFELD

Fachhochschule

Prof. Dr. Riza Öztürk

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Jütte
Prof. Dr. Johannes Voit
Prof. Dr. Thomas Welskopp
Prof. Dr. Véronique Zanetti

BOCHUM

Dr. Ulrike Bick
Jörg Fleck
Dr. Tuan Anh Tran

Universität

Prof. Dr. Stefan Berger
Prof. Dr. Bernd Faulenbach
Prof. Dr. Stefan Goch
Prof. Dr. Traugott Jähnichen
PD Dr. Alexander Kochinka
Prof. Dr. Klaus Kost
Prof. Dr. Adina C. Rusu-Klappheck
Prof. Dr. Manfred Wannöffel
Prof. Dr. Gereon Wolters

BONN

Dr. Alexander Behrens
Dr. Ursula Bitzegeio
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Solvay Gerke
Dr. Christian von Haldenwang
Dr. Alexandra von dem Knesebeck
Dr. Anja Kruke
Dr. Andreas Stamm

Hochschule Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Hartmut Ihne

Universität

Prof. Dr. Frank Decker
Prof. Dr.-Ing. Matthias Hullin
Prof. Dr. Doris Lucke
Prof. Dr. Heiko Sauer
Prof. Dr. Michael Schneider*
PD Dr. Arne Schneidewind

BRANDENBURG

Technische Fachhochschule

Prof. Dr. Burghilde Wieneke-Toutaoui

BRAUNSCHWEIG

Technische Universität

Prof. Dr. Katja Koch
Prof. Dr. Hermann Wätzig
Prof. Dr. Rahel Puffert

BREMEN

Dr. Janna Wolff

Hochschule

Prof. Dr. Ernst Mönnich

Jacobs University

Prof. Dr. Gerd-Volker Rösenthaller*

Universität

Prof. Dr. Jutta Günther*
PD Dr. Sebastian Haunss
Dr. Sigrid Kannengießer
Prof. Dr. Ursula Rust
PD Dr. Cordula Weißköppel
Dr. Arndt Wonka

CHEMNITZ

Technische Universität

Prof. Dr. Rudolf Boch
Prof. Dr. Stefan Garsztecki
Prof. Dr. Teresa Pinheiro

COTTBUS

Dr. Tilo Biesecke
Markus Möller

Brandenburgische Technische Universität

Prof. Dr. Ludwig Bilz
Prof. Dr. Jacob Spallek

DARMSTADT

Peter Brändle

Technische Universität

Prof. Dr. Petra Gehring
Prof. Dr. Gerd Lautner

DELMENHORST

Prof. Dr. Gerd Turowski

DRESDEN

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Ralph Sonntag

Technische Universität

Prof. Dr. Wolfgang Melzer
Prof. Dr. Christian Prunitsch
Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg
Dr. Marina Scharlaj
Dr. Klavdia Smola

DUISBURG

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Tobias Debiel
Prof. Dr. Peter Ulrich Hein
Prof. Dr. Heike Roll

DÜSSELDORF

Prof. Dr. Anke Hassel
Prof. Dr. Karsten Rudolph

Universität

Prof. Dr. Helmut Frister
Prof. Dr. Guido Thiemeyer

EBERSWALDE

Hochschule für nachhaltige Entwicklung

Prof. Dr. Peter Spathelf

EICHSTÄTT

Katholische Universität

Prof. Dr. Stefan Schieren

ERFURT

Fachhochschule

Prof. Dr. Eckhard Giese
Prof. Dr. Klaus Merforth

Universität

Prof. Dr. Manfred Baldus
Prof. Heike Grimm
Prof. Dr. Fritz-Wilhelm Neumann*
Dr. Jochen Voit

ERLANGEN-NÜRNBERG

Universität

Dr. Susanna Brogi-Däufel
Prof. Dr. Peter Dabrock
Prof. Dr. Ludwig Fesenmeier
Prof. Dr. Andreas Funke
Prof. Dr. Christian Merkl

ESSLINGEN

Hochschule

Prof. Dr. Claudia Daigler
Prof. Dr. Reiner Marchthaler
Prof. Dr. Karin Reiber

FLENSBURG

Universität

Prof. Dr. Herbert Bruhn*
Prof. Dr. Uwe Danker

FRANKFURT / MAIN

Dr. Stefan Marx
Dr. Yvonne Ott

University of Applied Sciences

Prof. Dr. Michaela Köttig

FRA School of Finance & Management

Prof. Dr. Adalbert Winkler

Universität

Prof. Dr. Lothar Brock*
Prof. Dr. Volker Dötsch*
Prof. Dr. Alexander Ebner
Dr. Nicole Kramer
Dr. Nina Morgner
Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein

FRANKFURT / ODER

Europa-Universität Viadrina

Prof. Dr. Eva Kocher
Prof. Dr. Albrecht Söllner

FREIBERG

Technische Universität Bergakademie

Dr. Thomas Mütze
Dr. Martin Rudolph

FREIBURG

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Albert Scherr

Universität

Prof. Dr. Ulrich Bröckling
Prof. Dr. Sabine Dabringhaus
Prof. Dr. Tim Epkenhans
Prof. Dr. Lena Henningsen
Prof. Dr. Johanna Pink
Prof. Dr. Ralf Poscher

FULDA

Hochschule

Prof. Dr. Peter Haller
Prof. Dr. Helen Knauf

GELSENKIRCHEN

Westfälische Hochschule

Prof. Dr. Andreas Heinecke
Prof. Dr. Karl-Martin Obermeier
Prof. Dr. Diethard Reisch*

GERA

Duale Hochschule

Prof. Dr. Thilo Fehmel

GIESSEN

Prof. Dr. Hans-Werner Hahn

Universität

Prof. Dr. Jürgen Bast
Prof. Dr. Ulrich Ellinghaus
Prof. Dr. Andrea Gawrich
Dr. Alexandra Kurth
Prof. Dr. Friedrich Lenger
Prof. Joybrato Mukherjee

GÖTTINGEN

Prof. Dr. Lydia Haustein

Universität

Dr. Astrid Biele Mefebue
Prof. Dr. Andrea D. Bührmann
Dr. Alexander Engel
Dr. Stephan Klecha
Prof. Dr. Rainer Marggraf
Prof. Dr. Sebastian Vollmer*

GREIFSWALD

Universität

Prof. Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann
Prof. Dr. Marko Pantermöller

HAGEN

Fernuniversität

Prof. Dr. Frank Hillebrandt

HALLE

Universität

Prof. Dr. Gunnar Brands
Prof. Dr. Thomas Thurn-Albrecht
Prof. Dr. Till Kösser
Prof. Dr. Daniel Ulber
Dr. Andreas Weber

HAMBURG

Tobias Gros
Nils Haupt
Dr. Arnim Karthaus
Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek
Dr. Marcel du Moulin
Dr. Jan-Hinrik Schmidt
Dr. Torsten Sevecke
Prof. Dr. Benno Stinner
PD Dr. Sven Tode

Bucerius Law School

Prof. Dr. Thomas Rönnaau

Evang. Hochschule für Soziale Arbeit

Prof. Dr. Tilman Lutz

Fachhochschule für Ökonomie und Management

Prof. Dr. Marco Zimmer

Hochschule für angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Simon Andreas Güntner

Prof. Dr. Julia Neumann-Szyszka

Dr. Marc Schütte*

Prof. Dr. John-Philipp Siegel

Prof. Dr. Gerhard Suess

Hochschule für Bildende Künste

Prof. Robert Bramkamp

Universität

Dr. Doerte Bischoff

Dr. Hans-Georg Ehrhart

Prof. Dr. Kathrin Fahlenbrach

Prof. Dr. Peter Heisig

Prof. Dr. Kai-Oliver Knops

Prof. Dr. Gertraud Koch

Prof. Dr. Franklin Kopitzsch*

Prof. Dr. Reiner Lehberger

HANNOVER**Hochschule**

Dr. Monika Pinski

Medizinische Hochschule

Prof. Dr. Frank Austermann

Dr. Thela Wernstedt

Universität

Dr. Marion Tacke

HEIDE/HOLSTEIN**Fachhochschule Westküste**

Prof. Dr. Thomas Haack

HEIDELBERG

Prof. Dr. Walter Mühlhausen

Dr. Sascha Weber

Universität

Prof. Dr. Med. Gerhard Gründer

Prof. Dr. Sebastian Harnisch

Prof. Dr. Herbert Kronke*

Prof. Dr. Andreas Kruse

Prof. Dr. Hartmut Soell*

Prof. Dr. Edgar Wolfrum

HILDESHEIM**Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst**

Prof. Dr. Gazi Caglar

Prof. Dr. Lutz Finkeldey

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Schneider

Prof. Dr. Wolfgang Schröer

Prof. Dr. Wolf Jürgen Schünemann

ILMENAU**Technische Universität**

Prof. Dr. Joachim Weyand

ISERLOHN

Prof. Dr. Stefan Lennardt

JENA**Universität**

Prof. Dr. Klaus Dörre

Prof. Dr. Hermann Funk

Prof. Dr. Thomas Kroll

Prof. Dr. Roland Merten

Prof. Dr. Georg Schmidt*

Prof. Dr. Kim Siebenhühner

KAISERSLAUTERN**Technische Universität**

Prof. Dr. Marcus Höreth

Prof. Dr. Michael Schroda

Prof. Dr. Hans-Jürgen Seimetz

Prof. Dr. Bernd Streich

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski*

KARLSRUHE

Dr. Jan Stöß

Fachhochschule

Prof. Dr. Uwe Haneke

Institut für Technologie KIT

Prof. Dr. Michael Schefczyk

Dr. Ulrich Walter

Prof. Dr. Manfred Wilhelm

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Hagen Krämer

Pädagogische Hochschule

Jun.-Prof. Dr. Johannes Voit

KASSEL**Universität**

Dr. Minou Isabel Banafsche

Prof. Dr. Sonja Buckel

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

Prof. Dr. Felix Welti

KEHL**Fachhochschule für öffentliche Verwaltung**

Prof. Dr. Ewald Eisenberg

KIEL

Dr. Linda Kleemann*

Dr. Christine Schmehl

Fachhochschule

Prof. Dr. Doris Weißels

Universität

Prof. Dr. Federico Foders

Prof. Dr. Gerhard Igl*

KLEVE**Hochschule Rhein-Waal**

Prof. Dr. Eva-Maria Hinterhuber

KOBLENZ/LANDAU
Universität

Dr. Hannes Kopf
Prof. Dr. Werner Sesselmeier

KÖLN

Dr. Matthias von Hellfeld
Niklas Knust
Dr. Christiane Kling-Mathey
Brigitta Mühlenbeck
Prof. Dr. Dr. Alexander Lechleuthner

Sporthochschule

Prof. Dr. Jürgen Mittag

Technische Hochschule

Prof. Dr. Zelal Ates
Prof. Thorsten Burgmer

Universität

Prof. Dr. Ralph Jessen
Prof. Dr. Fabian Klose
Dr. Claudia Nikodem
Prof. Dr. Ute Planert
Dr. Meik Woyke

KONSTANZ**Hochschule für Technik,
Wirtschaft und Gestaltung**

Prof. Dr. Karen-Sibyll Schirmer

Universität

Prof. Dr. Sven Jochem
Prof. Dr. Bianka Pietrow-Ennker
Prof. Dr. Julia Laura Rischbieter
Prof. Dr. Wolfgang Seibel
Prof. Dr. Clemens Wischermann

LAHNSTEIN

Dr. Marcel Will

LANDAU

Dr. Dirk Kratz

LEIPZIG

Dr. Ulrike Bick
Prof. Dr. Dorothea Hegele
Dr. Jens A. Katzek
PD Dr. Melanie Morisse
Dr. Maximilian Rinck

Hochschule für Grafik

Thomas Locher

**Fachhochschule Nordhessen
Zweigstelle Leipzig**

Prof. Dr. Lars Garlepp

Hochschule für Musik

KS Prof. Dr. Roland Schubert

**Hochschule für Technik,
Wirtschaft und Kultur**

Prof. Dr. Andrea Nikolaizig

Universitätsklinikum

Prof. Dr. Sebastian Stehr

Universität

Prof. Dr. Oliver Czulo
Prof. Dr. Alexander Deeg
Prof. Dr. Cornelia Exner
Prof. Dr. Christian Fandrych
Prof. Dr. Birgit Harreß
Prof. Dr. Alfons Kenkmann
Prof. Dr. Thomas Lenk
Prof. Dr. Harald Morgner
Prof. Dr. Julian Schmitz
Prof. Dr. Wolfgang F. Schwarz

LUDWIGSBURG**Fachhochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen**

Prof. Dr. Eleonora Kohler-Gehrig
Prof. Dr. Rafael Bauschke
Dr. Marco Althaus

LUDWIGSHAFEN**Fachhochschule**

Prof. Dr. Karin A. Kersting
Prof. Dr. Fritz Unger*

LÜNEBURG**Universität**

Prof. Dr. Ulrich Günther
Prof. Dr. Axel Halfmeier
Prof. Dr. Wolfgang Ruck

LÜNEBURG/SCHNEGA

Prof. Dr. Hermann H. Kallfass*

MAGDEBURG**Hochschule Magdeburg-Stendal**

Prof. Dr. Thomas Kliche
Dr. Irmtraut Mecke
Prof. Dr. Matthias Morfeld
Prof. Dr. Claudia Wendel
Prof. Dr. Ilona Melanie Wuschig

Universität

Prof. Dr. Horst Gischer
Prof. Dr. Wolfgang Rensch*

MAINZ

Thomas Laufersweiler

Fachhochschule

Prof. Jean Ulysses Voelker

Universität

Dr. Eva Berger*
Jun.-Prof. Dr. Thomas Blank
Prof. Dr. Gerd Mielke
Prof. Dr. Oliver Scheiding
Prof. Dr. Tanjev Schultz

MANNHEIM

Andrea Gronemeyer
Prof. Dr. Klaus Schönhoven*

**Hochschule der Wirtschaft
für Management**

Prof. Dr. Annette Bornhäuser
Prof. Dr. Lars Castellucci
Prof. Dr. Wera Hemmerich

Universität

Prof. Dr. Philipp Gassert
Prof. Dr. Gerhard Gründer
Prof. Dr. Peter Vorderer

MARBURG

Dr. Fabio Longo

Universität

Prof. Dr. Ursula Birsl
Prof. Dr. Volker Mergenthaler
Dr. Stefan Mitzinger
Prof. Dr. Thomas Noetzel
Prof. Dr. Harald Renz

MERSEBURG

Fachhochschule

Prof. Dr. Erich Menting
Prof. Dr. Malte Thran

MÖNCHEGLADBACH

Hochschule

Prof. Dr. Ulrich Nissen

MITTWEIDA

Hochschule

Prof. Dr. Sebastian Noll

MÜNCHEN

Dr. Meret Forster
Prof. Dr. Yolanda M. Koller-Tejeiro
Michael Marco Schönlein
Dr. Hans Wegner

**Hochschule für Angewandte
Wissenschaften**

Prof. Dr. Ayse Cicek
Prof. Dr. Peter Hammerschmidt
Prof. Dr. Stefan Rappenglück

Katholische Fachhochschule

Prof. Dr. Birgit Dörner
Prof. Dr. Constanze Giese

Technische Universität

Prof. Dr. Stefan Wurster
Prof. Dr. Björn Garbrecht

Universität der Bundeswehr

Prof. Dr. Stephan Stetter
Prof. Dr. Jan-Hendrick Dietrich

Universität

Prof. Dr. Christian Albrecht
Dr. Christian Alexander Braun
Prof. Dr. Martin H. Geyer
Dr. Jan-Christoph Heilinger
Dr. Susanne Krones
Prof. Dr. Carsten Reinemann
Prof. Dr. Andreas Renner
Prof. Dr. Berthold Rittberger
Prof. Dr. Rudolf Tippelt
Dr. Till Zimmermann

MÜNSTER

Universität

Prof. Dr. Siegfried Echterhoff*
Dr. Matthias Freise
Prof. Dr. Thomas Großbölting
Dr. Netaya Lotze
Prof. Dr. Norbert Schläbitz
Dr. Andrea Walter
Prof. Dr. Christoph Weischer

NEURUPPIN

Medizinische Hochschule

Brandenburg Theodor Fontane
Prof. Dr. Joachim Behr

NEUSTADT

Dr. Matthias Petgen

NÜRNBERG

Dr. Andrea König*

Ev. Fachhochschule

Dr. Andreas Scheulen

OLDENBURG

Universität

Prof. Dr. Gunilla-Friederike Budde
Dr. Tonio Oeftering

OSNABRÜCK

Hochschule

Prof. Dr. Peter Mayer

Universität

Prof. Dr. Roland Brandt

OSNABRÜCK (BÜNDE)

Dr. Andrea Behrenswerth

PASSAU

Universität

Prof. Dr. Guido Pollak
Prof. Dr. Bernhard Stahl

POTSDAM

Fachhochschule

Prof. Dr. Tobias Schröder

Universität

Prof. Dr. Werner Jann
Prof. Dr. Andreas Köstler
Prof. Dr. Thomas von Winter

RAVENSBURG

**Duale Hochschule
Baden-Württemberg**

Prof. Dr. Ernst Deuer

REGENSBURG

Universität

Dr. Sonja Emmerling
Prof. Dr. Thorsten Kingreen
Prof. Dr. Tonio Walter

REUTLINGEN
Fachhochschule

Prof. Henning Eichinger

Prof. Dr. Rudolf Kessler

ROSTOCK
Hochschule für Musik & Theater

Prof. Marion Küster

Universität

Prof. Dr. Ralf Ludwig

Prof. Dr. Malte Brasholz

SAARBRÜCKEN

Prof. Dr. Roland Rixecker

Hochschule für Musik

Prof. Dr. Matthias Handschick

Universität

Dr. Luitpold Rampeltshammer

Prof. Dr. Lucia Scherzberg

Dr. Magdalena Telus

SALZGITTER
Ostfalia Hochschule

Prof. Dr. Heinz-Dieter Quack

SCHWERIN
Hochschule der Bundesagentur für Arbeit

Prof. Dr. Holger Brecht-Heitzmann

Michaela Schulze

SIEGEN
Universität

Prof. Dr. Heiko Ihmels

SOLINGEN

Dr. Anna Leuchtweis

SPEYER
Universität für**Verwaltungswissenschaften**

Prof. Dr. Gisela Färber

STRALSUND
Fachhochschule

Prof. Dr. Jürgen L. Dräger

STUTTGART

Prof. Dr. Thomas Dekorsy*

Hochschule für Technik

Prof. Dr. Elke Sohn

Universität

Dr. Annika Arnold

Prof. Dr. Dr. Ulli Arnold

Dr. Christine Heinke

Prof. Dr. Rudolf Large

TRIER
Hochschule

Prof. Dr. Thomas Bonart

Prof. Dr. Michael Bottlinger

Universität

Prof. Dr. Laszlo Goerke

Prof. Dr. Uwe Jun

Prof. Dr. Helga Schnabel-Schüle

Prof. Dr. Till Zimmermann

TÜBINGEN
Universität

Prof. Dr. Thomas Diez

Prof. Dr. Ewald Frie

Prof. Dr. Klaus Gestwa

Dr. Lars Schneider

TUTZING

Dr. Michael Mayer

ULM
Universität

Prof. Dr. Birgit Liss

VECHTA
Universität

Prof. Dr. Gertrud M. Backes

Prof. Dr. Karl-Heinz Breier

WEINGARTEN
Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Michael Henninger

WERNIGERODE
Hochschule Harz für**Wirtschaft und Technik**

Minister Prof. Dr. Armin Willingmann

WIESBADEN
EBS Univ. Wirtschaft und Recht

Prof. Dr. Markus Ogorek

Hochschule RheinMain

Prof. Dr. Regina-Maria Dackweiler

Prof. Dr. Jiri Sobota

WISMAR
Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Andreas Bucker

Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister

Ausland

WOLFENBÜTTEL

Prof. Dr. Peter Burschel

WUPPERTAL

Bergische Universität

Prof. Dr. Ronald Schettkat
Prof. Dr. Andreas Schlenkhoff
Prof. Dr. Roy Sommer
Prof. Dr. Paul J.J. Welfens

WÜRZBURG

Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Bradl
Prof. Dr. Lutz Frühbrodt

Universität

Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-
Bocquet

BELGIEN

Dr. Rudolf Mögele
Paul F. Nemitz

DÄNEMARK

Prof. Dr. Wolfgang Gerstlberger

FRANKREICH

Dr. Falk Bretschneider
Dr. Sonja Zmerli

GROSSBRITANNIEN

Prof. Dr. Holger Afflerbach
Prof. Dr. Andreas Gestrich
Prof. Dr. Benjamin Ziemann

ITALIEN

Prof. Dr. Phillip Genschel

KOSOVO

Prof. Dr. Wulf Lapins

NIEDERLANDE

Prof. Dr. Frank Biermann
Dr. Sebastian Krapohl
Prof. Dr. Kiran Klaus Patel
Dr. René Repasi
Prof. Dr. Wolfgang Wagner

ÖSTERREICH

Dr. Felix Butzlaff
Dr. Reinhard J. Krumm

SCHWEIZ

Prof. Dr. Klaus Neumann-Braun*
Dr. Karim El-Haschimi
Dr. Benjamin Müller
Dr. Sascha Quanz
Prof. Dr. Dr. Gerhard Rogler
Dr. Oliver Thränert

SCHWEDEN

Dr. Christian Krell

USA

Dr. Michael Bröning
Prof. Dr. Günther K. H. Zupanc

* Im Jahr 2020 ausgeschieden

Anschriften

STAND: FEBRUAR 2021

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Bonn

Postadresse:

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-0

info@fes.de

Berlin

Hiroshimastraße 17 und 28

10785 Berlin

Telefon 030 26935-6

ABTEILUNG STUDIENFÖRDERUNG

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-7902

stipendien@fes.de

www.fes.de/studienfoerderung

ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-9046

(Information Archiv)

archiv.auskunft@fes.de

www.fes.de/archiv

BIBLIOTHEK DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-9056

(Information Bibliothek)

bibliothek@fes.de

fernleihe@fes.de

www.fes.de/bibliothek

MUSEUM KARL-MARX-HAUS

Brückenstraße 10

54290 Trier

Telefon 0651 97068-0

karl-marx-haus@fes.de

www.fes.de/museum-karl-marx-haus

Regional- und Landesbüros

BADEN-WÜRTTEMBERG

Fritz-Erler-Forum

Baden-Württemberg

Werastraße 24

70182 Stuttgart

Telefon 0711 248394-43

info.stuttgart@fes.de

www.fes.de/fritz-erler-forum

BAYERN

BayernForum

Herzog-Wilhelm-Straße 1

80331 München

Telefon 089 515552-40

bayernforum@fes.de

www.bayernforum.de

Regionalbüro Regensburg

Lilienthalstraße 8

93049 Regensburg

Telefon 0941 7947-59

regensburg@fes.de

www.fes.de/regionalbuero-regensburg

BERLIN

Landesbüro Berlin

Hiroshimastraße 17

10785 Berlin

Telefon 030 26935-7307

BRANDENBURG

Landesbüro Brandenburg
Hermann-Elflein-Straße 30/31
14467 Potsdam
Telefon 0331 29255-5
potsdam@fes.de
www.fes.de/landesbuero-brandenburg

BREMEN, HAMBURG, SCHLESWIG-HOLSTEIN

Julius-Leber-Forum
Büro für die Bundesländer
Bremen, Hamburg,
Schleswig-Holstein
Schauenburgerstraße 49
20095 Hamburg
Telefon 040 325874-0
hamburg@fes.de
www.fes.de/julius-leber-forum

HESSEN

Landesbüro Hessen
Marktstraße 10
65183 Wiesbaden
Telefon 0611 341415-0
landesbuero.hessen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-hessen

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Landesbüro
Mecklenburg-Vorpommern
Arsenalstraße 8
19053 Schwerin
Telefon 0385 5125-96
schwerin@fes.de
www.fes.de/landesbuero-
mecklenburg-vorpommern

NIEDERSACHSEN

Landesbüro Niedersachsen
Theaterstraße 3
30159 Hannover
Telefon 0511 357708-30
niedersachsen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-
niedersachsen

NORDRHEIN-WESTFALEN

Landesbüro NRW
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Telefon 0228 883-7202
landesbuero-nrw@fes.de
www.fes.de/landesbuero-nrw

Landesbüro NRW (Büro Düsseldorf)
Schwanenmarkt 15
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 436375-63

RHEINLAND-PFALZ

Regionalbüro Mainz
Rheinland-Pfalz und das Saarland
Große Bleiche 18–20
55116 Mainz
Telefon 06131 96067-0
mainz@fes.de
www.fes.de/regionalbuero-
rheinland-pfalz-saarland

SACHSEN

Landesbüro Sachsen
Burgstraße 25
04109 Leipzig
Telefon 0341 960-216
sachsen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-sachsen

Außenstelle Dresden

Obergraben 17a
01097 Dresden
Telefon 0351 80468-03
sachsen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-sachsen

SACHSEN-ANHALT

Landesbüro Sachsen-Anhalt
Otto-von-Guericke-Straße 65
39104 Magdeburg
Telefon 0391 56876-0
info.magdeburg@fes.de
www.fes.de/landesbuero-
sachsen-anhalt

THÜRINGEN

Landesbüro Thüringen
Nonnengasse 11
99084 Erfurt
Telefon 0361 5980-20
info.erfurt@fes.de
www.fes.de/landesbuero-thueringen

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Hiroshimastraße 28
10785 Berlin

Stabsstelle Kommunikation
Adrienne Woltersdorf (Leitung, Textredaktion)
Martina Hetzel (Koordination)
Karin Kutter, Jutta Lantz (Bildredaktion)
Peter Donaiski (Pressestelle)

Textredaktion

Ulrike Schnellbach
Dirk Michel (Korrektorat)

Gestaltung

Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
www.leitwerk.com

Druck und Verarbeitung

Brandt GmbH, Bonn

Papier

RecyStar®Polar von Papyrus, Recyclingpapier

Printed in Germany 2021

ISSN (Print) 0940-0702
ISSN (Online) 2748-0518

Bildnachweise

Alimi, Mariam: S. 12
Börner, Konstantin: S. 22, 26
FES: S. 24, 54
Glowinski, Gerngross: S. 21
Herm, Ruben, AWO Sachsen-Anhalt: S. 14
Lepper, Katharina: S. 27
Mardhiyyah, Mida: S. 11
Odriozola, Federika: S. 28
picture alliance / dpa | Gregor Fischer: S. 19
picture alliance | Karl-Heinz Spembe: S. 20
picture alliance / ZB | Britta Pedersen: S. 17
Schmitter, Daniela: S. 15
Weiler, Peter-Paul / Bildkraftwerk: S. 25
Yondonrenchin, Batbold: S. 18
Zensen, Reiner: S. 5, 13, 53

Bildnachweis Collage »2020 in Bildern«

Bollhorst, Mark
Glowinski, Gerngross
Odriozola, Federika
Weiler, Peter-Paul / Bildkraftwerk
Yondonrenchin, Batbold
Zensen, Reiner

Geschichte

WWW.FES.DE/DE/STIFTUNG/GESCHICHTE/

1925

↓ Sozialdemokrat Friedrich Ebert, erster demokratisch gewählter Reichspräsident der ersten deutschen Republik, stirbt am 28. Februar im Alter von 54 Jahren.

1925

↓ Am 2. März wird die Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet. Sie soll im Sinne Eberts der politischen Bildung von Menschen aller Schichten im demokratischen Geist, der Unterstützung begabter junger Menschen und der Förderung des Verständnisses zwischen Deutschland und anderen Ländern dienen.

1933

↓ Verbot durch die Nationalsozialisten

1946

↓ Wiederbegründung der Friedrich-Ebert-Stiftung

1956

↓ Eröffnung der ersten Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung zur politischen Bildung

1963

↓ Aufbau der durch das BMZ geförderten Entwicklungszusammenarbeit

1969

↓ Eröffnung des Archivs der sozialen Demokratie und der Bibliothek in Bonn



1990

↓ Aufbau der Vertretungen in den neuen Bundesländern und den Staaten Mittel- und Osteuropas

1999

↓ Eröffnung eines Konferenz- und Tagungszentrums in Berlin

2001

↓ Die OnlineAkademie der FES geht u. a. mit den Themen Globalisierung, Rechtsextremismus, Geschichte, Soziale Demokratie ins Netz.

2008

↓ Erste E-Learning-Kurse zur Kommunalpolitik werden mit dem Label »kommcheckers« angeboten.

2019

↓ e-Bert, der erste KI-gesteuerte Chatbot der FES, tritt seinen Dienst in der politischen Bildung an. Spielerisch vermittelt er Kompetenzen in der kritischen Auseinandersetzung mit europafeindlichen Parolen oder Klimamythen.

Heute

ist die Friedrich-Ebert-Stiftung als die älteste politische Stiftung Deutschlands eine private, gemeinnützige, kulturelle Institution, die den Ideen und Grundwerten der Sozialen Demokratie verpflichtet ist.

